



PROGRAMM

ZUR NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGSWAHL 2013

**Beschlussvorlage
für die LDK Stade am 13./14.10.2012**

1 **PROGRAMM ZUR NIEDERSÄCHSISCHEN LANDTAGSWAHL 2013**
2 **Beschlussvorlage für die LDK in Stade am 13./14.10.2012**

3 **Präambel**

4

5 Liebe Wählerinnen und Wähler,

6

7 am 20. Januar 2013 haben Sie die Möglichkeit, Niedersachsen zu verändern.

8

9 Nach zehn Jahren unter CDU und FDP ist Niedersachsen in vielen Bereichen abgehängt:

10 Die Energiewende wurde ausgebremst. Unsere guten Ausgangsbedingungen als windreiches

11 Küstenland für eine erfolgreiche Energiewende wurden verschenkt. Die technologische Vorreiterrolle

12 bei der Solarindustrie wurde aufgegeben. Die Atomkraftwerke laufen ohne Nachrüstung weiter.

13 Umwelt- und Naturschutz sind auf der Strecke geblieben. Lebensmittelskandale sind die Folgen einer

14 von CDU und FDP privilegierten Massentierhaltung.

15

16 Das Land ist Schlusslicht beim Krippen- und Kita-Ausbau. Mit Bayern ist Niedersachsen die letzte

17 Insel, die ihre Studierenden für den Besuch einer Hochschule zur Kasse bittet. Kein deutsches

18 Bundesland schiebt mehr Flüchtlinge ab als Niedersachsen. Der Schuldenberg wurde von Schwarz-

19 Gelb um fast 20 Milliarden Euro aufgebläht.

20

21 Sponsoring-Affären und halbseidene Parteienfinanzierungen der schwarz-gelben Landesregierung

22 haben das politische Klima in Niedersachsen massiv beschädigt. Auch Grundrechte kamen in

23 Niedersachsen unter die Räder.

24

25 Niedersachsen geht gerechter, nachhaltiger und weltoffener. Am 20. Januar 2013 haben die

26 Wählerinnen und Wähler die Chance, für einen Wechsel zu sorgen, um das Land neu zu gestalten.

27

28 **Bildung ist Zukunft**

29 CDU und FDP haben in den vergangenen Jahren eine Bildungspolitik betrieben, die an den

30 Bedürfnissen der Menschen vorbeigeht und viele Kinder und Jugendliche zurücklässt. Wir wollen den

31 Zugang zu guter Bildung für alle im Land sicherstellen. Dazu gehören qualitativ hochwertige und

32 bedarfsgerechte Angebote im Vorschulbereich, gute Schulen sowie sichere Ausbildungsplätze und

33 eine gute Lernsituation an den Hochschulen.

34

35 Bildungserfolge dürfen nicht länger von der Herkunft der Eltern abhängen oder davon, ob ein Mensch
36 besondere Förderungen benötigt oder nicht. Bildungsgerechtigkeit können wir nur erreichen, wenn der
37 Zugang zu Bildung nicht vom Einkommen abhängt. Daher setzen wir uns als ersten Schritt dafür ein,
38 das Erststudium wieder gebührenfrei zu machen.

39

40 Unsere Schulen müssen so ausgestaltet sein, dass sie alle Menschen zum bestmöglichen
41 Bildungserfolg führen. Grüne Schulpolitik macht den Weg frei für längeres gemeinsames Lernen und
42 die Rücknahme des Turbo-Abiturs. Wir setzen auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler und
43 die Wahlfreiheit der Eltern. Daher werden wir die Blockade für Integrierte Gesamtschulen beenden.

44

45 **Naturerbe sichern**

46 Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine existenzielle Frage. Wir stellen die Weichen für
47 konsequenten Klima- und Umweltschutz. Unser Ziel ist der endgültige Ausstieg aus der
48 Atomtechnologie und eine konsequente Energiewende. Statt von einer großindustriellen
49 Energieerzeugungstechnologie zur nächsten zu wechseln, setzen wir GRÜNE darauf, die
50 Energieversorgung dezentral und nachhaltig zu organisieren und einen Rückfall ins Kohle-Zeitalter
51 mit Risikotechnologien wie CCS und Fracking zu verhindern. Wir schaffen den Rahmen dafür, dass
52 Niedersachsen bis 2020 mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugt, als im Land verbraucht wird.
53 Der Atom Müll muss so schnell wie möglich raus aus der Asse! Wir brauchen den Einstieg in eine
54 ergebnisoffene Endlagersuche. Der geologisch ungeeignete und politisch verbrannte Standort
55 Gorleben muss so schnell wie möglich aufgegeben werden.

56

57 Zur Umsetzung unserer klimapolitischen Ziele werden wir die gezielte Förderung von „grünen“
58 Wirtschaftszweigen und die Umgestaltung klassischer Industrien auf die Agenda setzen. Für die
59 Automobilindustrie ist die Strategie „weg vom Öl“ eine wirtschaftliche Notwendigkeit, um auch
60 zukünftig auf dem Weltmarkt zu bestehen. Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Niedersachsen auch
61 zukünftig das Land der Pferdestärken ist: ressourcen- und klimaschonend. Durch diesen Prozess
62 sichern wir Arbeitsplätze in Niedersachsen und erschließen neue Beschäftigungspotenziale für gute
63 Arbeit.

64

65 Ein Viertel der niedersächsischen Treibhaus-Emissionen entstehen in der Landwirtschaft. Dieser
66 Entwicklung können wir nur durch mehr ökologischen Landbau, artgerechte Tierhaltung und eine
67 klimafreundliche Ernährung entgegenwirken. 2013 werden wir den Wechsel vom Land der
68 Agrarindustrie zum Land der nachhaltigen Landwirtschaft einleiten, die Tier- und
69 VerbraucherInnenschutz in den Mittelpunkt rückt.

70

71 **Nur Gerechtigkeit sichert Demokratie**

72 Der wirtschaftliche Aufschwung der vergangenen Jahre ist nicht bei allen Menschen in Niedersachsen
73 angekommen, vielfach sind die Reallöhne sogar gesunken. Einkommen aus Kapitalvermögen hat
74 demgegenüber zugenommen. Eine an Teilhabe orientierte Gesellschaft braucht Solidarität und ein
75 starkes Gemeinwohl. Wir sind die Partei der öffentlichen Güter und kämpfen für gute Arbeit, faire
76 Löhne sowie gegen eine Ausweitung des Niedriglohnssektors.

77

78 Um kommenden Generationen mehr als nur Schulden zu vererben, führt kein Weg an solideren
79 Finanzen vorbei. Mit Grün gibt es eine ehrliche Finanzpolitik, die alle politischen Vorschläge
80 gegenfinanziert. Unsinnige Subventionen müssen abgebaut und die Einnahmen durch eine gerechtere
81 Steuerpolitik erhöht werden.

82

83 Zu Gerechtigkeit gehört für uns auch die Gleichwertigkeit und Beteiligung beider Geschlechter.
84 Frauen verdienen 100 Prozent, ob in der Wirtschaft oder bei der Beteiligung in der Politik.

85

86 Eine solidarische Gesellschaft und Antworten auf den demografischen Wandel entwickeln wir nur,
87 wenn Menschen jeden Alters, ob mit oder ohne Migrationshintergrund, Teil der Gesellschaft sind.

88 Einer Politik der Ausgrenzung, Abschiebung und Fremdenfeindlichkeit setzen wir das Prinzip der
89 Chancengleichheit und der aktiven Teilhabe entgegen.

90

91 Niedersachsen braucht nicht nur eine andere Politik, sondern auch eine neue Form der Gestaltung.
92 CDU und FDP haben in den vergangenen Jahren Regieren als einen Prozess verstanden, der von oben
93 nach unten verläuft und in dem die Menschen in diesem Land nur ZuschauerInnen sind. Wir stehen für
94 einen neuen Politikstil, der die Menschen zu Mitwirkenden an politischen Entscheidungen werden
95 lässt. Dafür senken wir die Hürden für Volksentscheide und BürgerInnenbegehren. Wir treten für eine
96 Politik ein, die Lösungen im Dialog entwickelt und neue Beteiligungsformen erprobt.

97

98 Mit Ihrer Stimme setzen Sie sich dafür ein, dass in Niedersachsen zukünftig eine Politik auf
99 Augenhöhe mit den Menschen stattfindet.

100

101 Mit Ihrer Stimme rücken Sie den Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen in den Mittelpunkt und
102 eröffnen neuen Spielraum für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

103

104 Mit Ihrer Stimme wird Niedersachsen gerechter.

105

106 Gemeinsam schaffen wir es, den schwarz-gelben Stillstand der vergangenen Jahre zu beenden und
107 Niedersachsen grundlegend zu modernisieren.

108

109 Unser Ziel ist es, am 20. Januar 2013 die schwarz-gelbe Regierung komplett abzulösen und einen
110 echten Wechsel einzuleiten. Mit uns wird es keine Politik geben, die weiter die Energiewende
111 torpediert, Studiengebühren aufrecht erhält, Integrierte Gesamtschulen ins Abseits rückt und der
112 Massentierhaltung den Weg bereitet. Für alle, die nach dem Wahltag nicht in einer Großen Koalition
113 des Stillstandes aufwachen wollen, gilt: Wer Rot-Grün will, muss Grün wählen!

114

114 **Bildung**

115 Bildung ist der Schlüssel für gleichberechtigte Teilhabe an unserer Gesellschaft. Sie schafft den Raum
116 für persönliche Entwicklung. Es ist deshalb eine Kernaufgabe für die gesamte Gesellschaft, eine
117 Infrastruktur für ein lebenslanges Lernen zu schaffen, zu der alle Menschen unabhängig von ihrem
118 Einkommen und ihrem Hintergrund Zugang haben. Noch immer reproduziert unser Bildungssystem
119 die soziale Ungleichheit.

120 Bildung muss aber zugleich ein elementarer Bestandteil für eine Gesellschaft sein, die
121 Aufstiegsmobilität ermöglicht. Gerade für Menschen aus finanziell schlechtergestellten Haushalten
122 schafft sie die Grundlage dafür, bessere Chancen bei der beruflichen Verwirklichung zu bekommen.
123 Nicht zuletzt der aktuelle Fachkräftemangel zeigt, wie wichtig eine gute Bildung für die
124 Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft ist. Unsere Gesellschaft kann es sich daher nicht nur aus sozialen
125 Gründen, sondern auch ökonomisch nicht mehr leisten, das Bildungssystem strukturell
126 unterzufinanzieren und viele Menschen durch das Raster fallen zu lassen. Wir wollen
127 Chancengleichheit für alle! Land und Bund müssen sich wieder auf ihre Verantwortung besinnen, die
128 finanziellen Voraussetzungen für gute Bildung zu schaffen.

129

130 Wir GRÜNE wollen einen Zugang zu Bildung für alle Menschen ermöglichen – frei von finanziellen
131 Hürden. Das unsinnige Kooperationsverbot #¹ zwischen Land und Bund muss aufgegeben werden.
132 Alleine können sich die Bundesländer und Kommunen die gesamtgesellschaftliche Aufgabe einer
133 guten Bildungsfinanzierung nicht leisten.

134 **Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken**

135 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 136 • *Der qualitative und quantitative Ausbau von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen*
- 137 • *Bessere Ausbildung, Fortbildung, Arbeitsbedingungen für ErzieherInnen*
- 138 • *Förderung und Ausbau von Netzwerken, die Familien in schwierigen Situationen Hilfe*
139 *anbieten*
- 140 • *Mehr Teilhabe für Kinder und Jugendliche an Politik und Gesellschaft und eine Absenkung*
141 *des Wahlalters für Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre*
- 142 • *Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit und Einrichtung von regionalen*
143 *Koordinierungsstellen*

144 Wir GRÜNE wollen Kinder und Jugendliche ins Zentrum unserer Gesellschaft holen und ihnen Raum
145 geben – mit all ihren Interessen und Bedürfnissen. Das Kindesinteresse steht für uns ganz vorne auf
146 der politischen Agenda, ebenso wie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Unsere Ziele lauten
147 deshalb: Qualität von Kinderbetreuung verbessern! Vereinbarkeit von Familie und Beruf

¹ Die mit # gekennzeichneten Begriffe werden im Glossar erläutert.

148 voranbringen! Kindern und Jugendlichen ausreichenden Raum für Entwicklung und Entfaltung
149 bieten!

150

151 Jede Familie soll die Möglichkeit haben, frei zu entscheiden, welches Familienmodell sie für sich
152 wählt. Wahlfreiheit ist aber nur dann gewährleistet, wenn es genügend Betreuungsplätze gibt und
153 Familien finanziell abgesichert sind. Wir setzen uns darum für eine Neustrukturierung der
154 Familienförderung und auf der Bundesebene für die Einführung einer bedingungslosen
155 Kindergrundsicherung ein.

156 **Landesjugendamt und NIFBE – Kindesinteressen strukturell stärken**

157 Seit der Abschaffung des Landesjugendamts ist der Bereich „Kinder und Jugend“ beim
158 Landessozialamt personell unterbesetzt. Wir werden dies ändern, damit auch von Seiten des Landes
159 wieder mehr konzeptionell und im Sinne der Gesamtverantwortung gearbeitet werden kann. Wir sehen
160 hier auch die Chance einer besseren Vernetzung und Beratung der Kommunen – etwa in Fragen des
161 Ausbaus und der Gestaltung von Betreuungsplätzen sowie im Bereich der Jugendhilfe. Darüber hinaus
162 wollen wir das Niedersächsische Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung (NIFBE) als
163 wichtiges wissenschaftliches Institut im Bereich der (Klein-)Kinderforschung finanziell besser
164 fördern.

165 **Kinder brauchen mehr Zeit und verlässliche Bezugspersonen**

166 Frühkindliche Bildung bedeutet für uns GRÜNE, Kindern die Zeit und den Raum zu geben, sich und
167 ihre Umgebung zu entdecken, Antworten und Verständnis für Fragen zu erfahren, in ihrer Neugier und
168 ihrer Lust am Lernen bestärkt und in ihren Interessen unterstützt, gefördert und begleitet zu werden.
169 Kinderbetreuungseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen und feste Bezugs- und Schutzräume für
170 Kinder. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, müssen dringend die Personalstandards verbessert
171 werden. Derzeit werden 15 unter Dreijährige von nur zwei ErzieherInnen betreut. Wir wollen in einem
172 ersten Schritt den Personalschlüssel dahingehend ändern, dass für fünf Kinder einE ErzieherIn zur
173 Verfügung steht. Bei den über Dreijährigen muss die Raumgröße endlich dem Platzbedürfnis der
174 Kinder gerecht werden. Die derzeit im niedersächsischen Kita-Gesetz vorgesehenen zwei
175 Quadratmeter pro Kind sind zu wenig. Nicht nur deshalb ist die Reduzierung der Gruppengröße auf
176 maximal 20 Kinder in einem Raum notwendig.

177 **Mehr Spielplätze statt mehr Parkplätze**

178 Die Abschaffung des Spielplatzgesetzes in Niedersachsen durch CDU und FDP war ein großer Fehler,
179 denn gerade im städtischen Raum gibt es eine große Flächenkonkurrenz. Bei uns GRÜNEN haben
180 Kinderspielplätze Vorfahrt vor Parkplätzen! Das Land muss sich stärker als bisher gegen
181 Bewegungsmangel bei Kindern engagieren – dazu gehört auch, Freiflächen und Bolzplätze zu schaffen
182 und zu erhalten.

183 **Verlässliche Ganztagsbetreuung**

184 Wir wollen eine verlässliche, wohnortnahe, hochwertige und inklusive Ganztags-Kinderbetreuung in
185 allen Altersgruppen vom Krippen- bis zum Schulkind einführen. Niedersachsen braucht außerdem
186 deutlich mehr Zweidrittelplätze. Wir stehen für eine engagierte Zusammenarbeit des Landes mit dem
187 Bund und den Kommunen, um den Betreuungsausbau entsprechend der regional unterschiedlichen
188 Bedarfe voranzubringen. Wir wollen darüber hinaus auch Betreuung während der bisherigen
189 Schließzeiten der Kitas und in den Ferienzeiten der Schulen sicherstellen. Zusammen mit den
190 Kommunen wollen wir dafür tragfähige und aufeinander abgestimmte Konzepte erarbeiten. Dazu
191 zählen auch Kooperationen zwischen Kitas und Tagespflege sowie unbürokratische Lösungen wie
192 beispielsweise Leih-Omas und -Opas, Nachbarschaftsinitiativen und gemeinschaftliche Wohnprojekte.

193 **Krippenausbau beschleunigen**

194 Ab August 2013 gilt bundesweit der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten
195 Lebensjahr. Deshalb soll jedes Bundesland für 35 Prozent der unter Dreijährigen einen Platz
196 vorhalten. Obwohl fraglich ist, ob das den Bedarf überhaupt decken wird, ist Niedersachsen derzeit
197 mit erst 19,9 Prozent bundesweit auf dem vorletzten Platz. Wir GRÜNE wollen den Kommunen im
198 Land endlich ausreichende Mittel für den Ausbau von Krippenplätzen zur Verfügung stellen. Wir
199 lehnen unter diesen Gesichtspunkten auch das auf Bundesebene geplante Betreuungsgeld ab. Die dafür
200 notwendigen 1,2 Milliarden Euro jährlich wollen wir in den quantitativen und qualitativen Ausbau von
201 Betreuungsplätzen sowie in die Ausbildung und angemessene Bezahlung von ErzieherInnen
202 investieren. Eltern sollen bei der Verwirklichung ihres Rechtsanspruchs auf Betreuung die Wahl haben
203 zwischen Krippe und Tagespflege („Tagesmütter und -väter“). Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass
204 die Qualität der Tagespflege durch Fachberatung, höhere Mindeststandards, eine gerechte Entlohnung
205 und verlässliche Vertretungsregelungen verbessert wird. Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs hat der
206 bedarfsgerechte Ausbau von qualitätsvollen Krippenplätzen Vorrang vor dem Ausbau von
207 Tagespflegeplätzen.

208 **Mangel an ErzieherInnen vorbeugen**

209 Nach Erhebungen des Statistischen Bundesamtes werden im Jahr 2014 über 3500 ErzieherInnen in
210 Niedersachsen fehlen. Das Land muss hier endlich Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit
211 den Kommunen diesen Fachkräftemangel verhindern. Insbesondere bessere Arbeitsbedingungen und
212 eine angemessene Bezahlung können den Beruf wieder attraktiver machen. Wir wollen in einem ersten
213 Schritt die Ausbildung der Führungskräfte in Kitas auf Hochschulniveau anheben. Darüber hinaus
214 wollen wir mehr Männer von den Vorzügen des Erzieherberufs überzeugen. Um die interkulturelle
215 Arbeit der Einrichtungen zu stärken, müssen auch mehr ErzieherInnen mit Migrationshintergrund
216 gewonnen werden. Um dies zu erreichen, wollen wir unter anderem die Anerkennung ausländischer
217 Berufsabschlüsse erleichtern.

218 **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

219 Zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört nicht nur, dass die Betreuungsmöglichkeiten stärker
220 dem Bedarf der ArbeitnehmerInnen angepasst werden. Auch die Arbeitswelt muss Rücksicht auf die
221 Bedürfnisse von Familien mit Kindern und die unterschiedlichen Lebensmodelle nehmen. Dabei steht
222 das Kindeswohl vor dem Interesse von ArbeitgeberInnen. (VERWEIS AUF SCHUL- und
223 WIRTSCHAFTSTEIL) So lange ungleichgewichtige Rollenmodelle die Altersarmut von Frauen und
224 die Abwesenheit der Väter in der Erziehungsarbeit begünstigen, bleibt es grünes Ziel, gesellschaftliche
225 Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Familienarbeit und Erwerbstätigkeit gleichgewichtiger
226 zwischen Müttern und Vätern aufgeteilt werden kann. Wir wollen Männer wie Frauen bei der
227 Verwirklichung von familiengerechten Arbeitsmodellen unterstützen und es angemessen würdigen,
228 wenn öffentliche oder private ArbeitgeberInnen mütter- und väterfreundliche Maßnahmen umsetzen.
229 Hier muss das Land als Arbeitgeber mit einem guten Beispiel vorangehen. Es geht uns um die
230 Schaffung von Rahmenbedingungen, die Entscheidungsspielräume erweitern, Verantwortlichkeiten
231 klären, Geschlechtergerechtigkeit voranbringen und nicht zuletzt den Lebensunterhalt von Familien
232 langfristig sichern. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist längst nicht nur eine Frage des
233 Wollens, sondern auch des Müssens. Die angemessen entlohnte Erwerbstätigkeit von Eltern ist der
234 beste Schutz vor Kinderarmut, denn noch immer ist in Niedersachsen jedes sechste Kind arm und
235 jedes fünfte Kind von Armut bedroht. Der Unterstützung von Alleinerziehenden und Patchwork-
236 Familien kommt eine zentrale Bedeutung zu. Unsere Gesellschaft lebt nicht ausschließlich in einer
237 klassischen vierköpfigen Familie, sondern es gibt vielfältige Familienmodelle. Eine rechtliche
238 Anpassung und Gleichstellung dieser Modelle ist unbedingt geboten.

239 **Vielfalt (er-)leben**

240 Wir GRÜNE stehen für eine inklusive Gesellschaft. (VERWEIS INKLUSION) Allen Menschen die
241 gleichen Chancen und Teilhabemöglichkeiten in unseren gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen,
242 ist eine Herausforderung, der sich unsere Gesellschaft stellen muss. Kinder dürfen nicht weiter nach
243 ihren Besonderheiten oder zugeschriebenen Eigenschaften (aus)sortiert werden! Das Erleben
244 verschiedener Sprachen, Kulturen, Religionen und Weltanschauungen, aber auch unterschiedlicher
245 Fähigkeiten und Fertigkeiten hilft den Kindern, sich selbst als Teil einer vielfältigen Gesellschaft zu
246 verstehen. Kinderbetreuungseinrichtungen müssen deshalb inklusiv und interkulturell aufgestellt sein.
247 Wir wollen in der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen den Aspekt der geschlechtssensiblen
248 Erziehung stärker in den Fokus rücken, und so geschlechtsspezifische Vorurteile in der Erziehung
249 vermeiden.

250

251 Die Sprachförderung in der Kita muss in Niedersachsen neu konzipiert werden. Sie soll in
252 Abstimmung zwischen Eltern, Kita und Schule geschehen. Wir wollen ErzieherInnen so fortbilden,
253 dass die alltägliche Sprachbildung und -förderung zum Kita-Alltag gehört und durch Bezugspersonen
254 der Kinder geleistet wird.

255

256 Für die gemeinsame Betreuung von über Dreijährigen mit und ohne Behinderung gibt es bereits eine
257 gesetzliche Regelung. Ein erfolgreicher Modellversuch auf Drängen der GRÜNEN hat gezeigt, dass
258 diese auch für unter Dreijährige sinnvoll ist. Dennoch gibt es hierfür bisher keine gesetzliche
259 Regelung. Dies werden wir ändern. Alle Familien müssen sich darauf verlassen können, dass
260 Betreuungseinrichtungen den speziellen Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht werden. Gleichzeitig
261 brauchen wir mehr Einrichtungen, die barrierefreie Räumlichkeiten und Fachpersonal vorhalten, um
262 mehr Familien zu motivieren, ihre Kinder frühzeitig in Betreuungseinrichtungen zu geben.

263

264 Um allen Kindern möglichst gleiche Chancen ermöglichen zu können, ist es wichtig, für Eltern da zu
265 sein, die besonderen Beistand benötigen. Wir werden deshalb Programme fördern, die für diese
266 Zielgruppen besondere Unterstützungsleistungen aus einer Hand anbieten.

267 **Familienzentren**

268 Wir wollen Kommunen unterstützen, die Kindertagesstätten, Mehrgenerationenhäuser oder auch
269 Grundschulen zu Familienzentren ausbauen wollen. In diesen Familienzentren, die Raum für
270 Vernetzung und Begegnung der Kulturen bieten, werden wir niedrigschwellige Angebote der
271 Erziehungsberatung, der Familien- und Gesundheitsbildung sowie Familien-Service-Büros schaffen.
272 Darüber hinaus wollen wir Eltern intensiver in die Bildungsprozesse ihrer Kinder einbeziehen. Sie
273 werden so in ihrer Erziehungskompetenz und bei den Übergängen zwischen Kita, Schule und
274 Ausbildung von Anfang an unterstützt. Für den Aufbau von Familienzentren ist eine Aus-, Fort- und
275 Weiterbildung der pädagogischen Fachkräfte unerlässlich.

276 **Kinderschutz und Kinderkommission**

277 Das von der Landesregierung gegen den Rat von Kinderschutz-ExpertInnen eingeführte „Verbindliche
278 Einladewesen“, also die behördliche Einladung zum Kinderarztbesuch, ist zu bürokratisch und die
279 Rückmeldungen an die Jugendämter sind oft fehlerhaft. Dieses Verfahren ist kein wirksames Mittel
280 für mehr Kinderschutz. Die hierfür verwendeten Gelder müssen für bessere Kinderschutz-Maßnahmen
281 wie die flächendeckende Einführung und Koordination „Früher Hilfen“# wie Familienhebammen
282 eingesetzt werden.

283

284 Wir fordern im Landtag die Einsetzung einer Kinderkommission, wie sie seit Jahrzehnten im
285 Bundestag erfolgreich arbeitet. Sie soll dazu beitragen, dass notwendige Maßnahmen für mehr
286 Bildungsgerechtigkeit, Kinderfreundlichkeit und Kinderschutz parteiübergreifend angeschoben
287 werden.

288 **Jugendlichen Raum für Teilhabe und Entfaltung bieten**

289 Demokratie fällt nicht vom Himmel, sondern muss immer wieder neu gelernt werden. Schon in Kitas
290 muss eine aktive Beteiligungskultur zur Selbstverständlichkeit werden. Wir wollen Heranwachsende

291 stärker an politischen Entscheidungen beteiligen. Dazu werden wir beim Land eine Service-Stelle
292 einrichten, die Kommunen bei Teilhabeprojekten unterstützt. Es bedarf spezieller, jugendgerechter
293 Beteiligungsmöglichkeiten, die die Möglichkeiten digitaler Medien für eine direkte Kommunikation
294 zwischen Politik und Jugendlichen auf Augenhöhe nutzen. (VERWEIS auf Netzpolitik/Demokratie)

295

296 Wir werden uns weiter dafür einsetzen, das Wahlalter auf 14 Jahre abzusenken, damit die junge
297 Generation in einer alternden Gesellschaft ihre Interessen besser vertreten kann. (VERWEIS auf
298 Demokratieteil)

299

300 Jugend ist eine Lebensphase, die Freiräume braucht. Jugendliche wollen nicht nur funktionieren. Wir
301 unterstützen deswegen die offene und die verbandliche Jugendarbeit, die Jugendlichen diese
302 Freiräume bietet. Das Abitur nach 12 Jahren und das verdichtete Studium machen ehrenamtliches
303 Engagement in Jugendverbänden, Jugendgruppen, in Sportvereinen oder auf Ferienfreizeiten für junge
304 Menschen immer schwieriger. Deshalb wollen wir die Schule so gestalten, dass wieder mehr Zeit für
305 Hobbys und Freizeitaktivitäten bleibt. Um die Wertschätzung von ehrenamtlicher Arbeit bei jungen
306 Menschen zu erhöhen, müssen Anreize für freiwilliges Engagement geschaffen werden, wie zum
307 Beispiel die Anrechnung von ehrenamtlicher Arbeit bei den Studien-Wartesemestern. Die vorbildliche
308 Arbeit der Jugendverbände im Landesjugendring und weitere Träger der Jugendarbeit unterstützen
309 wir.

310

311 Die hohe Nachfrage von jungen Menschen nach Freiwilligendiensten ist ein Glücksfall für unsere
312 Gesellschaft! Freiwilliges Soziales Jahr, Freiwilliges Ökologisches Jahr und der
313 Bundesfreiwilligendienst müssen ausreichend Plätze für Jugendliche bieten.

314

315 Wir wollen die Zusammenarbeit der Jugendverbände mit Ganztagschulen verbessern. Für die
316 Unterstützung der ehrenamtlichen Jugendarbeit soll in jedem Landkreis eine „Regionalstelle für
317 freiwilliges Engagement in der Jugendarbeit“ eingerichtet werden, die Jugendgruppen und
318 JugendleiterInnen qualifiziert berät und beispielsweise jugendverbandliche Kooperationsangebote an
319 Schulen koordiniert. (VERWEIS Konzept Ganztags-/Gesamtschule GRÜNE)

320 **Jugendhilfe/Jugendsozialarbeit**

321 Wir wollen, dass auch künftig die Heimaufsicht für stationäre Einrichtungen der Kinder- und
322 Jugendhilfe beim Land verankert bleibt. Eine Kommunalisierung dieser Aufgabe – wie von der
323 schwarz-gelben Landesregierung geplant – würde unweigerlich zu Interessenkonflikten bei den
324 Kommunen führen, die dann sowohl für die pädagogische Qualität als auch für die Kosten zuständig
325 wären. Es war ein Fehler der Landesregierung, erfolgreiche Landesprogramme wie das NiKo-Projekt
326 #, das Jugendhilfe und Schule verzahnt hat, ersatzlos zu streichen. Wir werden deswegen ein NiKo-
327 Nachfolge-Projekt insbesondere für soziale Brennpunkte auflegen.

328

329 Die Zukunft der niedersächsischen Jugendwerkstätten muss gesichert werden. Trotz des
330 Konjunkturaufschwungs bleiben benachteiligte Jugendliche oftmals vom Arbeitsmarkt abgekoppelt
331 und brauchen Hilfe bei der Integration in Ausbildung und Beruf. (VERWEIS berufliche Bildung)

332 **Gute Schulen für alle**

333 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 334 • *Qualitativ hochwertige Ganztagschulen für alle und längeres gemeinsames Lernen*
- 335 • *Rücknahme des Turbo-Abiturs*
- 336 • *Schluss mit den Hürden für die Gründung von Gesamtschulen – den Elternwillen ernst*
337 *nehmen und unterstützen*
- 338 • *Den Umbau aller Schulen zu inklusiven Schulen verantwortungsvoll voranbringen*
- 339 • *Kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung, Bildungsberatung und weniger*
340 *SchulabbrecherInnen*

341 Alle Menschen haben unabhängig von ihrer Herkunft und ihren individuellen Fähigkeiten und
342 Fertigkeiten ein Anrecht auf Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen. Eltern wünschen ein
343 Bildungsangebot, das ihren Kindern bestmögliche Chancen für einen erfolgreichen Schulabschluss
344 und eine gute Grundlage für die Gestaltung ihrer Zukunft bietet. Die PISA-Studien # belegen
345 allerdings, dass der Schulabschluss nach wie vor in hohem Maße vom Sozialstatus der Eltern abhängt.
346 Die OECD # stellt dazu fest, dass die Entwicklungschancen vieler SchülerInnen in Deutschland durch
347 die frühe Auslese nach der vierten Klasse beeinträchtigt werden.

348

349 CDU und FDP haben in der Vergangenheit alles daran gesetzt, das selektive Schulsystem zu erhalten
350 und Reformbemühungen zu verhindern. Die Abschaffung der Orientierungsstufe, die Verhinderung
351 von Gesamtschulgründungen und die Einführung der Oberschule waren lediglich darauf ausgelegt, das
352 gegliederte Schulsystem zu zementieren.

353 Wir GRÜNE wollen ein Schulsystem, das die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sichert und dazu
354 beiträgt, die soziale Spaltung zu überwinden, anstatt sie zu verfestigen. Wir wollen flächendeckend
355 das inklusive Lernen ausbauen und durch mehr Qualität im Unterricht und an den Schulen mehr
356 Bildungsgerechtigkeit verwirklichen. Grüne Schulpolitik will darüber hinaus, dass in der Schule das
357 Lernen miteinander und voneinander möglich wird, dass Vielfalt als Chance begriffen wird und dass
358 Kinder und Jugendliche in stärkerem Maße ermutigt werden als bisher.

359 **Auf jedeN kommt es an!**

360 Gemeinsames Lernen in inklusiven Schulen bildet die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft.
361 Die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ist für uns
362 GRÜNE ein erster Schritt zur Entwicklung einer inklusiven Pädagogik, die alle Menschen in ihrer
363 sozialen und kulturellen Unterschiedlichkeit respektiert, sich der Vielfalt der Talente annimmt und

364 allen Kindern und Jugendlichen erfolgreiches Lernen ermöglicht. Der Blick auf die
365 Entwicklungschancen jedes Kindes ist das zentrale Element einer Pädagogik der Vielfalt und
366 Ermutigung.

367 Auf dieser Grundlage baut das GRÜNE Konzept der Neuen Schule (LINK Konzept) auf. Es sieht eine
368 gemeinsame Schule von der ersten Klasse bis zu einem ersten Abschluss nach neun Schuljahren vor,
369 in der alle Kinder gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden. Die gemeinsame Schule
370 befähigt SchülerInnen zur Gestaltung des eigenen Lebens, zur Beteiligung an gesellschaftlichen
371 Entscheidungsprozessen und zur Bewältigung der Anforderungen des Erwerbslebens. Sie fördert die
372 Entwicklung gemeinsamer sozialer und kultureller Werte und den Aufbau einer solidarischen
373 Zivilgesellschaft.

374

375 Die Umsetzung dieses Konzepts einer leistungsfähigen Schule für alle Kinder und Jugendlichen lässt
376 sich nur schrittweise verwirklichen. Wir wollen deshalb in der kommenden Legislaturperiode in
377 Niedersachsen möglichst viele Schritte in diese Richtung vollziehen. Unser Ziel ist es, Schulpolitik
378 gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten. Das ermöglicht passende Lösungen und erhöht die
379 Akzeptanz aller Beteiligten.

380 **Auf den Anfang kommt es an!**

381 Ein guter Start in die Schule beginnt bereits in der Kita. Die Gestaltung eines gelungenen Übergangs
382 von der Kita in die Grundschule wird von der schwarz-gelben Landesregierung aber nur halbherzig
383 angegangen. Wir GRÜNE wollen die Entwicklung von Übergangskonzepten von der Kita in die
384 Grundschule verpflichtend einführen. Durch die Bereitstellung von Beratungsangeboten wollen wir
385 einen nahtlosen Übergang für einen erfolgreichen Start in der Grundschule ermöglichen.
386 Grundschulen werden dabei unterstützt, wenn sie flexible Eingangsstufen einrichten oder verschiedene
387 Formen des altersübergreifenden Lernens einrichten wollen. Wir GRÜNE wollen Standorte kleiner
388 wohnortnaher Grundschulen aufrechterhalten, wenn in einem pädagogischen Konzept – zum Beispiel
389 durch altersgemischtes Lernen und jahrgangsübergreifenden Unterricht – erfolgreiches Lernen
390 gesichert werden kann.

391 **Der Elternwille zählt – Integrative Gesamtschulen für alle ermöglichen**

392 Die Hürden für die Errichtung von Gesamtschulen müssen gesenkt und auch kleinere (z. B. drei- oder
393 vierzügige) Gesamtschulen zugelassen werden. Wir nehmen den Willen der Eltern ernst, ob es um den
394 Erhalt der Gymnasien oder das Zulassen kleinerer Gesamtschulen geht. Bisher dürfen Gesamtschulen
395 nur eingerichtet werden, wenn der Bestand aller Teile des gegliederten Schulwesens nicht gefährdet
396 wird. Das führt in unserem Flächenland dazu, dass gerade im ländlichen Raum kaum Gesamtschulen
397 gegründet werden können. Diese Ungerechtigkeit gegenüber dem Wunsch der Eltern wollen wir
398 überwinden und zukünftig im Schulgesetz die Möglichkeit schaffen, dass Gesamtschulen andere
399 Schulangebote ersetzen können. Wie erfolgreich gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen
400 ist, beweisen die mit Preisen ausgezeichneten niedersächsischen Gesamtschulen – zum Beispiel in

401 Hildesheim, Göttingen und Braunschweig. Auch die große Nachfrage der Eltern und Schulträger nach
402 weiteren Gesamtschulen zeigt, dass die schwarz-gelbe Landesregierung den Elternwillen missachtet
403 und vielen Kindern und Jugendlichen den Weg zu erfolgreichen Abschlüssen verwehrt. Gemeinsam
404 mit den Schulträgern und den Betroffenen vor Ort wollen wir – wo das Interesse dazu besteht – Haupt-
405 , Real- und Oberschulen zu integrativen Schulen weiterentwickeln. Jede Schule muss auch einen Weg
406 zum Abitur offenhalten. Hierfür braucht sie eine eigene gymnasiale Oberstufe oder muss fest mit einer
407 Oberstufe kooperieren. Ein besonderes Anliegen ist für uns GRÜNE, nahtlose Übergänge von der Kita
408 in die Grundschule und anschließend zum Sekundarbereich I und in die berufliche Bildung zu
409 gestalten. Alle Schulen sind gefordert, ab Klasse 8 eine qualifizierte Berufs- und Studienorientierung
410 anzubieten. Dadurch lernen SchülerInnen frühzeitig, ihre persönlichen Stärken und ihre beruflichen
411 Chancen einzuschätzen. Die Schulen unterstützen auf diese Weise den Weg in eine erfolgreiche
412 Ausbildung oder ein Studium.

413

414 Für uns GRÜNE stehen die SchülerInnen im Mittelpunkt. Wir werden die ideologische Schulpolitik
415 von CDU und FDP beenden. Daher haben wir bei allen Reformbemühungen die Interessen der
416 Menschen im Blick und werden keine Schulform aufgeben, für die es einen ausreichenden
417 Elternwunsch gibt. Klar ist aber auch, dass wir sämtliche Hebel in Bewegung setzen werden, um alle
418 Schulen zu einer Pädagogik der Vielfalt und der individuellen Förderung zu verpflichten, die die
419 SchülerInnen zu selbstständigem und eigenverantwortlichen Lernen ermutigt.

420

421 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von
422 Menschen mit Behinderungen nur halbherzig begonnen. Durch das Nebeneinander von Förderschulen
423 alter Prägung und allgemeinen Schulen werden unnötig Ressourcen vergeudet. Den allgemeinen
424 Schulen wird dringend benötigte Unterstützung bei der Umsetzung des Konzepts der inklusiven
425 Schule verwehrt. Wir GRÜNE halten dies für unverantwortlich. Wir wollen die Förderschulen im
426 Dialog mit den Schulträgern, den Kommunen und den Menschen vor Ort zu Förderzentren
427 weiterentwickeln und schrittweise in die bestehenden allgemeinen Schulen integrieren. Dabei werden
428 wir in den Förderschulen mit den Schwerpunkten Lernen, Sprache und emotionale und soziale
429 Entwicklung beginnen. Wichtig ist, dass jedes Kind unabhängig vom Unterstützungsbedarf das
430 uneingeschränkte Recht auf einen inklusiven Schulplatz wahrnehmen kann. Inklusion bedeutet für uns
431 auch, für Kinder mit außergewöhnlichen Begabungen die erforderlichen Lernbedingungen zu
432 schaffen.

433 **Genügend Zeit für nachhaltiges Lernen**

434 Erfolgreiches Lernen braucht Zeit und gute Konzepte. Ganztagschulen sind dafür die beste Lösung.
435 Ganztagschulen sollen Kinder in ihrer gesamten Entwicklung besser fördern,
436 Bildungsbenachteiligungen ausgleichen und Familien entlasten. Das 2004 vom CDU-geführten
437 Kultusministerium eingeführte Billigmodell, in dem mit Hilfe rechtlich bedenklicher Honorarverträge

438 an einen herkömmlichen Vormittagsunterricht lediglich freiwillige Nachmittagsangebote angefügt
439 wurden, wird diesen Anforderungen nicht ausreichend gerecht. Wir GRÜNE wollen die
440 niedersächsischen Schulen gemeinsam mit den Schulträgern und den Schulen schrittweise zu
441 gebundenen Ganztagschulen weiterentwickeln – mit einer verbindlichen Kernzeit von der
442 Grundschule an. Grundlage wird ein verbindliches Rahmenkonzept sein, das ausgehend von den
443 Erfordernissen der SchülerInnen einen sinnvollen Lernrhythmus ermöglicht und Spielraum für die
444 Ausgestaltung des örtlichen Ganztagschulkonzepts eröffnet. Dabei sind ein gesundes Mittagessen,
445 Sport und Bewegung sowie kreative Angebote unverzichtbar. Die Kooperation mit örtlichen Vereinen,
446 Angeboten der Jugendhilfe und außerschulischen PartnerInnen kann die Schule dabei eng mit ihrer
447 Gemeinde oder ihrem Stadtteil verknüpfen.

448

449 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat durch die Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren in
450 unverantwortlicher Weise den Leistungsstress vieler SchülerInnen erhöht und ihre Erfolgchancen
451 vermindert. Das Turbo-Abitur vernachlässigt die unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten sowie den
452 individuellen Unterstützungsbedarf einzelner SchülerInnen. Seit Einführung des Turbo-Abiturs sind
453 Leistungsdruck und durch Abschlüssen geschürte Versagensängste in großem Maße spürbar. Das
454 wird hauptsächlich dadurch ausgelöst, dass die Lehrpläne vom Kultusministerium stofflich
455 überfrachtet sind und häufig nicht altersspezifischen Lernmöglichkeiten entsprechen. Für innovative
456 Unterrichtsformen wie beispielsweise fächerübergreifendes Lernen bleibt kaum Zeit. Wir GRÜNE
457 wollen den SchülerInnen dagegen wieder flexiblere Möglichkeiten zum Abitur eröffnen, zum Beispiel
458 indem sie in der Oberstufe ab dem elften Jahrgang in einem Zeitkorridor von zwei bis vier Jahren
459 erfolgreich zum Abitur kommen. Wir werden mit einem Konzept „Abi neu denken“ eine Alternative
460 zum Turbo-Abitur schaffen und damit vielen jungen Menschen erfolgreiche Bildungswege und mehr
461 Zeit für außerschulische Aktivitäten und Auslandsaufenthalte ermöglichen. Die Gesamtschulen sollen
462 entsprechend ihrem pädagogischen Konzept wieder generell das Abitur nach 13 Jahren anbieten
463 können. Bei den Gymnasien wollen wir den Schulen ermöglichen, sich für ein Abitur nach zwölf oder
464 13 Jahren selbst zu entscheiden.

465 **Wir machen Schule besser – Bildungsqualität verbessern**

466 In unseren Schulen steht häufig allein die Anhäufung des Wissens im Vordergrund. In festgelegten
467 Zeittakten hetzen die SchülerInnen von einem Fach zum anderen. Sinnvolle Verknüpfungen sind
468 häufig nicht erkennbar und eigene Interessen und Schwerpunktsetzungen werden nicht berücksichtigt.
469 Die Verbesserung des Unterrichts ist der entscheidende Schritt zur Steigerung der Qualität unserer
470 Schulen und damit zur Sicherung der Kompetenzen zukünftiger Generationen. Anstelle einer
471 Einheitspädagogik des Gleichschritts steht für uns GRÜNE die umfassende Persönlichkeitsbildung
472 aller SchülerInnen im Mittelpunkt.

473 Lernen heißt nicht nur Wissen zu speichern, sondern dieses Wissen auch anwenden zu können, um
474 den täglichen Herausforderungen gewachsen zu sein. Dazu gehört auch die Fähigkeit, die eigenen

475 Lernwege zu planen und sich auch anstrengenden Lernschritten zu stellen. All dies zusammen schafft
476 die Grundlagen für die Gestaltung eines erfolgreichen Lebens. Die Entwicklung von Konzepten für
477 eine in diesem Sinne nachhaltig wirkende Bildung ist ein unverzichtbarer Bestandteil von Lehren und
478 Lernen und für die Sicherung einer lebenswerten Zukunft unerlässlich. Wir GRÜNE werden die
479 Schulen dabei unterstützen.

480 Individuelle Förderung und eine Pädagogik der Vielfalt erfordern nicht nur eine entsprechende
481 Gestaltung des Unterrichts, sondern vor allem eine bessere Rückmeldung für SchülerInnen und Eltern.
482 In einem ersten Schritt wollen wir die Leistungsbewertung neu gestalten, zum Beispiel durch die
483 Einführung von Leistungsportfolios und Lernentwicklungsberichten. Damit wird die Zahl der
484 Leistungskontrollen verringert und Leistungsdruck abgebaut. Unterrichtsbegleitende Lernberatung der
485 SchülerInnen und Eltern sollen ausgebaut werden, um allen Beteiligten mehr Sicherheit bei der
486 Gestaltung des persönlichen Lernwegs zu geben. Für die LehrerInnen soll es regelmäßige
487 Rückmeldungen der SchülerInnen geben, um so zur Verbesserung des Unterrichtes beizutragen.

488 **Kleinere Klassen, mehr individuelle Förderung und weniger SchulabbrecherInnen**

489 Große Schulklassen, Druck durch ständige Leistungsbewertungen und die Bedrohung durch
490 Sitzenbleiben und Abschulung im gegliederten Schulwesen zerstören das Vertrauen in die eigene
491 Leistungsfähigkeit und schaffen eine große Anzahl von BildungsverliererInnen, die wir uns gerade
492 angesichts des demografischen Wandels nicht leisten können. Ziel GRÜNER Schulpolitik ist es, die
493 Zahl der SchulabbrecherInnen zu verringern und allen SchülerInnen unabhängig von ihrer sozialen
494 Herkunft erfolgreiches Lernen und hochwertige Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. Wir GRÜNEN
495 setzen uns deshalb dafür ein, Sitzenbleiben und Abschulung abzuschaffen. Das dafür bisher
496 aufgewendete Geld wollen wir stattdessen für den Ausbau individueller Förderung von SchülerInnen
497 nutzen. Darüber hinaus setzen wir uns für kleinere Klassen und eine bessere Personalausstattung in
498 den Schulen ein, damit Lehrkräfte entlastet und SchülerInnen besser gefördert werden.

499 **Ganzheitliches Lernen für das ganze Leben**

500 Unsere Schulen sind kopflastig und vernachlässigen neben der Bedeutung der musisch-kreativen
501 Bildung auch die Bedeutung von körperlicher Bewegung und Sport. Bewegung und Sport aber fördern
502 die Gesundheit, können ein positives Körpergefühl unterstützen und sind wichtig für die
503 Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Bewegung muss täglicher Bestandteil des
504 Schullebens werden. Wir GRÜNEN stehen deshalb für eine inklusive Bewegungskultur in einer guten
505 und gesunden Schule und wollen der Gesundheitsförderung und dem Sport einen höheren Stellenwert
506 im Schulalltag geben. Deshalb wollen wir die dritte Sportstunde in der Grundschule einführen. Musik,
507 Kunst und Darstellendes Spiel haben eine ebenso grundlegende Bedeutung für die ganzheitliche
508 Persönlichkeitsbildung. Wir wollen deshalb dafür sorgen, dass dieser Bereich in den Schulen nicht
509 weiter zugunsten sogenannter „harter“ Fächer zurückgedrängt wird.

510 **Vielfalt lernen und leben**

511 Gemeinsam geteilte Werte sind die Basis für den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Unabhängig von
512 der Zugehörigkeit zu religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften wollen wir einen
513 gemeinsamen Unterricht aller SchülerInnen im Fach "Religion und Weltanschauungen" als Pflichtfach
514 in der Stundentafel verankern. Wir GRÜNE wollen den Bildungsauftrag im Schulgesetz säkular
515 formulieren. Damit wollen wir allen SchülerInnen die Möglichkeit eröffnen, im gemeinsamen
516 Unterricht Weltanschauungen und religiöse Orientierungen kennenzulernen und mehr Verständnis für
517 unterschiedliche Sichtweisen zu entwickeln. Damit qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen,
518 wird das Fächerangebot in der Lehreraus- und -weiterbildung entsprechend erweitert.
519 Daneben soll es konfessionsgebundenen Religionsunterricht weiterhin als Wahlpflichtfach geben. Mit
520 dem Studiengang Islamische Religionspädagogik ist die Ausbildung der Lehrkräfte neben den
521 christlichen Religionen inzwischen auch für den freiwilligen islamischen Religionsunterricht
522 sichergestellt. Die Universität Osnabrück bietet diesen Studiengang als deutschlandweit größten seiner
523 Art an.

524

525 Die gemeinsame Schule in einer inklusiven Migrationsgesellschaft muss allen Kindern und
526 Jugendlichen den Aufbau interkultureller Kompetenzen ermöglichen. Wir wollen die Fähigkeiten und
527 Erfahrungshintergründe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund einbeziehen. Hier
528 spielt die Förderung der Mehrsprachigkeit in Form von herkunftssprachlichem Unterricht, bilingualen
529 Angeboten und durch ein erweitertes Fremdsprachenangebot eine zentrale Rolle. Wir wollen die
530 Vielfalt in den Klassenzimmern auch im LehrerInnenzimmer abbilden und setzen uns dafür ein, dass
531 mehr LehrerInnen mit Migrationshintergrund oder Behinderung eingestellt werden.

532 **Auch LehrerInnen brauchen mehr Unterstützung**

533 Lehrkräfte werden häufig mit den Problemen des Schulalltags alleingelassen. Sie müssen sich nicht
534 nur um den Unterricht kümmern, sondern zusätzlich gesellschaftliche Probleme wie Suchtverhalten,
535 Umgang mit Medien oder Gewalt aufgreifen und Lösungen dafür vermitteln. Deshalb brauchen die
536 Schulen qualifiziertes Personal und umfangreiche Beratung und Unterstützung auf dem Weg zu einer
537 inklusiven Schule. Wir GRÜNE wollen die vorhandenen Beratungs- und Unterstützungssysteme
538 ausbauen. Die dazu notwendige Personalausstattung werden wir verbessern. Wir setzen uns dafür ein,
539 dass die Schulsozialarbeit fester Bestandteil aller Schulen wird. Ziel ist es, durch die Vernetzung mit
540 außerschulischen Fachkräften und Institutionen jeder Schule die Inanspruchnahme eines
541 maßgeschneiderten pädagogisch-psychologischen Unterstützungsnetzwerks zu ermöglichen, das für
542 Fragen der weiteren Lebens-, Schul- und Unterrichtsplanung beratend und vermittelnd zur Seite steht.
543

544 Wir GRÜNE werden eine Reform der LehrerInnenausbildung und eine Qualifizierungsoffensive für
545 guten Unterricht auf den Weg bringen, um Lehrkräfte auf die Herausforderungen einer inklusiven
546 Pädagogik vorzubereiten. Wir werden ein Gesamtkonzept erarbeiten, in dem die universitäre Phase,

547 der Vorbereitungsdienst und die berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung aufeinander bezogen und
548 gebündelt werden. Mit einem Programm für BerufsanfängerInnen wollen wir insbesondere den
549 Übergang vom Studium in den LehrerInnenberuf verbessern. Darüber hinaus soll die
550 berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung verpflichtend eingeführt werden. Wir GRÜNE setzen uns
551 für eine gesetzliche Regelung für eine zukunftsorientierte LehrerInnenbildung ein. Wir wollen einen
552 Rechtsanspruch auf eine faire Bewertung von im Ausland erworbenen Lehramtsqualifikationen
553 umsetzen. Wenn dabei Lücken in der Ausbildung festgestellt werden, müssen Betroffene die
554 Möglichkeit auf Anpassungsqualifizierung erhalten.

555 **SchulleiterInnen besser unterstützen**

556 Mit großen Schlagzeilen hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Aufbau einer Führungsakademie
557 für FunktionsträgerInnen in Schule und Schulbehörde angekündigt. Realisiert wurde sie bis heute
558 nicht. Wir GRÜNE sehen aber durch die Eigenverantwortung der Schulen und die Weiterentwicklung
559 zu inklusiven Schulen eine der größten Herausforderungen für die nächsten Jahre. Diese kann nur
560 gelingen, wenn die Führungskräfte und FunktionsträgerInnen professionell auf ihre Aufgaben
561 vorbereitet und in ihrer Arbeit unterstützt werden. Wir wollen mit Qualifizierungsprogrammen und
562 einem Rahmenkonzept zur Personalentwicklung in Schule und Schulbehörde die
563 Führungskompetenzen verbessern und die Leistungsfähigkeit von Führungskräften und
564 FunktionsträgerInnen steigern.

565 **Wir machen Schule gerechter und demokratischer**

566 Wir GRÜNE sehen in der kostenlosen Teilhabe an staatlicher Bildung einen zentralen Eckpfeiler für
567 die Verwirklichung von Chancengerechtigkeit. Dazu gehört ein sozial ausgewogenes Konzept der
568 Lernmittelfreiheit. Unser langfristiges Ziel ist es, dass alle schulpflichtigen SchülerInnen – ab den
569 kommunal zu bestimmenden zumutbaren Schulweggrenzen – einen Anspruch auf kostenfreie
570 Schülerbeförderung erhalten.

571

572 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den Schulen mehr Eigenverantwortung versprochen.
573 Angekommen sind in den Schulen aber überwiegend zusätzliche Belastungen und neue
574 Verwaltungsaufgaben. Wir GRÜNE wollen dieser Entwicklung entgegenwirken und vor allen Dingen
575 die pädagogische Eigenverantwortung der Schulen stärken. Schulen kennen die Bedingungen vor Ort
576 am besten. Sie benötigen Gestaltungsspielräume für Schwerpunktsetzungen, Profilbildung und die
577 Entwicklung pädagogischer Konzepte zur Verwirklichung inklusiven gemeinsamen Lernens und
578 individueller Förderung aller SchülerInnen.

579

580 Eigenverantwortlichkeit und Profilbildung heißt aber nicht, allen Interessengruppen uneingeschränkt
581 Zugang zur Schule zu ermöglichen. Eine einseitige Beeinflussung durch Organisationen,
582 Interessenverbände und Unternehmen muss verhindert werden. In diesem Zusammenhang lehnen wir
583 GRÜNEN auch Veranstaltungen ab, die von der Bundeswehr an unseren Schulen organisiert werden.

584 Wir wollen kein einseitiges Werben für die Bundeswehr in den Schulen. Stattdessen setzen wir uns für
585 eine umfassende Friedenserziehung ein, die unter Beteiligung verschiedener AkteurInnen eine
586 differenzierte Meinungsbildung ermöglicht. (VERWEIS LDK-Beschluss 2011)

587

588 Die Beteiligungsmöglichkeiten von Eltern und SchülerInnen in unseren Schulen sind wenig
589 motivierend. In der Regel wird Schule als Sache der LehrerInnen betrachtet. Wir GRÜNE wollen
590 zusammen mit allen Beteiligten Eckpunkte für ein Programm „Gemeinsam gute Schule entwickeln –
591 Demokratische Teilhabe verwirklichen“ erarbeiten. Damit erhalten Schulen eine Grundlage für mehr
592 Demokratie und gemeinsame Gestaltung einer leistungsfähigen Schule. Im Schulvorstand wollen wir
593 eine Drittelparität verwirklichen, das bedeutet, dass dort SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen
594 gleichberechtigt mitbestimmen dürfen. Die Partizipation der SchülerInnen an der Gestaltung des
595 Unterrichtes, des Schullebens, der räumlichen Gegebenheiten etc. soll wesentlich intensiviert werden.
596 Alltägliche Beteiligungskultur muss selbstverständlicher Bestandteil des Leitbilds aller Schulen
597 werden.

598

599 **Schulbehörden zu Dienstleistungszentren ausbauen**

600 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat es nicht geschafft, die staatliche Schulaufsicht den
601 Erfordernissen der eigenverantwortlichen Schule anzupassen. Kleinliche Regelungen behindern die
602 Schulen in ihrer pädagogischen Entwicklung. Wir GRÜNE wollen die staatliche Schulaufsicht so
603 organisieren, dass sie Schulen ermutigt, eigenverantwortlich zu handeln. Neben den im Grundgesetz
604 verankerten aufsichtlichen Aufgaben soll das Beratungs- und Unterstützungssystem in einer eigenen
605 Struktur gebündelt werden, das den Schulen direkt und zeitnah zur Verfügung steht.
606 Eigenverantwortung in einem staatlich verantworteten Bildungssystem erfordert Rechenschaftslegung.
607 Dazu gehört, dass die Lehrkräfte über die Qualität ihrer Arbeit Rechenschaft ablegen müssen und auch
608 die Schule insgesamt. Wir GRÜNE wollen weiterhin eine Schulinspektion, die in regelmäßigen
609 Abständen alle Schulen überprüft und nicht nur anlassbezogen einige wenige Schulen in den Blick
610 nimmt. Wir wollen die Inspektion weiterentwickeln und stärken, damit sie als Spiegel der
611 Schulqualität der einzelnen Schule für ihre weitere Entwicklung sinnvolle Hinweise liefert, aber auch
612 dem Landtag, den Eltern und der Öffentlichkeit einen umfassenden Überblick über die
613 Leistungsfähigkeit des Schulsystems bietet.

614

615 Bildungsqualität ist inzwischen auch ein Thema in den Landkreisen und Kommunen geworden. Die
616 klassische Aufgabenverteilung zwischen Land und Schulträgern löst sich immer mehr auf. Das
617 regionale Bildungsangebot wird zunehmend zum Standortfaktor und zum Kennzeichen von regionaler
618 Attraktivität und Leistungsfähigkeit. Eine Gesamtkonzeption der schwarz-gelben Landesregierung ist
619 nicht zu erkennen. In teuren Bildungskonferenzen werden plakative Forderungen aufgestellt, die
620 häufig bei den Betroffenen nicht ankommen und schon gar nicht mit ihnen entwickelt wurden. Nur im

621 Miteinander vor Ort gelingen die Verwirklichung bürgerschaftlichen Engagements und die nachhaltige
622 Verbesserung der Bildungsqualität. Wir GRÜNE wollen mit den Kommunen, Landkreisen und den
623 Menschen vor Ort landesweite Standards für regionale inklusive Bildungslandschaften entwickeln.

624 **Berufliche Bildung**

625 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 626 • *Statt teurer Warteschleifen mehr Unterstützung beim Übergang von der Schule in die duale*
627 *Ausbildung*
- 628 • *Qualität der beruflichen Bildung trotz des demografischen Wandels erhalten*

629 Wir GRÜNE verfolgen weiterhin das Ziel der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher
630 Bildung. Berufliche Bildung und Studium wollen wir stärker verknüpfen. Wir wollen die erfolgreiche
631 duale Berufsausbildung mit den beiden Lernorten Betrieb und Berufsschule stärken. Berufsbildende
632 Schulen und Betriebe wollen wir dabei unterstützen, wirksame Konzepte zur Sicherung des
633 Fachkräftenachwuchses zu entwickeln, zum Beispiel durch attraktive Praktikumsangebote oder an das
634 duale Studium angelehnte Formen der Fachkräftebindung.

635 **Mehr Transparenz, Durchlässigkeit und Flexibilität in der beruflichen Bildung**

636 Der Vielfalt der persönlichen Bildungsbiografien der BürgerInnen wollen wir durch mehr
637 Transparenz, Durchlässigkeit und Flexibilität in der beruflichen Bildung Rechnung tragen. Für jeden
638 absolvierten Berufsbildungsabschnitt sollen die erworbenen Kompetenzen auf der Grundlage des
639 europäischen Referenzsystems # dokumentiert und zertifiziert werden. So wird eine Anrechnung auf
640 geeignete Bildungs- und Studiengänge möglich. Dazu gehören auch im Ausland absolvierte
641 Berufsbildungsabschnitte. Eine Unterteilung der Ausbildung in Bildungsabschnitte darf dabei nicht
642 dazu führen, dass Ausbildungsinhalte insgesamt reduziert werden. Im Sinne eines lebenslangen
643 Lernens wollen wir die Anerkennung von Kompetenzen ermöglichen, die im Berufsleben oder im
644 Ehrenamt erworben werden.

645 **Inklusion auch in der beruflichen Bildung**

646 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, die Inklusion in der beruflichen Bildung im Schulgesetz zu
647 verankern. Die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen für einen Ausbau des gemeinsamen
648 Unterrichts an allen berufsbildenden Schulformen müssen geschaffen werden. Eine entsprechende
649 Fortbildungsinitiative für Lehrkräfte und die Weiterentwicklung der sonderpädagogischen
650 Unterstützung sind notwendig. Schulen und Schulträger müssen bei der Einrichtung von inklusiven
651 Lerngruppen beraten und unterstützt werden.

652 **JedeR Jugendliche hat ein Recht auf eine Berufsausbildung**

653 Viele SchülerInnen landen nach der Schule statt in der Ausbildung in einem Übergangssystem, das
654 viel Zeit und Geld kostet und die Vermittlungschancen häufig nicht verbessert. Wir GRÜNE wollen
655 diese Warteschleifen durch bessere Unterstützung zum Einstieg in die duale Ausbildung überflüssig
656 machen. Wenn dies in Einzelfällen nicht gelingt, wollen wir diese Warteschleifen durch eine

657 anerkannte Berufsausbildung mit staatlicher Förderung ersetzen. Wer sich nachweislich mehrfach
658 erfolglos um einen Ausbildungsplatz im dualen System beworben hat, soll nach maximal einem
659 halben Jahr in eine berufliche Ausbildung in einem anerkannten Beruf eintreten (Hamburger Modell
660 #), zum Beispiel an einer Berufsbildenden Schule in Kooperation mit einer überbetrieblichen
661 Ausbildungsstätte und/oder mit Betrieben. Auch Jugendliche mit schwachem oder gar keinem
662 Schulabschluss oder besonderem Unterstützungsbedarf sollen die Chance auf eine anerkannte
663 berufliche Ausbildung erhalten, die zu ihren Fähigkeiten passt und auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt
664 ist. Die Ausbildung wird, je nach Fähigkeit der Auszubildenden, zeitlich und inhaltlich flexibel
665 gestaltet und endet mit einer Kammerprüfung.

666 **Qualität in der beruflichen Bildung angesichts der demografischen Entwicklung erhalten**
667 Die Berufsbildenden Schulen stehen im Flächenland Niedersachsen vor einer großen Herausforderung.
668 Ein vielfältiges Angebot an beruflichen Fachrichtungen und Branchen wie in den städtischen
669 Ballungsgebieten kann in den ländlichen Regionen nicht mehr sichergestellt werden. Als Konsequenz
670 werden Bündelberufsschulen gebildet, in denen alle Berufsfelder unterrichtet werden. Bei vielen
671 Bündelschulen kommt es durch die demografische Entwicklung heute schon zu Schwierigkeiten bei
672 der Bildung von Fachklassen für die einzelnen Berufe. Auch die Gewinnung von Lehrkräften für die
673 verschiedenen beruflichen Fachrichtungen bereitet Schwierigkeiten. Wir wollen uns dieser
674 Entwicklung stellen und in Zusammenarbeit mit Schulträgern und Kammern Konzepte entwickeln, um
675 dieser Abwärtsspirale entgegenzuwirken, die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe zu stärken und den
676 Auszubildenden so eine gute berufliche Bildung zu ermöglichen. Dabei sollen die hohe Qualität der
677 beruflichen Bildung und die Bereitstellung einer wohnortnahen beruflichen Grundbildung erhalten
678 bleiben. Bei der Bildung überregionaler Fachklassen soll die Erreichbarkeit für die Auszubildenden
679 sichergestellt und bei landesweiten Fachklassen eine Unterbringung gewährleistet werden.

680 **Hochschule**

681 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 682 • *Die unsozialen Studiengebühren abschaffen, die Studienfinanzierung reformieren*
- 683 • *Mehr und bessere Studienplätze an Niedersachsens Hochschulen für eine bessere Qualität des*
684 *Studiums; Studieren muss flexibler und individueller werden*
- 685 • *Die Demokratie an den Hochschulen und die Teilhabe der Studierenden ausbauen*
- 686 • *Flexiblere und familienfreundlichere Zugangs- und Gestaltungsmöglichkeiten, damit ein*
687 *Studium in jeder Lebensphase und -lage möglich ist*
- 688 • *Wissenschaft und Forschung an den gesamtgesellschaftlichen Problemen unserer Zeit*
689 *ausrichten, um Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu entwickeln*

690 **Studiengebühren endlich abschaffen - Hochschulzugang darf nicht vom Geldbeutel abhängig** 691 **sein**

692 Studiengebühren schrecken besonders Menschen aus einkommensschwachen Familien oder
693 Elternhäusern ohne akademischen Hintergrund ab. Der Zugang zu unseren Hochschulen darf aber

694 nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Niedersachsen ist neben Bayern das einzige Bundesland, das am
695 unsozialen Modell der Studiengebühren festhält. Das hat massive Auswirkungen auf die Attraktivität
696 unserer Hochschullandschaft. Wir wollen deshalb als ersten Schritt die Gebühren für das Erststudium
697 einschließlich des Master-Abschlusses abschaffen und die Hochschulen angemessen ausstatten. Wir
698 setzen uns außerdem für eine bundesweite Reform der Studienfinanzierung für alle Studierenden ein.
699 Sie soll sich künftig aus zwei Säulen zusammensetzen: erstens aus einem elternunabhängigen
700 Sockelbetrag für alle, der die bisherigen Zuschüsse an Eltern mit studierenden Kindern ersetzt, und
701 zweitens aus einem bedarfsabhängigen Teil, der wie das bisherige BAföG dem sozialen Ausgleich
702 dient. Hierbei müssen die jeweiligen Lebensumstände (z. B. Ehrenamt, Pflege etc.) berücksichtigt
703 werden.

704 **Mehr und bessere Studienplätze – Bildungsqualität in den Vordergrund**

705 Niedersachsen exportiert jährlich über 30.000 AbiturientInnen in andere Bundesländer und ist damit
706 bundesweit trauriger Spitzenreiter. Die aktuelle StudienanfängerInnen-Prognose der
707 KultusministerInnen-Konferenz belegt, dass ein Ausbau der Studienplatzkapazitäten mit dem
708 Auslaufen des Hochschulpaktes nicht zu den Akten gelegt werden darf. Da im Rahmen des
709 Hochschulpaktes bisher ausschließlich neue Kapazitäten in Bachelor-Studiengängen geschaffen
710 wurden, brauchen wir in den nächsten Jahren zusätzlich einen nachfrage- und bedarfsgerechten
711 Ausbau der Master-Studiengänge, statt den Zugang mit künstlich erzeugten Quoten zu beschränken.
712

713 Eine gute Ausbildung braucht Zeit – auch an der Hochschule. Studieren heißt für uns GRÜNE nicht,
714 die Schulzeit um ein paar Jahre zu verlängern, sondern wissenschaftliches Arbeiten zu lernen und
715 selbstständiges Denken zu entwickeln – individuell und frei. Die Proteste der Studierenden in den
716 letzten Jahren haben deutlich gemacht, dass es um die Qualität des Studiums nicht immer zum Besten
717 steht. Studienangebote müssen mit den Lebens- und Lernbedingungen von Studierenden vereinbar
718 sein. Wir setzen uns für eine Ausweitung der Lehrqualität und gegen zeitlich verknappte Bachelor-
719 Studiengänge ein.

720
721 Wir GRÜNE wollen mehr Individualität und Flexibilität und ein weniger verschultes Studienangebot.
722 Studierende brauchen mehr Zeit und Raum, Wissen zu vertiefen und zu forschen. Die geistes- und
723 sozialwissenschaftlichen Studiengänge müssen wieder nachfragegerecht angeboten werden. Der
724 Wegfall überflüssiger Bürokratie wie der formellen Anmeldepflicht für Prüfungen und der
725 Anwesenheitspflicht soll dazu beitragen, das Studium weiter zu individualisieren und den
726 Studierenden Freiräume für Engagement zu geben.

727
728 Die Lehre an unseren Hochschulen muss deutlich aufgewertet werden. Da ein Großteil der Drittmittel
729 in die Forschung fließt und diese vorwiegend für wissenschaftliche Reputation sorgt, spielt die
730 Ausbildung junger StudentInnen im Wissenschaftsbetrieb der Hochschulen zu häufig nur eine

731 Nebenrolle. Um die Quoten der StudienabbrecherInnen zu senken und die Studienbedingungen zu
732 verbessern, sollen deshalb verstärkt Mittel in die Lehre investiert werden, zum Beispiel durch die für
733 das Land reservierten Mittel aus der VW-Stiftung. Darüber hinaus wollen wir die „Qualifizierungs-
734 und Weiterbildungsoffensive Hochschuldidaktik“ ausbauen.

735 **Offene Hochschule**

736 Wir GRÜNE wollen, dass mehr Menschen mit Fachschulabschlüssen oder Abschlüssen aus dem
737 dualen System ohne Abitur an die Hochschulen gehen. Es ist der Landesregierung nicht gelungen, die
738 Hochschulen erfolgreich für diese Zielgruppe zu öffnen. Tatsächlich wird die im Hochschulgesetz
739 verankerte Möglichkeit des Zugangs nur sehr selten genutzt.

740

741 Bildungsberatung ist angesichts der vielschichtigen Strukturen unseres Bildungssystems ein zentraler
742 Schlüssel zur Teilhabe geworden. An den Hochschulen müssen entsprechende Angebote ausgebaut
743 werden.

744

745 Um Schwellenängste abzubauen und um mögliche Kompetenzdefizite schon vor Beginn des Studiums
746 aufzuholen, brauchen wir mehr Vorbereitungskurse, die Fachkräfte mit beruflichen Abschlüssen ohne
747 Abitur fit für die Hochschulen machen. Um einen Studienabbruch am Anfang des Studiums zu
748 verhindern, müssen verstärkt studienbegleitende Brückenkurse, Coaching- oder Mentoring-
749 Programme angeboten werden. Diese Unterstützungsangebote sollen in enger Kooperation zwischen
750 den Hochschulen und den Einrichtungen für Erwachsenenbildung entwickelt werden.

751

752 Um den speziellen Arbeits- und Lebensbedingungen Berufstätiger gerecht zu werden, sollen an den
753 Hochschulen mehr Fern- oder Teilzeitstudiengänge angeboten werden. Es müssen mehr Zentren für
754 Fernstudien und universitäre Weiterbildung eingerichtet werden. Der semesterweise Wechsel
755 zwischen Voll- und Teilzeitstudium muss möglich sein. Im Sinne des lebenslangen Lernens müssen
756 die Hochschulen verstärkt einzelne Module als Weiterbildungsangebote vorhalten, sowohl mit dem
757 Ziel des Bachelor- als auch des Master-Abschlusses. Bereits in der Erstausbildung oder im
758 Berufsleben erworbene Kenntnisse und Kompetenzen müssen nach transparenten und verbindlichen
759 Kriterien anerkannt werden. Über finanzielle Anreize und Zielvereinbarungen mit den Hochschulen
760 soll erreicht werden, dass die Hochschulen sich vermehrt um Studierwillige ohne Abitur bemühen.
761 Aus diesem Grund werden wir Schnupperstudenten fördern, an denen Interessierte die Möglichkeit
762 haben, aktiv den Alltag an der Universität zu erleben und sich einen Überblick über die
763 Studienrichtungen zu verschaffen.

764 **Personalstruktur an Niedersachsens Hochschulen reformieren**

765 Ein innovatives Niedersachsen braucht Hochschulen, die attraktive Karrierewege für
766 NachwuchswissenschaftlerInnen aufzeigen. Die Praxis sieht leider anders aus. In Niedersachsen
767 werden inzwischen 83 Prozent aller wissenschaftlichen MitarbeiterInnen befristet angestellt.

768 International liegt der Anteil zwischen 20 und 30 Prozent. Die derzeitige Situation schafft schwierige
769 Lebensumstände für die Betroffenen und führt oft direkt zu Qualitätsverlusten in Forschung und
770 Lehre. Deshalb wollen wir mehr unbefristete Stellen für NachwuchswissenschaftlerInnen schaffen.

771

772 Wir brauchen verbindliche Vereinbarungen zwischen DoktorandInnen und Hochschulen, die strikere
773 Vorgaben für die Betreuung der Promotion beinhalten. Promovierende sind keine LückenbüßerInnen
774 im Hochschulbetrieb. Wir wollen mehr Junior-Professuren, die zudem öfter als bisher mit dem
775 sogenannten „Tenure-Track“ # zu versehen sind. Über öffentliche Projektförderungen sollen Anreize
776 zur Einrichtung unbefristeter Stellen geschaffen werden.

777

778 Ziel des Landes muss es sein, den Frauenanteil in der ProfessorInnenschaft und in den
779 Führungsgremien der Hochschulen zu erhöhen. Dazu wollen wir unsere Hochschulen motivieren, sich
780 für einen höheren Frauenanteil in ihren Strukturen einzusetzen, beispielsweise über die Zuweisung
781 von Geldern nur bei Umsetzung einer geschlechtergerechten Hochschul- und Besetzungspolitik.

782 **Familienfreundliche Hochschule**

783 Wir setzen uns dafür ein, dass die Arbeits- und Studienbedingungen an den Hochschulen in
784 Niedersachsen familienfreundlicher gestaltet werden. Dafür brauchen wir nicht nur mehr qualitativ
785 hochwertige Kinderbetreuungseinrichtungen an den Hochschulen, sondern auch mehr
786 Teilzeitstudiengänge und die Möglichkeit einer flexibleren Organisation von Studium, Praktika und
787 Prüfungen.

788 **Nachhaltige Wissenschaft**

789 Wir GRÜNE wollen, dass sich unsere Hochschulen ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung
790 stellen und ihren Teil dazu beitragen, Zukunftsentwürfe für eine nachhaltige Lebensweise zu
791 entwickeln. Das heutige Wissenschaftssystem ist zur Umsetzung dieser Aufgabe nur sehr
792 eingeschränkt fähig.

793

794 Große gesellschaftliche Herausforderungen – wie der Klimawandel, die multikulturelle Gesellschaft,
795 der demografische Wandel, vom Menschen entkoppelte Finanzmärkte oder die Energiewende –
796 sprengen die Grenzen einzelner wissenschaftlicher Disziplinen und machen eine weitreichende
797 gesellschaftliche Anpassung erforderlich. Unsere Hochschulen können der Gesellschaft dabei helfen,
798 die Zusammenhänge solch umfassender gesellschaftlicher Wandlungen besser zu verstehen und
799 notwendige Anpassungsprozesse aktiv zu gestalten. Um dieses Potenzial der Hochschulen optimal
800 einsetzen zu können, machen wir uns für eine Weiterentwicklung der niedersächsischen
801 Hochschullandschaft stark. Ziel ist es, eine disziplinübergreifende Forschung und Ausbildung in
802 Natur-, Ingenieur-, Kultur- und Sozialwissenschaften und eine enge Rückkopplung mit der Praxis zu
803 ermöglichen. Wir brauchen Hochschul-AbsolventInnen, die als zukünftige EntscheidungsträgerInnen
804 den globalen Herausforderungen gewachsen sind. Deshalb soll Nachhaltigkeitsforschung zu einem

805 niedersächsischen Forschungsschwerpunkt werden, der mit entsprechenden Zielvereinbarungen oder
806 Förderprogrammen, etwa mit Mitteln der VW-Stiftung, ausgebaut werden soll.

807 **Risikotechnologien kritisch begleiten**

808 Hochschulen und staatliche Forschungseinrichtungen dürfen keine Elfenbeintürme sein, in denen
809 hinter verschlossenen Türen gearbeitet wird. Technische Innovationen müssen auf ihre Folgen für
810 Mensch und Umwelt hinterfragt werden. Aus diesem Grund hat sich öffentlich geförderte Forschung
811 und Lehre jederzeit einer kritischen Öffentlichkeit zu stellen. Die Ergebnisse der Forschungsvorhaben
812 müssen zeitnah zugänglich gemacht werden. Forschungsprojekte, die mit privaten Mitteln finanziert
813 werden, müssen ihre Geldgeber und deren Aufträge offenlegen. Im Bereich von Risikotechnologien,
814 etwa der Endlager- oder der Genforschung, soll als Kontrollinstanz ein Beirat eingerichtet werden, der
815 zum Beispiel mit VertreterInnen aus Gewerkschaften, Wirtschaft, Umwelt- und Wohlfahrtsverbänden,
816 Wissenschaft und Kirchen besetzt ist und der über die Annahme solcher Aufträge entscheidet und
817 Drittmittel-Kooperationen freigibt.

818 **Demokratie und Teilhabe an niedersächsischen Hochschulen ausbauen**

819 Die Struktur der Gremien an Hochschulen muss unter demokratischen Gesichtspunkten fortentwickelt
820 werden. Die an den Hochschulen neben den ProfessorInnen vertretenen Statusgruppen
821 (wissenschaftliche Hilfskräfte, MitarbeiterInnen, Studierende) müssen in den Hochschulgremien
822 paritätisch vertreten sein und wieder stärker an den Entscheidungsfindungen beteiligt werden. Auch
823 die Gruppe der Promovierenden muss dabei berücksichtigt werden. Anders als CDU und FDP wollen
824 wir starke Senate, die in allen Belangen der Hochschulentwicklung beteiligt werden.

825

826 Wir wollen den Hochschulen mehr Entscheidungskompetenzen übertragen. Ein Beispiel ist das
827 Bauherrenrecht. Die Landeskonzferenz der Allgemeinen Studierendenausschüsse soll eine stärkere
828 landespolitische Beratungsfunktion einnehmen, um die Interessenvertretung von Studierenden im
829 Hochschulbereich zu stärken.

830

831 **Erwachsenenbildung**

832 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 833 • *Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen vorhalten*
- 834 • *Eine neue Koordinierungsstelle für die Politische Bildung einrichten*

835 Die Erwachsenenbildung hat das Ziel, Bildungsangebote für alle Menschen in allen Lebensphasen
836 anzubieten – unabhängig von Bildungskarriere oder sozialer Herkunft. Sie ist damit ein zentraler
837 Baustein des Bildungswesens. Die öffentliche Förderung von Erwachsenenbildung ermöglicht eine
838 nachhaltige Einbindung in das berufliche, politische und kulturelle Leben einer demokratischen
839 Gesellschaft.

840

841 Bildungsangebote der freien Erwachsenenbildung dienen der Emanzipation jedes Einzelnen und
842 stärken eine auf politische und soziokulturelle Beteiligung ausgerichtete, demokratische
843 Gesellschaftsordnung. Sie fördern das gesellschaftliche Engagement der BürgerInnen in
844 Niedersachsen. Für die Erwachsenenbildung gilt: Gute Bildungsarbeit braucht qualifizierte Kräfte.
845 Daher hat sich die Landesförderung am Prinzip der leistungsgerechten Entlohnung auszurichten.

846 **Teilhabe verbessern**

847 Untersuchungen belegen, dass Angebote der Weiterbildung oder des Bildungsurlaubs umso häufiger
848 genutzt werden, je höher die Vorbildung ist. Chancengleichheit ist auch in der Erwachsenenbildung
849 noch lange nicht erreicht. Ziel staatlich geförderter Erwachsenenbildung muss es sein, erreichbare und
850 bezahlbare Angebote vor allem für die Menschen zu ermöglichen, die bisher unterrepräsentiert sind.
851 Das gilt vor allem für Menschen mit einem geringen Bildungsstand und geringem Einkommen. Für
852 bisher nicht angesprochene Gruppen müssen spezielle Programme aufgelegt werden, die ihre Teilhabe
853 an Weiterbildung erhöhen. Wir setzen uns dafür ein, Formen aufsuchender Bildungsarbeit # zu
854 entwickeln.

855 **Bildungsberatung**

856 Lebenslanges Lernen ist ohne Unterstützung durch ein Bildungsberatungssystem nicht oder nur sehr
857 begrenzt realisierbar. Die Ausdifferenzierung von Berufs- und Bildungsbiografien, sich laufend
858 wandelnde Anforderungen am Arbeitsplatz und die Unvorhersehbarkeit der eigenen Erwerbsbiografie
859 machen ständige Weiterbildung zur Notwendigkeit. Die Vielfalt von Bildungsangeboten erschwert
860 den Überblick und hat einen hohen Orientierungsbedarf zur Folge. Daher ist es notwendig,
861 Bildungsberatung als eigenständiges Tätigkeitsfeld zu profilieren. In lokalen Netzwerken agierende
862 Beratungsstellen mit ausgebildetem Personal garantieren eine hochwertige Bildungs- und
863 Berufsberatung. Deshalb ist eine trägerunabhängige, professionelle und pädagogische Form der
864 Bildungsberatung eine öffentliche Aufgabe.

865
866 Um die Durchlässigkeit unseres Bildungssystems zu erhöhen und die Teilnahmequote an
867 Weiterbildungsmaßnahmen zu steigern, halten wir den Ausbau des bestehenden Netzwerkes solcher
868 Bildungsberatungsstellen in Niedersachsen für erforderlich. Neben der individuellen,
869 personenbezogenen Beratung bieten diese Agenturen das Potenzial, in Kooperation mit den
870 Hochschulen und der Wirtschaft Bedarfe auf dem Arbeitsmarkt zu ermitteln und spezielle Programme
871 – etwa im Rahmen der Offenen Hochschule – zu koordinieren.

872 **Politische Bildung**

873 Politische Bildung ist die Grundlage für politische und gesellschaftliche Teilhabe und demokratisches
874 Engagement.

875 Nach der Abschaffung der Landeszentrale für politische Bildung gibt es in Niedersachsen keine von
876 der Exekutive unabhängige Institution, die einrichtungsübergreifende Angebote der politischen

877 Bildung konzipiert und koordiniert. Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das die Landeszentrale
878 für politische Bildung abgeschafft hat. Das halten wir für einen großen Fehler! Für politische Bildung
879 an Schulen und die Weiterbildung von LehrerInnen im Bereich Politik fehlt es an einer zentralen
880 Stelle, die landeseigene und länderübergreifende Angebote koordiniert und DozentInnen- und
881 ExpertInnen-Pools bereithält. Wir GRÜNE fordern daher die Einrichtung einer „Koordinierungsstelle
882 politische Bildung“, die mit eigenen Mitteln ausgestattet in die Fläche wirken kann, Angebote bündelt
883 und koordiniert sowie Unterstützung für Bildungsträger anbietet. Besonders wichtig sind dabei
884 aufsuchende und zielgruppenspezifische Projekte für Jugendliche und junge Erwachsene.
885

885 **Umwelt, Klima, Arbeit, Wirtschaft**

886 **Wirtschaftlicher Erfolg mit grünen Ideen**

887 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 888 • *Mit dem Green New Deal durch eine gezielte Förderung von Zukunftsbranchen (Umwelt,*
889 *Energie, Demografie) vorhandene Arbeitsplätze sichern und neue schaffen*
- 890 • *Mit einer Effizienz- und Klimaschutzagentur und einer Neuausrichtung der Fördergelder*
891 *Niedersachsens Wirtschaft und Kommunen nachhaltig gestalten*
- 892 • *Durch erhöhte Abgaben auf die Gewinnung von Gas, Wasser oder Kies einen sparsameren*
893 *und verträglicheren Abbau und Verbrauch endlicher Rohstoffe durchsetzen*
- 894 • *Durch zielgenaue Unterstützung keinen Jugendlichen mehr ohne Schulabschluss und ohne*
895 *Ausbildungsplatz zurücklassen*
- 896 • *Fair bezahlte und gute Arbeit bei allen öffentlichen ArbeitgeberInnen und AuftraggeberInnen*
897 *selbstverständlich werden lassen – durch eine modernere Personalvertretung und an sozialen*
898 *und ökologischen Kriterien orientierte Vergaben*

899 Immer häufiger erleben wir inzwischen die Grenzen des Wachstums. Deshalb brauchen wir Wege, um
900 Wohlstand für alle mit den vorhandenen Ressourcen erreichen zu können. An Stelle von immer mehr
901 Wachstum ist die Nachhaltigkeit der bessere Indikator für eine zukunftsgerechte Entwicklung der
902 Wirtschaft. Dafür müssen wir den bisher an das Bruttoinlandsprodukt (BIP) gekoppelten
903 Wohlstandsbegriff kritisch hinterfragen. Die mit dem BIP untrennbar verbundene Förderung der
904 Verschwendung erzeugt ein Trugbild. Auch Unfälle, Staus oder weggeworfenes Essen erhöhen das
905 Bruttoinlandsprodukt und sorgen so für „Wachstum“. Wir GRÜNE wollen Wohlstand mit
906 tatsächlichen Wohlstands-Indikatoren wie Bildung, Gesundheit oder nachhaltigem Ressourcen-Einsatz
907 neu definieren. Vorreiter sind dabei neue Ansätze der Gemeinwohl-Ökonomie mit BürgerInnen-
908 Engagement, zum Beispiel durch Genossenschaften, und die lokal vielfach stärker werdenden
909 Suffizienz-Initiativen# wie Post Oil City# oder Transition Town#.

910 **Statt alter Wirtschaftsförderung mit dem Green New Deal mehr erreichen**

911 Eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung entsteht, wenn in Zukunftsbranchen, wie zum Beispiel
912 in die Erneuerbaren Energien oder Energieeffizienz, in Gebäudesanierung und Umwelttechnologien
913 investiert wird. Der „Green New Deal“#, die umfassende GRÜNE Antwort auf die Klima-,
914 Wirtschafts- und Finanzkrise, ist nichts anderes als ein Erneuerungsprogramm für die niedersächsische
915 Wirtschaft – vom kleinen Handwerksbetrieb über viele Dienstleistungsbereiche bis hin zur Industrie.
916 Die aus den Zukunftsbranchen erwachsenden Potenziale für neue auskömmliche Arbeitsverhältnisse
917 wollen wir durch die Neuausrichtung der Wirtschafts- und Förderpolitik des Landes bestmöglich
918 ausschöpfen. (LINK zu Broschüre Green New Deal)

919 Die immer wieder aufgedeckten Fehlsubventionen und Mitnahmeeffekte der bisherigen
920 Wirtschaftsförderung in Niedersachsen rufen nach einem Neuanfang. Bei jeder Form von staatlicher
921 Förderung müssen Effizienz und Transparenz statt Günstlingswirtschaft oberstes Gebot sein. Dabei
922 wollen wir die klassische Wirtschaftsförderung, aber auch große Teile der EU-Förderung, soweit
923 möglich auf revolvierende Konzepte# wie Förderkredite und Beteiligungskapital umstellen. Vorrang
924 sollen dabei die zukunftssträchtigen Energie-, Umwelt- und Effizienztechniken bei Forschung,
925 Entwicklung und Markteinführung haben.

926

927 Als zweite Wachstumsbranche sehen wir GRÜNE den Gesundheitsbereich, den wir von der
928 Forschung über die Gesundheitswirtschaft bis zur Versorgung und zur Pflege als ein koordiniertes
929 Programm der Landesregierung voranbringen möchten. (VERWEIS GESUNDHEIT) Erhebliche,
930 bisher ungenutzte Potenziale bestehen in Niedersachsen ebenso im Bereich der Kreativ- und
931 Kulturwirtschaft, denen wir in Zukunft mehr Gewicht geben wollen. (VERWEIS KULTUR)

932

933 Dabei werden wir öffentliche Förderung in allen Bereichen an die Einhaltung von Sozialstandards wie
934 Tarif-Entlohnung und die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen binden. Auch die Effizienz der
935 Förderlandschaft muss durch klarere Profilierung und engere Zusammenarbeit der fördernden Akteure
936 NGlobal# und MBG# mit der NBank# verbessert werden. Die Bank-Funktion der NBank soll sich mit
937 den entsprechenden Standards und Tarifen auf einen enger begrenzten Bereich konzentrieren. Ziel ist
938 die Straffung im Sinne einer modernen Dienstleistungsagentur bei der Förderung und deren Kontrolle
939 (Evaluation). Zukünftig sollen durch mehr Pauschalierung und Verkürzung der Entscheidungswege in
940 der Regel nur noch maximal zehn Prozent jeder Förderung für Bürokratie (Vergabe, Abrechnung und
941 Kontrolle) genutzt werden.

942 Aus ordnungspolitischen Gründen sind wir für das Auslaufen der Landesförderung bei GISMA# und
943 Deutscher Management-Akademie#.

944 **Zusätzliche Investitionen dank Effizienzagentur und Landesentwicklungsgesellschaft**

945 Motor für zusätzliche Beschäftigung im Zuge der Energiewende und neuer, starker Partner der NBank
946 bei der Akquise von Fördermitteln und bei der fachlichen Prüfung von Anträgen soll eine
947 niedersächsische Klimaschutz- und Effizienzagentur werden, die wir aus dem bisherigen
948 Innovationszentrum Niedersachsen heraus entwickeln wollen. Die Agentur soll als
949 Kooperationsprojekt von Landesregierung, Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft
950 angelegt sein. Mit Öffentlichkeitsarbeit, Beratung (zum Beispiel mit dem Konzept Ökoprotit#),
951 Vernetzung und Vermittlung von Förderung soll die neue Institution in allen öffentlichen und privaten
952 Bereichen zu den Themen Klimaschutz, Energiewende und Effizienzsteigerung aktiv werden. Ziel
953 sind mehr und gezielte Investitionen in neue regenerative Energie-Anlagen, Wärmedämmung und
954 andere Effizienztechniken. Wir brauchen eine neue technische Revolution für weniger CO2 in der
955 Energie und weniger Energie in unserem Wohlstand. Die Agentur soll dazu Forschung anstoßen und

956 Wirtschaft, Universitäten und freie Institute vernetzen. Sie soll in enger Kooperation und nicht in
957 Konkurrenz mit bereits vorhandenen Einrichtungen der Kommunen und Verbände arbeiten. Damit
958 wollen wir die Rohstoff-, Material-, Recycling-, Antriebs- sowie Energieeffizienz steigern,
959 systematische Energieeinsparungen in allen Bereichen vorantreiben und innovative regenerative
960 Energieerzeugung und Speicherung (insbesondere für den Grundlastbereich) fördern.,. Diese Konzepte
961 und technischen Innovationen erschließen den Partnern aus der Wirtschaft die Märkte von Morgen im
962 In- und Ausland. Das wiederum schafft und sichert neue dauerhafte Arbeitsplätze in ganz
963 Niedersachsen. (LINK zu Reader Effizienzagentur)

964

965 Für Landesbereiche, die besondere demografische Herausforderungen oder den plötzlichen Wegfall
966 von vielen Arbeitsplätzen zu bewältigen haben, zum Beispiel im Zuge der Bundeswehrreform, wollen
967 wir wieder eine Landesentwicklungsgesellschaft zur Unterstützung schaffen. Diese soll als
968 Tochterunternehmen der Effizienzagentur zugeordnet werden. Das dort gebündelte Planungs- und
969 Entwicklungs-Know-how und die direkte Vernetzung mit Förderprogrammen soll den mit derart
970 weitreichenden Aufgaben allein oft überforderten Kommunen helfen, passende Lösungen und
971 UmsetzungspartnerInnen zu finden.

972 **Ressourcen sparsam und ökologisch nutzen**

973 Der Glaube, dass Wachstum und Beschleunigung zwingende Voraussetzungen für den Erhalt unseres
974 Wohlstands sind, ist spätestens seit der tief gehenden Finanz- und Wirtschaftskrise und angesichts
975 unserer erkennbar endlichen Welt bei vielen Menschen in eine Verunsicherung umgeschlagen. Wir
976 GRÜNE halten ein schnelles Umsteuern zu weniger Ressourcenverbrauch, mehr regionalen
977 Wirtschaftskreisläufen und einer deutlich höheren industriellen Wiederverwertungsquote gebrauchter
978 Wertstoffe für möglich und nötig. Auf dem Weg dorthin brauchen wir eine Bodenabbau-Abgabe, die
979 einen sparsameren Verbrauch und stärkere Anreize zum Recycling bei unseren endlichen
980 Bodenschätzen wie Kies, Sand, Hartgestein, Gips, Torf und Erzen durchsetzt. Für Gips- und
981 Torfabbau soll es keine Genehmigungen mehr geben. Das Wasserentnahmegeld (WEG) wollen wir
982 auf Nachhaltigkeit ausrichten, indem ökologische Kosten der Gewässernutzung und die Folgen der
983 nicht mehr vermeidbaren Klimaveränderungen bei den Erhebungssätzen berücksichtigt werden. Wir
984 wollen einen landesweiten Altlasten-Fonds für Kommunen und Privatpersonen, die unschuldig in den
985 Besitz von belasteten Grundstücken gelangt sind. An diesem soll sich die Wirtschaft ebenfalls
986 beteiligen. Dabei geht es um Mitverantwortung der VerursacherInnen, aber auch um das gemeinsame
987 Interesse von Kommunen und Wirtschaft an der Nachnutzung von Flächen und um Risikominderung
988 für kommende Generationen. Wir wollen die Abgaben bei der Öl- und Gasförderung in Niedersachsen
989 marktgerecht erhöhen und damit eine sichere Förderung und einen sparsamen Verbrauch erreichen.

990

991 Zusätzlich wollen wir die Instrumente der Raumordnung ausbauen, um auch unterirdische
992 Nutzungskonflikte zu Lande und auf dem Meer zu minimieren. Die oberirdische Raumordnung wollen

993 wir um ein Flächen-Management mit landesweiten Versiegelungs- und Leitungstrassen-Katastern
994 erweitern, um sparsameres Bauen zu fördern. Zur Begrenzung und Steuerung der Flächen für
995 nachwachsende Rohstoffe (NaWaRo) werden wir ein Monitoring und regionale Obergrenzen
996 festschreiben.

997 **Gute Arbeit für alle**

998 Arbeit ist mehr als Geld verdienen. Wer Arbeit hat, nimmt an der Gesellschaft teil und nimmt Einfluss
999 auf gesellschaftliche Entwicklungen. Wir wollen allen Menschen in Niedersachsen Zugang zu
1000 anständig bezahlter und sinnstiftender Arbeit unter fairen Bedingungen ermöglichen.

1001 **Gute Ausbildung für alle – Umbau der Übergangssysteme**

1002 Unser Ziel ist es, keinen Jugendlichen ohne Schulabschluss und ohne Berufsausbildung zu lassen.
1003 Eine solide Ausbildung ist Grundlage für einen erfolgreichen Berufsweg und ein selbstbestimmtes
1004 Leben in einer zunehmend komplexer werdenden Welt. Gleichmaßen sind qualifizierte BürgerInnen
1005 die Basis für eine erfolgreiche Volkswirtschaft. Seit Jahren klaffen der Anspruch, Jugendliche auf
1006 ihrem Weg in den Beruf angemessen zu begleiten, und die Realität in Niedersachsen weit auseinander.
1007 Nur rund ein Viertel der Betriebe bildet aus, Tausende Jugendliche gehen bei der Suche nach einer
1008 Lehrstelle Jahr für Jahr leer aus und finden sich in Übergangssystemen wieder, die ihre Chancen auf
1009 dem Arbeitsmarkt oft nicht verbessern.

1010 Wir brauchen deshalb eine stärkere Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Akteure, um für jeden
1011 Jugendlichen einen Ausbildungsplatz zu haben. In Anlehnung an das erfolgreiche „Hamburger
1012 Modell“ wollen wir die Jugendlichen besser unterstützen und die Übergangssysteme ab- und
1013 umbauen. (VERWEIS BERUFLICHE BILDUNG)

1014 Die Finanzierung der dualen Ausbildung wollen wir gerechter verteilen und die Quote der
1015 ausbildenden Betriebe erhöhen. Gelingt dies nicht – wie derzeit im Bereich der Altenpflege – führt
1016 kein Weg an der Einführung einer Ausbildungsplatz-Umlage vorbei.

1017 **Fair bezahlte und gute Arbeit**

1018 Deutschland hat in immer mehr Branchen ein Problem mit dem freien Fall der Löhne. Niedrigstlöhne
1019 und Lohndumping zerstören die Grundlagen unserer sozialen Marktwirtschaft und machen
1020 Beschäftigte krank. Wer arbeitet und keine entsprechende Anerkennung für seine Arbeit erhält, brennt
1021 auf Dauer aus. Wer Vollzeit arbeitet, verdient einen anständigen Lohn, mit dem sich der eigene
1022 Lebensunterhalt ausreichend finanzieren lässt. Nur die Einführung eines Mindestlohnes in
1023 Deutschland kann die Erosion bei der Entlohnung endlich stoppen. Mit der Festsetzung von 8,50 Euro
1024 pro Stunde als Mindestlohn wollen wir auf Bundesebene verhindern, dass Niedrigstlöhne zu einem
1025 Wettbewerbsvorteil auf Kosten der Beschäftigten werden.

1026

1027 Sozial ist nicht automatisch, was Arbeit schafft. Der sogenannte Job-Boom nach der Finanzkrise war
1028 besonders in Niedersachsen zu einem großen Anteil auf prekäre Beschäftigung zurückzuführen. Rund

1029 ein Drittel aller neuen Stellen wird aus der Zeitarbeits-Branche gemeldet. Von den Betroffenen
1030 ungewollte befristete Beschäftigung, Zwangs-Teilzeit-Beschäftigung und unterbezahlte Arbeit nehmen
1031 stetig zu und werfen einen Schatten auf die vermeintlichen Erfolgsmeldungen der Bundesagentur für
1032 Arbeit. Das wollen wir ändern!

1033

1034 Zeit- und Leiharbeit entwickeln sich zunehmend zu Instrumenten der Wettbewerbsverzerrung, des
1035 Lohndumpings und der Unterwanderung von ArbeitnehmerInnenrechten. Leiharbeit kann
1036 grundsätzlich sinnvoll sein, um Auftragsspitzen abzubauen und um einen Weg in den ersten
1037 Arbeitsmarkt zu finden. Aber auch hier muss der Grundsatz „gleiches Geld für gleichwertige Arbeit“
1038 vom ersten Arbeitstag an gelten. Billigslöhne von teilweise nur fünf Euro, die manche Unternehmen
1039 in Branchen wie der Fleischverarbeitung über Werkverträge zahlen und die Deutschland zum
1040 billigsten Schlachtbetrieb in Europa machen, werden wir ebenso unterbinden. Verbesserte Kontrollen
1041 und schärfere Sanktionen müssen auch dort für mehr Lohngerechtigkeit sorgen.

1042

1043 **Gleichstellung bei Lohn und Position ist überfällig**

1044 Frauen verdienen in Deutschland rund ein Viertel weniger als Männer. Die Bevorzugung von Männern
1045 hat verschiedene Gesichter: Typische Männerberufe sind meist besser bezahlt als klassische
1046 Frauenberufe. Daneben gilt noch immer: Je höher die Position, desto häufiger ist sie durch einen Mann
1047 besetzt. Männerbünde und fehlende weibliche Vorbilder in Unternehmensführungen manifestieren die
1048 Ungleichheit. Alte tradierte Familienbilder in Unternehmen und Gesellschaft werden weiter strukturell
1049 befördert und führen dazu, dass mehrheitlich Männer die Hauptverdiener in Familien stellen, während
1050 Frauen überdurchschnittlich häufig prekär und gering beschäftigt sind.

1051

1052 Eine durchgehende und verlässliche Kinderbetreuung bis zum Abschluss der Grundschule und mehr
1053 Unternehmen mit einem Selbstverständnis für Familienverantwortung würden helfen, die verkrusteten
1054 Strukturen aufzubrechen. Daneben braucht unser Berufsleben mehr individuelle Zeit-Souveränität mit
1055 flexibleren Arbeitszeiten und Teilzeitmodellen wie Job-Sharing und Job-Rotation. Wir fordern
1056 spezielle Programme für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer selbst bestimmbaren Phase der
1057 Nicht-Erwerbstätigkeit sowie eine maßgeschneiderte Berufsberatung und Einstiegsbegleitung in den
1058 Arbeitsmarkt für Frauen und Männer, die sich wegen Familienarbeit zeitweilig aus dem Erwerbsleben
1059 zurückziehen. Dazu gehört aber auch das Angebot von Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen
1060 während einer Eltern- oder Familienauszeit. (VERWEIS KINDER UND JUGEND)

1061

1062 Statt auf ungehörte Appelle der Freiwilligkeit zu setzen und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu
1063 warten, setzen wir uns für die Einführung der Frauenquote nach skandinavischem Vorbild in der
1064 Privatwirtschaft ein, um die Ungleichbehandlung in deutschen Chefetagen tatsächlich aufzuheben. Wir
1065 wollen außerdem erfolgreiche Modelle bekannt machen, wie Führungspositionen auch in Teilzeit

1066 verwirklicht werden können. Führungskompetenz bedeutet nicht permanente Präsenz, sondern
1067 permanente Verantwortung. Aus dem Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetz (NGG) werden
1068 wir wieder ein wirksames Instrument für die Gleichstellung im öffentlichen Dienst und bei
1069 öffentlichen Unternehmen machen – mit dem Ziel, die Bevorzugung von Männern auch in den
1070 Verwaltungsspitzen zu beenden. (VERWEIS FRAUEN)

1071

1072 Daneben brauchen wir insgesamt mehr Inklusion im ersten Arbeitsmarkt. Unternehmen brauchen
1073 gezieltere Informationen und Hilfen, um mehr Arbeitsuchende mit Behinderungen einzustellen. Die
1074 Vorzüge eines erfolgreichen Diversity Managements# müssen stärker bekannt gemacht werden. Ein
1075 neuer Wirtschaftspreis Inklusion kann hierzu ein guter Werbeträger sein.

1076 **Verantwortung der öffentlichen Hand**

1077 Das Land hat, genau wie die Kommunen, als öffentlicher Auftraggeber auch direkten Einfluss auf
1078 Löhne, Arbeitsbedingungen und einen fairen Wettbewerb. Um diesen Einfluss geltend zu machen,
1079 wollen wir bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen den Einsatz von auskömmlicher,
1080 sozialversicherungspflichtiger Voll- und Teilzeitarbeit stärker berücksichtigen und eine effektive
1081 Gleichstellungspolitik praktizieren. Das Landesvergabegesetz ist grundsätzlich zu überarbeiten. Wir
1082 wollen auch den Öffentlichen Nahverkehr und Dienstleistungen neben der Baubranche in den
1083 Geltungsbereich des Vergabegesetzes aufnehmen, weil all diese Bereiche von Lohndumping
1084 besonders betroffen sind. Um einen fairen Wettbewerb auch für kleinere Unternehmen zu
1085 gewährleisten, werden wir die Schwellenwerte des Vergabegesetzes beim Land und auch für
1086 Kommunen absenken und verbesserte Rechtsschutzmöglichkeiten für BieterInnen prüfen.

1087

1088 Auch die im Trend liegenden Öffentlich-Privaten Partnerschaften# (ÖPP), die die wahren öffentlichen
1089 Kosten von Investitionen häufig über zu teure Nutzungsgebühren nur in die Zukunft verschieben,
1090 werden wir kritischer auf ihre tatsächliche Effizienz und Vergleichbarkeit zur direkten öffentlichen
1091 Aufgabenwahrnehmung prüfen. Daneben wollen wir das Niedersächsische Personalvertretungsgesetz
1092 modernisieren, um die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in
1093 Niedersachsen, wie in anderen Bundesländern, zu stärken. Das Land Niedersachsen soll seine
1094 Bewerbungsverfahren anonymisiert durchführen, um allen BewerberInnen die gleichen Startchancen
1095 ohne Diskriminierung zu geben.

1096 **Arbeit darf nicht krank machen – Prävention braucht mehr Priorität**

1097 Innerhalb von sechs Jahren hat sich der Arbeitsausfall durch psychische Erkrankungen in Deutschland
1098 verfünffach (VERWEIS GESUNDHEIT) – mit immensen Kosten für die Volkswirtschaft.
1099 Ursachen für die Zunahme sind Arbeitsdichte, ständige Erreichbarkeit und fremdbestimmtes Arbeiten.
1100 Unbegrenzte Flexibilisierung und Mobilisierung dürfen kein Selbstzweck sein. Es ist nötig und
1101 wichtig, wieder den Menschen in den Mittelpunkt zu rücken.

1102

1103 Vorgesetzte und ArbeitgeberInnen stehen in erster Linie in der Verantwortung, durch
1104 Vorsorgemaßnahmen und entsprechende Arbeitsgestaltung Burn-out und andere durch den Beruf
1105 ausgelöste Krankheiten zu vermeiden und Mobbing bereits in den Anfängen entgegenzuwirken. Das
1106 Land ist hier nicht nur als Arbeitgeber in der Pflicht, sondern sollte auch gegenüber der Wirtschaft
1107 stärker auf die Probleme und die Notwendigkeit der Prävention im Rahmen der Gesundheitsvorsorge
1108 hinweisen.

1109 **Niedersachsens Wirtschaft in allen Feldern zukunftsfähig machen**

1110 Die niedersächsische Wirtschaft fußt besonders auf vier großen Sektoren: dem Tourismus, der
1111 Ernährungswirtschaft, der Automobilindustrie und dem Handwerk. Diese vier Bereiche schaffen in
1112 Niedersachsen die meisten Arbeitsplätze und prägen unser Bundesland. Damit diese
1113 Wirtschaftszweige gut aufgestellt bleiben, müssen wir sie fit für die Zukunft machen.

1114 **Tourismus auf neuen Wegen erfolgreicher machen**

1115 Die Tourismuswirtschaft ist mit 340.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber in Niedersachsen und
1116 verdient mehr Aufmerksamkeit, als die schwarz-gelbe Regierung ihr bisher beigemessen hat. In kaum
1117 einem anderen Sektor ist ein funktionierender Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem so
1118 fundamental für den Erfolg. Tourismus braucht eine intakte Natur ebenso wie eine gute
1119 Verkehrsanbindung und funktionierende soziale Netze vor Ort. Kaum ein anderer Sektor bietet so
1120 vielfältige Beschäftigungsmöglichkeiten und so viele unterschiedliche Angebote wie die
1121 Tourismuswirtschaft. Regional müssen die touristischen Angebote aber noch besser in gut
1122 funktionierenden gemeinsamen Verbunden zusammengeführt werden, um auf diesem hart
1123 umkämpften Markt erfolgreich zu sein. Landesförderung soll die Entwicklung unverwechselbarer,
1124 eigenständiger touristischer Angebote unterstützen. Als Vorbedingung für eine Förderung durch das
1125 Land soll künftig gelten, dass aussichtsreiche lokale oder regionale Touristik-Schwerpunkte mit einer
1126 verbindlichen regionalen Zusammenarbeit gebildet werden. Die kontinuierliche Qualitätssteigerung
1127 mit transparenten Maßstäben für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit (Benchmarks) ist für uns
1128 GRÜNE das wichtigste Anliegen und muss über Gütesiegel und Wettbewerbe vorangebracht werden.
1129

1130 Bei einer älter werdenden Bevölkerung und dem Trend zum Inlandsurlaub muss das barrierefreie
1131 Erleben von Natur und Kultur als Förderziel stärker im Mittelpunkt stehen. Fehlende Barrierefreiheit
1132 ist bereits heute ein ernst zu nehmender Wettbewerbsnachteil.

1133

1134 Die Anbindung wichtiger Tourismusziele an die Schiene und den übrigen ÖPNV werden wir
1135 insbesondere im Harz und an der Küste bis hin zu den Übergängen zu den Inseln verbessern. CO2-
1136 armer und sanfter Tourismus treffen auf wachsendes KundInneninteresse und werden von uns als
1137 regionsübergreifende Wachstumssegmente besonders unterstützt. Beispiele sind Ferien auf dem
1138 Bauernhof und das Rad-, Wasser- oder Fernwandern. Der Tourismus kann damit einen großen Beitrag
1139 gerade für strukturschwache Regionen leisten. Der Städte- und Kulturtourismus entwickelt sich zu

1140 einem eigenständigen Wachstumsmarkt. Er profitiert insbesondere von dem vielfältigen Angebot der
1141 großen Städte (Staatstheater, Museen und Messen), aber auch von der – dank Denkmalschutz –
1142 weitgehend restaurierten Pracht einiger mittelalterlicher Fachwerkstädte in Niedersachsen.

1143

1144 Die landesweit aktive Tourismus-Marketinggesellschaft (TMN) muss weiter gestärkt werden, nicht
1145 nur durch Fördermittel des Landes, sondern auch durch eine aktivere Beteiligung und Kooperation der
1146 Tourismusregionen. Dazu ist es erforderlich, den Tourismuskommunen auch in strukturschwachen
1147 Regionen dafür die haushalterischen Spielräume innerhalb des vorgegebenen Konsolidierungsrahmens
1148 zu genehmigen.

1149 **Ernährungswirtschaft geht auch nachhaltig**

1150 Die Ernährungsindustrie hat sich hinter der Automobilwirtschaft zum umsatzstärksten verarbeitenden
1151 Gewerbe in Niedersachsen entwickelt. Dies ist mit einer erheblichen Konzentration mit leider nicht
1152 immer fairen Arbeitsbedingungen verbunden gewesen. Nicht nur bei der produzierenden
1153 Landwirtschaft, auch bei der Weiterverarbeitung wollen wir deshalb Förderungen und Planungsrecht
1154 in Zukunft restriktiver einsetzen, um gerade den verbliebenen Familienbetrieben ein Bestandsrecht zu
1155 sichern und AnwohnerInnen vor zu großen Belastungen zu schützen.

1156 Weitere Schwerpunkte grüner Politik in diesem Bereich zielen auf sozialverträgliche Mindestlöhne,
1157 Kennzeichnungs- und Zertifizierungsverpflichtungen und stärkere Gesundheitsvorsorge im
1158 Emissionsrecht mit entsprechenden Kontrollen. Umfassende Verbraucherinformation und Transparenz
1159 über Produktherkunft und Inhaltsstoffe sollen in der niedersächsischen Ernährungswirtschaft zum
1160 Qualitätskennzeichen werden.

1161 Mit EU-Hilfe besonders fördern wollen wir bäuerliche Landwirtschaft mit artgerechter Tierhaltung,
1162 pestizidfreier Landbewirtschaftung und Biolandbau, möglichst eingebunden bei der
1163 Weiterverarbeitung in regionale Wertschöpfungsketten (VERWEIS Landwirtschaft).

1164 **Klimaverträgliche Automobilwirtschaft fördern**

1165 Niedersachsen ist stark im Fahrzeugbau. Wir GRÜNE wollen, dass Niedersachsen ein Vorbild für den
1166 Bau und die Zukunftsfähigkeit von umweltfreundlichen Autos wird. Mit zukunftsgerechten Konzepten
1167 wollen wir die Arbeitsplätze sichern. Das wird angesichts der weltweiten Überkapazitäten aber nur
1168 gelingen, wenn Fahrzeuge zu wettbewerbsfähigen Preisen produziert werden und den künftigen
1169 Herausforderungen am Markt gerecht werden. Unser Ziel ist es, dass die effizientesten, sparsamsten
1170 und umweltfreundlichsten Automobile der Welt in Niedersachsen entwickelt und gebaut werden. Dazu
1171 gehört auch die Produktion von konkurrenzfähigen Elektro-Autos. Um mit regenerativ gespeistem
1172 Elektroantrieb Individualmobilität im Flächenland zu ermöglichen, ist noch umfangreiche Forschungs-
1173 und Entwicklungsarbeit nötig. Fahrzeugbatterien können zukünftig als mobile Stromspeicher genutzt
1174 werden, um beispielsweise überschüssigen Windstrom aus dem Netz aufzunehmen und bei Bedarf ins
1175 Netz zurückzuspeisen. Vor allem im Hinblick auf verbesserte Reichweiten, ihre Umweltverträglichkeit
1176 und den Aufbau der erforderlichen Versorgungsinfrastruktur ist hier noch viel zu tun. Das Land als

1177 Anteilseigner am VW-Konzern muss darauf achten, dass sich Forschung und Entwicklung auch auf
1178 die drastische Senkung des Verbrauchs der neuen PKW-Flotten mit Verbrennungsmotor
1179 konzentrieren. Ziel muss es sein, bis 2020 einen durchschnittlichen CO₂-Grenzwert aller Neuwagen
1180 von 80 Gramm pro Kilometer zu erreichen.

1181

1182 Großen Anteil am bisherigen wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens VW in enger Kooperation mit
1183 den Beschäftigten hat das VW-Gesetz, für dessen Erhalt wir uns einsetzen. VW strebt an, weltgrößter
1184 Autobauer zu werden. Das Land als Anteilseigner sollte sicherstellen, dass die weltweiten Aktivitäten
1185 des Konzerns Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards gerecht werden und Transparenz
1186 darüber hergestellt wird.

1187

1188 Die Forschungsaktivitäten der drei niedersächsischen Technischen Hochschulen in Clausthal,
1189 Braunschweig und Hannover (NTH) im Bereich der Materialeffizienz sowie der Antriebs- und
1190 Energietechnik wollen wir deutlich verstärken. Daneben ist eine gemeinsame Anstrengung der
1191 Forschungsinstitutionen und der Automobilindustrie nötig, um ein Kompetenz- und Forschungsfeld
1192 für ergänzende Produkte zur Autoherstellung in Niedersachsen aufzubauen und dadurch
1193 Beschäftigung zu sichern. Beispiele für solche ergänzenden Produkte sind Blockheizkraftwerke
1194 (BHKW)#.

1195

1196 Wirtschaft und Politik sind gefordert, künftig vermehrt individuell zugeschnittene und vernetzte
1197 Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Das muss auch ein Geschäftsmodell der Autohersteller werden, die
1198 vom PKW über Busse und E-Bikes bis zur Software die Komponenten einer solchen
1199 ressourcensparenden, mobilen Vernetzung anbieten können.

1200

1201 **Handwerk mit grünem Boden**

1202 Das Handwerk leistet auch und gerade in Niedersachsen einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von
1203 Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zur ökologischen Modernisierung und zur regionalen
1204 Wertschöpfung. Konsequenter Klimaschutz bedeutet nichts anderes als Investitionen in
1205 Handwerksleistungen: von der Energieeinsparung über Energieeffizienz bis zum Ausbau der
1206 Erneuerbaren Energien. Bei der energetischen Gebäudesanierung zieht jeder Euro aus öffentlichen
1207 Mitteln sieben bis acht Euro zusätzliche private Investitionen nach sich. Es sind gerade die kleinen und
1208 mittelständischen Handwerksbetriebe, die vor Ort den Umbau der Energieversorgung und nachhaltiges
1209 Bauen und Wohnen umsetzen. Wir GRÜNE werden 2013 durch entsprechende Förderkriterien und
1210 Klimaschutzstandards die Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit der zukunftsgerechte Umbau vor
1211 Ort forciert wird.

1212 **Die Energiewende für Niedersachsen**

1213 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 1214 • *Durch verstärkte Förderung von Energieeinspar-Maßnahmen und den beschleunigten Ausbau*
1215 *der regenerativen Energieerzeugung bis 2020 in Niedersachsen mehr Strom aus*
1216 *Erneuerbaren Energien erzeugen, als Strom insgesamt in Niedersachsen verbraucht wird*
- 1217 • *Beendigung der Mais-Monokulturen für Biogasanlagen durch Änderungen im Erneuerbare-*
1218 *Energien-Gesetz und Schaffung von Anreizen zur bedarfsgerechten Einspeisung, um Wind-*
1219 *und Sonnenstrom zu verstetigen*
- 1220 • *Beschleunigung des überregionalen und lokalen Netzausbaus und bürgerInnenfreundliche*
1221 *Vorgaben zur Erdverkabelung*
- 1222 • *Eine sicherheitstechnische Nachrüstung der verbliebenen Atomkraftwerke und -anlagen ist*
1223 *zwingend erforderlich. Eine schnellere Abschaltung als geplant muss aus*
1224 *sicherheitstechnischen Gründen insbesondere wegen der Risiken durch menschliches*
1225 *Versagen und wegen der Terrorgefahr möglich sein.*
- 1226 • *Auch als Lehre aus der Katastrophe in der Asse fordern wir die schnellstmögliche Rückholung*
1227 *des absaufenden Atommülls und einen völligen Neustart bei der Endlagersuche. Unser Ziel*
1228 *ist, dass das geologisch ungeeignete und politisch verbrannte Endlagerprojekt Gorleben so*
1229 *schnell wie möglich beendet wird und in Schacht Konrad keine neuen Fakten geschaffen*
1230 *werden.*
- 1231 Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist längst Realität. Auch hierzulande nehmen extreme
1232 Wetterereignisse wie Stürme, heftige Niederschläge und Trockenperioden zu. Temperatur und
1233 Meeresspiegel werden weiter steigen. Der Verbrauch fossiler Energien wie Kohle, Öl oder Gas hat die
1234 von Menschen gemachte Klimaveränderung besonders vorangetrieben. Aber auch die Art und Weise
1235 unserer Landwirtschaft, die Zerstörung der Moore und der hohe Fleischkonsum tragen zum
1236 Treibhauseffekt bei.
- 1237
- 1238 In Niedersachsen stammen bereits 25 Prozent der Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft
1239 und dabei sind die Importe von genmanipuliertem Soja aus ehemaligen Regenwaldgebieten in
1240 Südamerika noch nicht eingerechnet. Beim Klimaschutz wollen wir daher keinen Bereich ausnehmen.
1241 Besonders der Schutz unserer Moore als natürlicher CO₂-Speicher, deren Zerstörung durch die
1242 Landesregierung immerhin zwölf Prozent der jährlichen Treibhausgas-Emissionen ausmacht, hat für
1243 uns höchste Priorität. Damit die Auswirkungen des Klimawandels nicht völlig unbeherrschbar werden,
1244 darf sich die globale Temperatur nicht um mehr als zwei Grad erwärmen.
- 1245
- 1246 Zur Einhaltung dieser Grenze dürfen weltweit noch maximal 700 Gigatonnen Treibhausgas in die
1247 Atmosphäre gelangen. Das entspricht pro Erdbewohner einer Menge von 100 Tonnen. Bei einem
1248 jährlichen Ausstoß von weiterhin 10 Tonnen pro Kopf wäre das deutsche Budget bereits innerhalb
1249 eines Jahrzehnts erschöpft. Daraus folgt: Der Umbau zu einer kohlenstofffreien Energieversorgung ist
1250 unumgänglich und darf nicht durch Verlagerung unserer schlechten Klimabilanz in andere Länder

1251 erfolgen. Eine ganzheitliche Umwelt- und Energiebilanz und eine globale Betrachtung der Stoffströme
1252 gehören für uns zu einer ehrlichen Klimapolitik dazu. Wir wollen global denken und in Niedersachsen
1253 verantwortlich handeln. Die verbliebene Zeitspanne ist zu kurz für nicht zieltaugliche
1254 Zwischenlösungen.

1255

1256 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat viel Papier bedrucken und Kommissionen tagen lassen. Sie
1257 steht aber ansonsten auf der Bremse. Sie behindert weiterhin die Windenergie und den dafür
1258 notwendigen Netzausbau und unterstützt die massiven Kürzungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz
1259 (EEG) für die Solarenergie. CDU und FDP beweisen mit dem Festhalten an neuen Kohlekraftwerken
1260 klimapolitische Blindheit.

1261

1262 Grünes Ziel ist der vollständige Umbau unserer Energieerzeugung auf 100 Prozent Erneuerbare
1263 Energien. Dies wird nur gelingen, wenn wir mindestens die Hälfte unseres derzeitigen
1264 Energieverbrauchs einsparen. Ein weiterer Fokus muss auf einer dezentralen Energieversorgung
1265 liegen. Energiewende bedeutet für uns vor allen Dingen auch, weg vom Öl und hin zu einer autarken
1266 Energieversorgung zu kommen, die uns unabhängig von internationalen Preisschwankungen und
1267 internationalen Konflikten macht.

1268

1269 Wie wir zu einer enkeltauglichen Energieversorgung für Niedersachsen kommen, haben wir in
1270 unserem „Grünen Energieszenario“ ausführlich dargelegt. (LINK Grünes Energieszenario)

1271 **Effizienzrevolution statt Verschwendung**

1272 Die Potenziale an Erneuerbaren Energien sind durch die beanspruchten Flächen, die natürlichen
1273 Energieströme und die technischen Möglichkeiten begrenzt. Der größte Beitrag zum Klimaschutz ist
1274 daher die Einsparung von Energie. Die in der Vergangenheit niedrigen Brennstoffpreise haben in
1275 vielen Bereichen zu unnötig verschwenderischem Umgang mit Energie geführt. Daraus ergeben sich
1276 große Effizienz-Potenziale in Industrie, Haushalten und Verkehr. Diese wollen wir durch
1277 ordnungsrechtliche Maßnahmen und marktwirtschaftliche Anreize fördern. Wir brauchen eine neue
1278 Kultur der Einsparung, der Langlebigkeit von Produkten und des nachhaltigen Lebens.

1279

1280 Einen Energieverbrauch im heutigen Umfang wird sich Niedersachsen künftig nicht mehr leisten
1281 können und wollen. Die Verbrauchsminimierung hat höchste Priorität. Dies sollte weitgehend durch
1282 effizientere Energie-Nutzung und -Wandlung geschehen, um die erforderlichen Anpassungen der
1283 Wirtschafts- und Lebensweise für die restlichen Einsparungen möglichst gering zu halten.

1284

1285 Mit unserer neu zu schaffenden Niedersächsischen Klimaschutz- und Effizienzagentur wollen wir
1286 Kommunen, Unternehmen und Privatleute beraten und beim Ressourcen- und Klimaschutz
1287 unterstützen. (VERWEIS auf Wirtschaftsteil) Ein Niedersächsisches Klimaschutz- und Energie-

1288 Einspargesetz soll mit klaren Zielen und Maßnahmen zentraler Hebel der Landespolitik werden. Wir
1289 werden auch die landeseigenen Liegenschaften und Gebäude endlich energetisch überprüfen und
1290 sanieren. Alle Landeseinrichtungen sollen in Zukunft nur noch Ökostrom einsetzen. Statt den
1291 denkmalgeschützten Landtag abzureißen, wollen wir ihn erhalten und energetisch modernisieren.
1292
1293 Wir GRÜNE wollen außerdem in einer strategischen Forschungsallianz energiesparende Technologien
1294 in Gebäuden, Verkehr, Haushalten, Landwirtschaft und Technik verstärkt fördern.
1295 (VERWEIS BAUEN UND WOHNEN)

1296 **Die Zukunft ist erneuerbar**

1297 Niedersachsen liegt dank des rot-grünen Erneuerbare-Energien-Gesetzes# (EEG) mit einem Anteil von
1298 ca. 35 Prozent des niedersächsischen Stromverbrauchs aus Erneuerbaren Energien bereits deutlich
1299 über dem Bundesdurchschnitt. Hunderttausende Arbeitsplätze sind im Bereich der regenerativen
1300 Energieerzeugung entstanden. Wir GRÜNE haben ein ehrgeiziges, aber realistisches Ziel: Bis 2020
1301 wollen wir in Niedersachsen mehr Strom aus Erneuerbaren Energien erzeugen, als im Land insgesamt
1302 verbraucht wird! Die Standorte für neue konventionelle Kohle- oder Erdölkraftwerke werden wir
1303 daher aus dem Landes-Raumordnungsprogramm streichen.

1304 **Mehr Re-Power für die Windenergie**

1305 Windenergie wird in der postfossilen Energieversorgung in Niedersachsen den größten Beitrag liefern.
1306 Im „Grünen Energieszenario“ (LINK) macht Wind zwei Drittel der Stromproduktion aus – davon
1307 wiederum stammen drei Viertel aus Onshore-Anlagen#.
1308 Niedersachsen ist bei der Nutzung der Windenergie bundesweiter Spitzenreiter. Jede vierte Anlage
1309 steht in Niedersachsen. Auch bei der Herstellung sind wir erfolgreich. Jedes zweite Windrad in
1310 Deutschland ist ein „Niedersachse“! Viele Potenziale am Land und auf dem Wasser bleiben aber durch
1311 die windenergiefeindliche Politik der schwarz-gelben Landesregierung ungenutzt. Nach den Boom-
1312 Jahren unter Rot-Grün im Bund ging unter Schwarz-Gelb der jährliche Zuwachs deutlich zurück.
1313

1314 Wir wollen daher die Potenziale der Windenergie besser nutzen – unter Beachtung strenger
1315 Naturschutzziele wie etwa des Vogelschutzes. Dazu wollen wir die Ausweisung neuer Standorte und
1316 das Repowering, also das Ersetzen alter Anlagen durch moderne Neuanlagen mit viel höheren
1317 Wirkungsgraden und leiserer Technik, fördern. Der technische Fortschritt erlaubt es, die niedrigen,
1318 schnelldrehenden Altanlagen abzubauen und bei hohem Leistungszuwachs durch wenige
1319 Windenergieanlagen mit hohen Nabenhöhen zu ersetzen. Diese arbeiten sehr viel ruhiger und
1320 erreichen dank verbesserter Rotorblätter und größerer Rotordurchmesser oft doppelt so viele
1321 Volllaststunden bei vielfacher Leistung.

1322
1323 Wir wollen über die Raumordnung ausreichend Landesfläche zu windenergiegeeigneten Gebieten
1324 erklären und vor allem Bürger-Windparks mit hoher Akzeptanz fördern. Hierbei wollen wir vor allem

1325 auch neue Onshore-Standorte schaffen. Naturschutz- und Vogelschutzgebiete, die von der
1326 Windenergie beeinträchtigt werden können, sind von den Vorranggebieten auszunehmen. Zu
1327 Schwerpunktorkommen sensibler Vogelarten und Fledermäuse sind angemessene Abstände
1328 einzuhalten.

1329

1330 Die pauschale Höhenbegrenzung im Landes-Raumordnungsprogramm ist auf Initiative der GRÜNEN
1331 endlich gestrichen worden. Die Kommunen und BürgerInnen sollen mehr
1332 Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Windenergienutzung bekommen. Hierbei stehen für uns vor
1333 allem der Dialog und die Schaffung von Akzeptanz im Zentrum. Für uns GRÜNE haben die
1334 Energiewende und der dafür benötigte Ausbau klare Priorität.

1335

1336 Wir GRÜNE unterstützen auch den Ausbau der Offshore-Windenergie vor den niedersächsischen
1337 Küsten. Die dort entstehende Industrie mit neuen Arbeitsplätzen und hohen Stromerträgen durch die
1338 hohen Windgeschwindigkeiten auf See wird einen erheblichen Teil zur Energiewende beitragen. Die
1339 Förderung von Windenergie auf See soll allerdings nicht höher sein als an Land. Gerade für einen
1340 dezentralen Ausbau mit Stadtwerken, Kommunen und BürgerInnen-Energiegenossenschaften sehen
1341 wir die größten Potenziale weiterhin an Land. Die Belange des Natur- und Artenschutzes sind auf See
1342 genauso zu berücksichtigen wie an Land. Der Schutz des Nationalparks Wattenmeer beim Bau der
1343 Kabeltrassen wird von uns GRÜNEN als vorrangig eingestuft.

1344 **Sonne für alle – Die Sunblocker von FDP und CDU stoppen!**

1345 Auch die Photovoltaik zur direkten Umwandlung der Solarstrahlung in Strom wird in der postfossilen
1346 Energieversorgung einen erheblichen Beitrag liefern. Photovoltaik stellt von der zeitlichen Verteilung
1347 her eine gute Ergänzung des Windstrom-Angebots dar. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat gegen
1348 niedersächsische Interessen den massiven Kahlschlag bei der Solarförderung unterstützt. Statt eines
1349 geordneten Sinkflugs wurde die Vergütung radikal gekürzt und die Solarenergie setzte im Sturzflug
1350 zur Bruchlandung an. Statt eines weiteren erfolgreichen Ausbaus sollten nach dem Willen von CDU
1351 und FDP in Zukunft nicht 7,5 Gigawatt, sondern nur noch 2,5 Gigawatt pro Jahr installiert und 15
1352 Prozent des Solarstroms nicht mehr über das EEG vergütet werden. Dadurch sind Tausende
1353 Arbeitsplätze in niedersächsischen Unternehmen und im Handwerk bereits verloren oder gefährdet.
1354 Deshalb wollen wir die Sunblocker von FDP und CDU bei der Landtagswahl stoppen.

1355

1356 Im „Grünen Energieszenario“ (LINK) stammt gut ein Drittel der Stromproduktion aus Solarmodulen.
1357 Wir wollen diese überwiegend auf den vielen sonnengeeigneten Dachflächen, auf Industriebrachen,
1358 überdachten Parkplätzen und anderweitig kaum nutzbaren Flächen installieren. Den Verbrauch von
1359 Grünland-, Acker- und unversiegelten Naturflächen für Freiflächenanlagen halten wir für nicht
1360 förderwürdig.

1361

1362 Fortschritte in der Technik werden zu weiteren erheblichen Kostensenkungen bei Solarstrom führen.
1363 Das niedersächsische Solarforschungsinstitut (ISFH) in Emmerthal wollen wir für innovative,
1364 umweltschonende Techniken weiter fördern und vor allem die Erfassung von geeigneten Dachflächen
1365 in einem Solarkataster und die Kombination mit dezentralen Stromspeichern verstärken.

1366

1367 Neben der Photovoltaik sollen auch Solarwärme und Wärmepumpen stärker zum Heizen genutzt
1368 werden. Besonders wollen wir auch die Anwendung neuer Techniken in der heimischen Wirtschaft
1369 und Produktion bei uns im Lande fördern. Niedersachsen soll das Sonnenland der blauen Fabriken und
1370 Dächer werden!

1371 **Bioenergie richtig machen – Vermaisung stoppen!**

1372 Bioenergie ist heute in erster Linie Maisenergie. Auf etwa einem Drittel der niedersächsischen
1373 Ackerfläche wird Mais angebaut, die Hälfte davon für Biogasanlagen. Das ist der falsche Weg. Seit
1374 langem treten wir daher für grundlegende Änderungen in der Förderpolitik ein. (LINK LDK
1375 BESCHLUSS Bioenergien)

1376

1377 In einigen Regionen Niedersachsens sind durch die massiven Mais-Monokulturen bereits gravierende
1378 Probleme eingetreten: Boden-Erosion, Grundwasserbelastung, starke Pachtpreiserhöhungen und
1379 erhebliche Akzeptanzprobleme bei der Bevölkerung. Naturschutz existiert hier nicht mehr. Die
1380 heutigen konventionellen Anbaumethoden mit intensivem Pestizid- und Kunstdüngereinsatz sind von
1381 endlichen Ressourcen abhängig und belasten Natur und Umwelt – zum Beispiel durch Bienensterben.
1382 und.

1383

1384 Bereits jetzt sind 59 Prozent der Landesfläche von einer deutlich zu hohen Nitratbelastung des
1385 Grundwassers betroffen, Tendenz steigend. Ursachen sind der unkontrollierte Gülleeinsatz, die
1386 Zunahme der Tierproduktion und die Vermaisung.

1387

1388 Wir wollen, dass in Biogasanlagen überwiegend biogene Reststoffe wie Gülle, Mist und Grünschnitt
1389 verwendet werden. Durch Änderungen in der Struktur des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG)
1390 werden wir dafür sorgen, dass Fruchtfolgen und eine effiziente Wärmenutzung verbindlich für die
1391 Förderung werden. Mit Wildpflanzenmischungen können heute schon gute Ergebnisse für Klima- und
1392 Umwelt erzielt werden. Wir wollen daher den NaWaRo-Bonus# durch einen Ökobonus für
1393 naturschutzfreundliche Erzeugung ersetzen.

1394

1395 Kleine Anlagen zur Verwertung von betrieblichen Reststoffen in der Hand von BäuerInnen oder
1396 Energiegenossenschaften wollen wir im Rahmen des EEG und bei der baurechtlichen Privilegierung
1397 besonders berücksichtigen. Biogasanlagen können eine besondere Rolle bei der Netzstabilität
1398 einnehmen. Deshalb sollen Anlagen wirksame Anreize zur bedarfsgerechten Einspeisung erhalten, um

1399 Strom dann zu produzieren, wenn der Wind nicht weht oder die Sonne nicht scheint. Auf Bundesebene
1400 werden wir uns dafür einsetzen, dass die Landesplanung den Neubau von Biogasanlagen steuern und
1401 begrenzen darf. Nach unserem Energiewendekonzept soll der Anbau von Energiepflanzen 20 Prozent
1402 der Anbaufläche in keiner Region überschreiten. Nahrungsmittelerzeugung und Naturschutz haben
1403 Vorrang. Importe, insbesondere von Palmöl aus ehemaligen Regenwaldgebieten, lehnen wir ab.
1404 (LINK LDK Beschluss Biogas)

1405

1406 **Intelligente Netze und Speicher**

1407 Um-Schwankungen der Wind- und Solarenergie auszugleichen, brauchen wir neue, überregionale und
1408 dezentrale, intelligente Netze und Speicher. Zur Nutzung von skandinavischen Pumpspeicherwerken
1409 wollen wir auch das sogenannte NORGER-Seekabelprojekt# vorantreiben. Zusätzliche dezentrale
1410 Speichermöglichkeiten in Niedersachsen, etwa die Nutzung stillgelegter Bergwerke im Harz als
1411 Pumpspeicherwerke, wollen wir ebenso fördern. Durch eine vorrangig dezentrale Energieerzeugung
1412 und -speicherung lässt sich auch der Umfang des notwendigen Ausbaus der großen Übertragungsnetze
1413 reduzieren.

1414

1415 Das Stromnetz muss wegen der Schwankungen von Wind- und Solarenergie und wegen der
1416 veränderten räumlichen Verteilung von Erzeugung, Speicherung und Verbrauch auf das Zeitalter der
1417 Erneuerbaren Energien neu ausgerichtet werden. Dafür ist der Ausbau der großen Übertragungsnetze
1418 wie der kleinräumlichen Verteilnetze erforderlich. Wir GRÜNE setzen dabei für eine höhere
1419 Akzeptanz und Umweltschonung vor allem auf die Erdverkabelung. Die Trasse Wahle-Mecklar
1420 wollen wir, wie von den BürgerInnen-Initiativen zu Recht gefordert, als Pilotstrecke für eine HGÜ-
1421 Erdverkabelung# nutzen. Dafür müssen alle landespolitischen Spielräume genutzt werden, um beim
1422 Bund Druck für eine notwendige Änderung des Energie-Leitungs-Ausbaugesetzes (ENLAG) zu
1423 machen. Weil die Netzinfrastruktur Teil der Daseinsvorsorge ist, ist deren bedarfsgerechter Ausbau
1424 nötigenfalls vom Staat sicherzustellen, wenn sich die privaten Netzgesellschaften dazu nicht in der
1425 Lage sehen.

1426

1427 Wir GRÜNE setzen grundsätzlich auf die Energiewende von unten. Daher unterstützen auch wir die
1428 Bemühungen vieler Kommunen zum Rückkauf ihrer Verteilnetze und beim Ausbau der
1429 Eigenstromerzeugung in Gemeinde- und Stadtwerken. Die bisherigen Inhaber der Konzessionen – die
1430 vier großen Energieversorger – haben zur Genüge bewiesen, dass sie kurzfristig gewinnorientiert und
1431 nicht an einer sicheren und nachhaltigen Stromwirtschaft interessiert sind. Sie sind verantwortlich für
1432 das viel zu lange Festhalten an der Atomenergie, am Neubau von Kohlekraftwerken und für das
1433 Verschleppen der Netzmodernisierung für Erneuerbare Energien.

1434 **Schneller Atomausstieg – Kein Atomklo Niedersachsen!**

1435 Die Atomkraft ist und bleibt eine unverantwortbare Risikotechnologie. Tschernobyl und Fukushima
1436 haben das angeblich Udenkbare Wirklichkeit werden lassen. Deshalb muss der Atomausstieg jetzt
1437 konsequent vollendet werden. Auch in Mitteleuropa gibt es genug Warnsignale: Der Brand im
1438 Atomkraftwerk Krümmel, die endlosen Störfälle in den AKWs Esenshamm und Brunsbüttel oder der
1439 Beinahe-GAU im schwedischen AKW Forsmark, das mit niedersächsischen Anlagen baugleich ist.
1440 All diese Fälle führen uns vor Augen, wie unzuverlässig Atomkraft-Betreiber sind. Eine Reaktor-
1441 Katastrophe ist auch in Niedersachsen jeden Tag möglich. Die Atomaufsicht des niedersächsischen
1442 Umweltministeriums hat bis heute keine Konsequenzen für die Nachrüstung noch laufender
1443 Atomkraftwerke gezogen. Bestehende Sicherheitsmängel werden ignoriert. Neben den Risiken durch
1444 menschliches und technisches Versagen bleibt die Terrorgefahr unbeherrschbar: Kein Atomkraftwerk
1445 der Welt kann ausreichend vor terroristischen Angriffen geschützt werden. BÜNDNIS 90/DIE
1446 GRÜNEN wollen eine sicherheitsorientierte Nachrüstung noch laufender Atomkraftwerke in Grohnde
1447 und Lingen, die nach unserer Überzeugung zu einem früheren Abschalten als geplant führen wird. Je
1448 früher die Atomkraftwerke vom Netz gehen, umso besser.

1449

1450 Wir sprechen uns in diesem Zusammenhang auch für die sofortige Schließung des Luft-Boden-
1451 Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ aus. Die unmittelbare Nähe des Bundeswehr-Übungsplatzes zum
1452 AKW „Emsland II“ und zur angrenzenden Atomindustrie in Lingen stellt ein zusätzliches,
1453 unkalkulierbares und nicht hinnehmbares Risiko für die Bevölkerung dar.

1454

1455 Die Atommüllberge wachsen mit jedem Tag, an dem die Reaktoren laufen. Bis heute gibt es keine
1456 auch nur halbwegs sichere Methode, unsere strahlenden Hinterlassenschaften für Hunderttausende von
1457 Jahren sicher zu entsorgen. Der schnellstmögliche, weltweite Ausstieg aus der Atomenergie bleibt
1458 daher unser Ziel, für das wir parlamentarisch und außerparlamentarisch kämpfen.

1459

1460 Um den Atomausstieg zu vollenden, brauchen wir eine Internationalisierung des Widerstandes. Dabei
1461 spielen die vielen negativen Erfahrungen in Niedersachsen mit dieser nicht beherrschbaren
1462 Technologie eine wichtige Rolle.

1463 **Atomkatastrophe Asse II – Der radioaktive Müll muss beschleunigt raus!**

1464 Wie unsicher das Entsorgen des Atommülls ist, zeigt die Entwicklung im Salzbergwerk Asse II bei
1465 Wolfenbüttel. Die Asse sei „sicher für alle Zeiten“ hieß es von Seiten der Atomwirtschaft und der
1466 Wissenschaft. Heute gilt die Asse als eines der größten Umweltprobleme in Europa. Rund 127.000
1467 Fässer mit schwach- und mittlradioaktivem Abfall lagern in dem Schacht, der als Prototyp für
1468 Gorleben geplant war. Die Sicherheitsprognosen für die Asse haben sich bereits nach zehn Jahren als
1469 falsch erwiesen. Salzlauge dringt in das Grubengebäude ein, das in seiner Standsicherheit gefährdet
1470 ist. Heute ist klar, dass radioaktives Material mit Grundwasser aus dem Deckgebirge in Kontakt tritt.

1471 Die Lage kann sich jederzeit zuspitzen, mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur. Wir halten
1472 die Rückholung des atomaren Mülls für die einzige Möglichkeit, Langzeitsicherheit herzustellen.
1473 Bundes- und Landesregierung müssen alles dafür tun, um den atomaren Müll aus dem Atom Mülllager
1474 Asse II so schnell wie möglich zurückzuholen. Dazu gehören auch die Bereitstellung ausreichender
1475 finanzieller und personeller Ressourcen und die parallele Bearbeitung zeitlich aufeinander folgender
1476 Verfahren. Um die Rückholung des Atom Mülls aus der Asse zu beschleunigen, muss das Atomrecht
1477 novelliert werden. Dabei dürfen weder die BürgerInnen-Beteiligung noch die Anforderungen für die
1478 Langzeitsicherheit reduziert werden, nach deren strengen Sicherheitskriterien die Stilllegung zu
1479 erfolgen hat. Das Bundesamt für Strahlenschutz muss das Verfahren mit breiter und intensiver
1480 BürgerInnen-Beteiligung insbesondere mit der Asse-Begleitgruppe durchführen.

1481 **Aus der Asse lernen – Gorleben aufgeben!**

1482 Die katastrophale Situation bei der Asse II zeigt eindringlich die gewaltigen Probleme bei der
1483 Endlagersuche. Der Standort wurde festgelegt, weil ein unrentables stillgelegtes
1484 Salzgewinnungsbergwerk zufällig zur Verfügung stand. Das Gleiche gilt für Schacht Konrad in
1485 Salzgitter! Die kritischen Gegebenheiten des Standortes wurden ignoriert und lange Zeit geleugnet.
1486 Eine ähnliche Situation ist auch in Morsleben, nur 500 Meter von der niedersächsischen
1487 Landesgrenze, bei Helmstedt zu sehen: Auch dort gibt es einen „absaufenden“ Schacht, der mit
1488 Milliardenaufwand gesichert werden muss. Für die eingetretenen Schäden wollen wir die Verursacher
1489 in den Atomkonzernen auch finanziell zur Verantwortung ziehen.

1490
1491 Grundsätzlich begrüßen wir die Aufnahme von Verhandlungen zwischen Bund und Ländern mit dem
1492 Ziel, eine Einigung in der Endlagerfrage zu erzielen. Wenn aus politischen oder rechtlichen Gründen
1493 oder auch aus Gründen der Machtverhältnisse und der unterschiedlichen Haltungen zu Gorleben der
1494 Standort durch das neue Auswahlgesetz in einem neuen Suchverfahren bleiben soll, dann muss dieses
1495 Verfahren ergebnisoffen, fair und transparent gestaltet werden. Es muss die Teilnahme und den
1496 Einfluss für Bürgerinnen und Bürger sichern und an höchsten Sicherheitszielen orientiert sein. Die
1497 Durchsetzung dieser Ziele setzt gute Korrektur- und Klagemöglichkeiten voraus.

1498
1499 Für uns ist klar: Gorleben ist geologisch ungeeignet, politisch verbrannt und ein Schwarzbau.
1500 Gorleben verfügt über kein Deckgebirge, es können wasserführende Störungen auftreten, es gibt
1501 Gasvorkommen. Der Standort wurde willkürlich ausgewählt und es gab keine qualifizierte
1502 Öffentlichkeitsbeteiligung. Durch die Errichtung einer Pilot-Konditionierungsanlage zur
1503 endlagerechten Umverpackung des Atom Mülls und durch die Nutzung als Zwischenlager besteht
1504 aktuell eine faktische Vorfestlegung. Die Fortführung der als „Erkundung“ deklarierten
1505 Baumaßnahmen und der Arbeit an einer sogenannten vorläufigen Sicherheitsanalyse ausgerechnet
1506 durch Wissenschaftler, die maßgeblich am Desaster in der Asse beteiligt waren, ist ein Affront, der die
1507 laufenden Gespräche zur Endlagersuche schwer belastet. Wir wollen, dass die Suchkriterien und die

1508 Sicherheitsanforderungen öffentlich beraten und als Teil des Endlagersuchgesetzes im Parlament
1509 beschlossen werden. Solange Gorleben im Vergleichspool der Standorte bleibt, wird versucht werden,
1510 die Sicherheitsanforderungen dem ungeeigneten Standort Gorleben anzupassen. Die
1511 Sicherheitskriterien müssen daher geowissenschaftlich begründet sein und die Kriterien des
1512 Arbeitskreises Endlagersuche weiterentwickeln. Gorleben kann wissenschaftlichen und geologischen
1513 Kriterien eines Endlagersuchgesetzes nicht standhalten.

1514
1515 Die bisher bekannt gewordenen Gesetzesentwürfe aus dem Bundesumweltministerium (BMU) lassen
1516 jedoch erkennen, dass das BMU nach wie vor am Standort Gorleben festhalten will und nach Wegen
1517 sucht, um Verfahrens- und Rechtsfehler der Vergangenheit zu heilen. Bislang ist das BMU nicht zu
1518 einem sofortigen Stopp aller Erkundungs- und Bautätigkeiten in Gorleben bereit; eine klare Definition
1519 der Sicherheitskriterien im Gesetzestext fehlt; bereits geleistete Vorarbeiten des Arbeitskreises
1520 Auswahlverfahren Endlagerstandort (AKEnd) bei der Definition von Kriterien, Öffentlichkeitsarbeit
1521 und Verfahren werden weitgehend ignoriert; Konsequenzen aus dem Asse-Desaster werden nicht
1522 gezogen; die Finanzierung bleibt unklar und der Rechtsschutz von Betroffenen ist unzureichend. Auch
1523 die Entmachtung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) und die Installierung einer neuen
1524 Bundesbehörde, die von jeder demokratischen Kontrolle entbunden werden soll, stößt auf unseren
1525 entschiedenen Widerstand. Beim derzeitigen Stand der Verhandlungen droht die Gefahr einer „Pro-
1526 forma-Prüfung“ von Alternativen zu Gorleben, die lediglich dem Zweck dient, Gorleben gerichtsfest
1527 durchzusetzen. Das werden wir niemals akzeptieren. Darüber hinaus ist die Kostenfrage im derzeitigen
1528 Entwurf nicht geregelt. Für uns ist klar, dass die Verursacher die Kosten der Endlagersuche tragen
1529 müssen.

1530
1531 Wer einen gesamtgesellschaftlichen Konsens will, muss das Verfahren jetzt für eine echte Beteiligung
1532 aller gesellschaftlich relevanten Gruppen öffnen, denn die Chance zu einem Neubeginn ist gegeben.
1533 Sie darf jetzt nicht durch Geheimniskrämerei und ein Durchregieren der Exekutive verspielt werden.
1534 Nach Jahrzehnten des scharfen gesellschaftlichen Konflikts ist eine glaubwürdige Beteiligung der
1535 BürgerInnen erforderlich, um einen wirklichen Neubeginn zu ermöglichen.

1536 **Kein Atommüll in Schacht Konrad**

1537 Die Festlegung auf ein Endlager für alle Arten von radioaktivem Müll kann nur in einem
1538 nachvollziehbaren Verfahren mit höchsten Sicherheitsstandards getroffen werden. Die Öffentlichkeit
1539 und die Bürgerinitiativen sind dabei von Anfang an breit und transparent einzubeziehen. Weil
1540 Atommüll für Millionen Jahre gefährlich bleibt, gilt es den relativ besten Standort zu wählen. Wir
1541 wollen, dass das Konzept der wartungsfreien, nicht rückholbaren Atommüllendlagerung hinterfragt
1542 wird. Wir brauchen Möglichkeiten zur Fehlerkorrektur über einen Zeitraum von 500 bis 1000 Jahren.
1543 Wir setzen uns für den Neubeginn bei der Endlagersuche ein. Auch im Schacht Konrad dürfen jetzt
1544 keine Fakten geschaffen werden.

1545

1546 **Vorrang für eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft**

1547 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 1548 • *Eine vielfältige, ökologische und bäuerliche Landwirtschaft mit fairen Einkommen und ein*
- 1549 *Ende der Förderung und Privilegierung der Massentierhaltung in Niedersachsen*
- 1550 • *Eine konsequente Umstellung der Förderung der Landwirtschaft auf Umwelt- und Tierschutz*
- 1551 *sowie gesellschaftliche Leistungen. Den Ökolandbau wollen wir angesichts steigender*
- 1552 *Nachfrage deutlich ausbauen und stärker fördern.*
- 1553 • *Die Beendigung der einseitigen Pro-Gentechnik-Propaganda der Landesregierung. Wir*
- 1554 *werden Niedersachsen zur gentechnikfreien Region machen.*
- 1555 • *Ein grüner Tierschutzplan, der die Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück*
- 1556 *für Stück beendet und die Ställe wieder an den Bedürfnissen der Tiere ausrichtet.*
- 1557 *Verstümmelungen von Tieren wollen wir genauso beenden wie die Käfighaltung von Hühnern.*
- 1558 • *Stärkung der Arbeit der VerbraucherInnen-Beratung. VerbraucherInnen müssen Produkte*
- 1559 *hinsichtlich ihrer ökologischen und sozialen Erzeugungsbedingungen und ihrer*
- 1560 *Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können.*

1561 Wir VerbraucherInnen wollen hochwertige, gesunde Lebensmittel zu fairen Preisen. Wir wollen, dass
1562 die Bäuerinnen und Bauern, die diese Lebensmittel produzieren, die Umwelt nicht übermäßig
1563 belasten, ihre Tiere artgerecht halten und für ihre harte Arbeit ein angemessenes Einkommen erzielen.
1564 GRÜNES Ziel ist deshalb eine naturverträgliche und artgerechte, umwelt- und klimaschonende sowie
1565 gentechnikfreie Landwirtschaft. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil der Bewirtschaftung und Pflege
1566 unserer Regionen und Kulturlandschaften. Wir wollen auch in der Landwirtschaft mehr Klimaschutz
1567 durchsetzen. GRÜNE Politik ist auf den Schutz vielfältiger, bäuerlicher Strukturen mit fairen
1568 Einkommen und Löhnen angelegt. Industrielle Massentierhaltung, die in den vergangenen Jahren zu
1569 vielen Skandalen geführt hat, lehnen wir ab. Unser Leitbild ist eine nachhaltige und zukunftsfähige
1570 Landwirtschaft.

1571 **Bauernhöfe statt Agrarindustrie!**

1572 Durch eine jahrzehntelange falsche Agrarpolitik ist Niedersachsen das Land der industriellen
1573 Massentierhaltung geworden. Folge dieser Entwicklung sind unter anderem zunehmende Emissionen,
1574 gravierende Umwelt- und Gesundheitsprobleme und die Zerstörung der gewachsenen Strukturen in
1575 ganzen Regionen. Diese Fehlentwicklung wird verursacht durch:

- 1576 • umfangreiche Futtermittelimporte, zum Beispiel aus ehemaligen Regenwaldgebieten in
- 1577 Südamerika, für deren Anbau weltweit bäuerliche Strukturen zerstört werden;
- 1578 • zu hohe Tierzahlen insbesondere in den Regionen mit Massentierhaltung;
- 1579 • ein Tierschutzrecht, das industrielle Tierhaltungsanlagen ermöglicht;
- 1580 • ein VerbraucherInnen-Recht, das keine Kennzeichnung über die Art der Erzeugung von
- 1581 Fleisch, Milch und Eiprodukten verlangt;

- 1582 • ein Baurecht, das kaum Mitgestaltung der Kommune bei agrarindustriellen
1583 Tierhaltungsanlagen ermöglicht und
1584 • die Nichtbeachtung des Klimaschutzes in der Agrarindustrie, deren Produktion unter anderem
1585 auf einen zu hohen Fleischkonsum ausgerichtet ist.

1586 Den Tierschutz hat diese Landesregierung lange ignoriert: 25 Masthühner werden auf einem
1587 Quadratmeter zusammengepfercht. Völlig überzüchteten Puten und Legehennen wird der Schnabel
1588 amputiert, Ferkel werden ohne Betäubung kastriert und den Schweinen die Ringelschwänze entfernt.
1589 Wir lehnen solche Tierquälereien und Qualzuchten ab.

1590 **Käfighaltung beenden – Massentierhaltung die Privilegien entziehen**

1591 Während die schwarz-gelbe Landesregierung die Haltung von Hühnern in engen Käfigen noch bis
1592 2025 weiterbetreiben will, wollen wir GRÜNE ein schnelles Verbot der Käfighaltung und eine
1593 umfassende Kennzeichnung auch von Eiprodukten, damit VerbraucherInnen erkennen können, wie
1594 diese Produkte erzeugt wurden. Das stärkt gerade die heimischen Landwirte, die ihre Hühner
1595 artgerecht im Freiland halten.

1596 Mit Bundesratsinitiativen zu Änderungen im Baurecht, Immissionsschutzrecht, Tierschutzrecht und
1597 VerbraucherInnenrecht wollen wir der zunehmenden Industrialisierung der Tierhaltung begegnen. Die
1598 baurechtliche Privilegierung für Massentierhaltungsanlagen, für die ein immissionsschutzrechtliches
1599 Genehmigungsverfahren notwendig ist, wollen wir streichen und die Mitbestimmungsmöglichkeiten
1600 der Kommunen und BürgerInnen verbessern. Angesichts immer größerer Ställe und eines florierenden
1601 Gülle-Tourismus# wollen wir nur noch eine bodengebundene bäuerliche Tierhaltung mit
1602 überwiegender Futter-Eigenerzeugung privilegieren.

1603 **Gefahren durch Gülle und Keime aus der Massentierhaltung reduzieren**

1604 Zugleich wollen wir landesweite Vorgaben für einen strikten Brandschutz, der die Rettung der Tiere
1605 im Brandfall einschließt. Der Gesundheitsschutz der AnwohnerInnen vor gefährlichen Keimen aus der
1606 Massentierhaltung ist zu verbessern. Der systembedingte Antibiotika-Einsatz fördert die Bildung
1607 hochgefährlicher resistenter Keime. (VERWEIS GESUNDHEIT) Dagegen brauchen wir ein
1608 wirksames Minderungsprogramm und politische Vorgaben zur artgerechten Tierhaltung. (LINK
1609 ANTRAG)

1610

1611 Die Landesregierung hat das wahre Ausmaß der Massentierhaltung lange verschleiert. Wie die
1612 GRÜNE Landtagsfraktion aufgedeckt hat, werden statt der offiziell gemeldeten 8 Millionen Schweine
1613 und 36 Millionen Masthühner in Wirklichkeit mehr als 10 Millionen Schweine und 63 Millionen
1614 Masthühner gehalten (LINK). Diese Tierzahlen sind nicht nur aus Gründen des Tierschutzes, sondern
1615 auch klima- und umweltpolitisch deutlich zu hoch. Wir brauchen daher eine Überprüfung aller
1616 Bestände und ein landesweites, transparentes Nährstoff- und Gülle-Kataster, um den illegalen Gülle-
1617 Tourismus zu Lasten von Boden und AnwohnerInnen einzudämmen.

1618 **Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen in der Landwirtschaft**

1619 Im Schnitt zahlt jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger jährlich 100 Euro für den Agrarhaushalt und
1620 die ländliche Entwicklung. Dieses Geld der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) muss im
1621 Interesse des Gemeinwohls verwendet werden. Wir setzen uns für eine grundlegende Reform nach
1622 dem Motto „Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen“ ein. 2013 werden die Weichen für die neue
1623 Programmperiode der EU-Agrarförderung gestellt. Wir wollen, dass die EU-finanzierten
1624 Flächenprämien mit klaren Umweltstandards versehen werden und deren Einhaltung auch wirksam
1625 überprüft wird. Das heißt beispielsweise, dass zehn Prozent der Fläche für artenreiches Ackerland,
1626 Grünland, Blühstreifen oder Kleingewässer ausgewiesen werden. Wir GRÜNE wollen eine
1627 mindestens viergliedrige Fruchtfolge festschreiben, wobei im Ackerbau jede Kultur maximal 50
1628 Prozent ausmachen darf. Des Weiteren stehen wir für den Grünland-Erhalt und wollen
1629 Gentechnikfreiheit durchsetzen. Den Anbau eigener Futterpflanzen (Leguminosen#) wollen wir als
1630 Ersatz für Gen-Soja aus Südamerika fördern. Zur Neuregulierung der Verteilung von EU-Mitteln
1631 gehören auch Prämienobergrenzen und soziale Standards, damit wir bäuerliche Strukturen stärken und
1632 nicht weiterhin agrarindustrielle Großbetriebe mit Millionen subventionieren. Wir werden auch die
1633 Mittel zur Förderung der ländlichen Entwicklung (ELER) überprüfen und sie stärker auf die
1634 Honorierung tatsächlicher ökologischer Leistungen der Landwirtschaft ausrichten. Die Beratung von
1635 LandwirtInnen und die Forschung für Nachhaltigkeit, Ökologie und Tierschutz in der Landwirtschaft
1636 werden wir verbessern. Exportsubventionen wollen wir abschaffen!

1637
1638 In der Landwirtschaft haben vor allem extensiv genutzte Wiesen und Weiden aber auch Hecken,
1639 Tümpel, Teiche und kleine Gehölzinseln eine hohe Bedeutung für den Naturschutz. Diese Flächen gilt
1640 es gemeinsam mit den Landwirten zu erhalten und wieder vermehrt zu entwickeln. Deshalb wollen wir
1641 im Rahmen der EU-Agrarförderung einen klaren Schwerpunkt auf eine ökologische und naturnahe
1642 Landwirtschaft legen. Dafür müssen der Vertragsnaturschutz ausgebaut und ökologische Leistungen
1643 der Landwirtschaft – wie Ökolandbau oder Landschaftspflege – aus Agrarumweltprogrammen
1644 umfassender honoriert werden.

1645
1646 Statt wie CDU und FDP mit 6,5 Millionen Euro Landesgeld einen unnötigen Mega-Schlachthof in
1647 Wietze und damit indirekt Hunderte von neuen Tierfabriken zu subventionieren, wollen wir unter
1648 anderem ein ökologisch und regional ausgerichtetes Schulobstprogramm zur Stützung der bäuerlichen
1649 Landwirtschaft und Gesundheit unserer Kinder fördern.

1650 **Gute Preise für gute Arbeit – Die faire Milch für Niedersachsen**

1651 Wir unterstützen die MilchbäuerInnen in Niedersachsen in ihrem Kampf für faire Preise, artgerechte
1652 Haltung und gegen Überkapazitäten. Zur Durchsetzung fairer Preise wollen wir eine
1653 nachfrageorientierte Mengenregulierung für Milch und andere landwirtschaftliche Branchen auf EU-
1654 Ebene entwickeln. Außerdem wollen wir ermöglichen, dass sich die milcherzeugenden Betriebe in

1655 weit stärkerem Maß zu Erzeugergemeinschaften zusammenschließen können, als es die EU zulassen
1656 will. Nur so können viele EinzelerzeugerInnen dem Diktat und der Marktmacht der großen Discounter
1657 begegnen. Die Einführung einer fairen Milchmarke mit ökologischen und tiergerechten Standards aus
1658 Niedersachsen unterstützen wir.

1659 **Grüne für Grünland – Die Kuh gehört auf die Weide**

1660 Das Grünland gehört traditionell zur Kulturlandschaft und ist einer unserer artenreichsten
1661 Lebensräume. Durch dramatischen Grünland-Verlust und Intensivierung der Nutzung des
1662 verbliebenen Grünlandes sind alle typischen Wiesen- und Weidevögel in Niedersachsen inzwischen
1663 vom Aussterben bedroht. Gründe für das dramatische Verschwinden von Grünland sind unter anderem
1664 die „Vermaisung“ für Biogasanlagen und Viehfutter sowie die hohen Pachtpreise für Agrarland. Wir
1665 wollen die extensive Nutzung von Grünland fördern und das Grünland-Umbruchverbot konsequent
1666 umsetzen. Damit erhalten wir nicht nur eine arten- und abwechslungsreiche Kulturlandschaft, sondern
1667 leisten auch einen Beitrag zum Klimaschutz. Deswegen fordern wir die Weidehaltung von
1668 Milchkühen. Diese ist artgerecht und dient dem Klimaschutz, da Milch aus Weidehaltung eine bessere
1669 CO2-Bilanz hat. Wir wollen die Wertschöpfung und Einkommen aus einer umweltverträglichen
1670 Grünlandbewirtschaftung auch für die Rinderhaltung mit einer Weideprämie sichern und wieder
1671 Vielfalt auf unseren Äckern ermöglichen. Die bisherige „gute fachliche Praxis“# muss überarbeitet,
1672 ökologisch weiterentwickelt und angepasst werden. Wir wollen den Erhalt des Grünlands und nicht
1673 mehr seine Zerstörung fördern.

1674 **Ökolandbau ausbauen!**

1675 Immer mehr VerbraucherInnen vertrauen auf Bioprodukte. Die Nachfrage stieg allein 2011 um neun
1676 Prozent. Die heimische Produktion ist mangels entsprechender Förderung deutlich geringer als die
1677 Nachfrage. Immer mehr Bioprodukte werden importiert. Niedersachsen ist mit nur 2,9 Prozent der
1678 landwirtschaftlichen Fläche bundesweites Schlusslicht beim Ökolandbau. Wir wollen das ändern und
1679 werden deshalb vor allem die Umstellung auf den ökologischen Landbau besonders fördern, denn in
1680 den ersten beiden Jahren nach der Umstellung dürfen die Erzeugnisse noch nicht als „Bio“ verkauft
1681 werden. Auch die Beibehaltungsprämie# werden wir angesichts der gesellschaftlichen Vorteile des
1682 Ökolandbaus deutlich anheben. Wir wollen auch die Strukturen und das Marketing für ökologisch
1683 und/oder fair erzeugte Produkte aus Niedersachsen deutlich verbessern und zum Beispiel Initiativen
1684 für eine niedersächsische Biomilch-Molkerei oder Erzeugerzusammenschlüsse für gentechnikfreies
1685 Futter fördern. Ökobetriebe bieten vielen Menschen Arbeitsplätze und sind regional vernetzt mit
1686 Betrieben der Verarbeitung und Vermarktung, die ebenfalls zur Wertschöpfung beitragen. Durch
1687 vielfältige Fruchtfolgen und den Verzicht auf Pestizide bereichern ökologische Anbauflächen die
1688 Landschaft. So profitiert auch der Tourismus im Land von den Ökobetrieben (VERWEIS
1689 TOURISMUS). Die Erhöhung der Förderung für die gesellschaftlichen Leistungen des Ökolandbaus
1690 und eine Verbesserung der Beratungseinrichtungen ist mehr als überfällig. Diese Förderung ersetzt

1691 aber nicht das Ziel, auch die konventionelle Landwirtschaft insgesamt ökologischer und nachhaltiger
1692 zu machen.

1693 **Niedersachsen endlich gentechnikfrei machen**

1694 Gentechnik in der Landwirtschaft ist eine Risikotechnologie. Die Folgen für Umwelt und Gesundheit
1695 sind unabsehbar. Eine vorausschauende und verantwortungsbewusste Politik muss den Einsatz dieser
1696 Technologie ablehnen. Nur eine Null-Toleranz gegenüber gentechnischer Veränderung sichert die
1697 Reinheit im Saatgut. Gentechnikfreier Anbau ist ein wichtiger Standortvorteil für die
1698 Ernährungswirtschaft in unserem Land. Die CDU/FDP-Landesregierung fördert jedoch als eine der
1699 letzten gegen den Willen der VerbraucherInnen die Agro-Gentechnik# mit Millionensummen. So
1700 wurden Freisetzungen genmanipulierter Zuckerrüben bei Northeim genauso gefördert wie ein
1701 einseitiges Akzeptanzbeschaffungsprogramm für genmanipulierte Lebensmittel an niedersächsischen
1702 Schulen (HannoverGen). Selbst in Schutzgebieten wurden von Schwarz-Gelb giftige Genpflanzen
1703 erlaubt, die seltene Schmetterlinge gefährden. Wir begrüßen, dass Landwirte, VerbraucherInnen und
1704 große Unternehmen zur Zeit auf genmanipulierte Produkte und Freisetzungen verzichten. Nur die
1705 schwarz-gelbe Landesregierung hält weiterhin einseitig an ihrer Lobbypolitik für die Agro-Gentechnik
1706 fest. Mit dem Projekt NiedersachsenGen – also mit Genlaboren an Schulen in jedem Landkreis für 15
1707 Millionen Euro – versucht sie, die Akzeptanz für genmanipulierte Lebensmittel zu erhöhen. Wir
1708 wollen die einseitige Gentechnik-Propaganda der Landesregierung beenden. Wir wollen
1709 Niedersachsen im Sinne der großen Mehrheit der VerbraucherInnen und einer bäuerlichen
1710 Landwirtschaft zur gentechnikfreien Region machen.

1711 **Rettet die Bienen! – Imkerei fördern!**

1712 ImkerInnen tragen mit ihren Bienenvölkern ganz wesentlich zum Erhalt unserer Kulturlandschaften
1713 bei. Die Bestäubungsleistung von Bienen und anderen Insekten ist zum Erhalt der Artenvielfalt und
1714 zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch Pestizid-Einsatz und Monokulturen sind
1715 sie vermehrt anfällig für Krankheitserreger. Wir wollen die Vorkommen von diesen für den Obstanbau
1716 unersetzlichen Blütenbestäubern mit Hilfe von Forschung und Projekten und durch die Änderung
1717 landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen sichern. Die Landesverbände der ImkerInnen übernehmen
1718 wichtige Aufgaben der Aus- und Fortbildung. Bienenweiden und Nachwuchsgewinnung von
1719 ImkerInnen wollen wir gezielt fördern.

1720 **Mehr Tierschutz für Niedersachsen**

1721 Wir treten für einen konsequenten Tierschutz im Sinne der niedersächsischen Verfassung ein. Tiere
1722 dürfen nicht schutzlos den wirtschaftlichen oder sonstigen Interessen der Menschen untergeordnet
1723 werden.

1724

1725 Wir wollen ein Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände, um Quälereien in der
1726 Massentierhaltung besser verfolgen zu können. Mit einem grünen Tierschutzplan wollen wir die

1727 Grausamkeiten der industriellen Massentierhaltung Stück für Stück beenden. Amputationen bei Tieren
1728 müssen genauso ein Ende haben wie die Haltung auf engstem Raum. Vorbild sind für uns dabei die
1729 Regeln des Ökologischen Landbaus und von Neuland#. Für uns GRÜNE müssen sich die Ställe an den
1730 Bedürfnissen der Tiere ausrichten und nicht die Tiere an den ökonomischen Interessen der
1731 Agrarindustrie. In zu vielen Tierschutz-, Umwelt- und Lebensmittelskandalen kamen die TäterInnen
1732 mit milden oder ganz ohne Strafen davon. Wir wollen über eine Bundratsinitiative die Bußgelder
1733 und Strafen für Verstöße gegen Tierschutz und Umweltgesetze verschärfen.

1734

1735 Wir setzen uns für eine tierversuchsfreie Lehre und Forschung ein. Das bedeutet auch die Beendigung
1736 der Förderung von Tierversuchen. Wir fordern ein Ende vermeidbarer schmerzhafter Eingriffe – wie
1737 zum Beispiel das betäubungslose Kastrieren von Schweinen – und ein Verbot von Qualzuchten. Amts-
1738 TierärztInnen müssen verstärkt gegen tierquälerische Vergehen vorgehen und auch unangekündigte
1739 Kontrollen bei TierhalterInnen durchführen.

1740

1741 Der tierschutzkonforme Umgang mit unseren Nutztieren erfordert hohe Standards bei Aufzucht,
1742 Haltung, Transport und Schlachtung. Wir setzen uns für eine Obergrenze von vier Stunden Dauer und
1743 eine maximale Entfernung von 200 Kilometern bei Tiertransporten ein und wollen eine stärkere
1744 Überwachung des Tierschutzes bei der Schlachtung. Zur einheitlichen Kennzeichnung tierischer
1745 Nahrungsmittel soll ein Tierschutz-Label eingeführt werden, mit dem wirkliche Verbesserungen
1746 gegenüber der momentanen Nutztierhaltung dokumentiert werden. Weil Tierheime, Gnadenhöfe und
1747 Tierschutzorganisationen eine wichtige Arbeit zum Wohl der Tiere leisten, werden wir diese weiterhin
1748 in ihrer Arbeit unterstützen und eng mit ihnen zusammenarbeiten. Nach dem Vorbild des
1749 niedersächsischen Hundegesetzes wollen wir mehr Sachkunde beim Umgang des Menschen mit Nutz-
1750 und Haustieren. Wir wollen einen besseren Tierschutz bei Katzen nach dem Vorbild vieler
1751 niedersächsischer Kommunen und Maßnahmen zur Kastration von freilaufenden Katzen fördern, um
1752 die Tierheime zu entlasten.

1753 **Weniger Fleisch ist mehr Klimaschutz**

1754 Das Essverhalten hat Einfluss auf unsere Umwelt. Die Massentierhaltung in Niedersachsen und der
1755 hohe Fleischkonsum in Deutschland sind ein Grund für Wasserknappheit und Hunger in anderen
1756 Teilen der Welt und tragen zur Abholzung des Regenwaldes und damit zur Beschleunigung des
1757 Klimawandels im gesamten Ökosystem Erde bei. Der Anbau von Futterpflanzen wie Soja und Mais ist
1758 sehr energieintensiv, führt zu Monokulturen und steht in direkter Konkurrenz zum Anbau von
1759 Nahrungsmitteln für den Menschen. Sowohl aus ökologischen, gesundheitlichen als auch aus
1760 ethischen Gesichtspunkten ist daher eine Verringerung unseres Fleischkonsums geboten. Dies wollen
1761 wir durch nachhaltige Ernährungsberatung, vegetarische Tage und klare Kennzeichnungsregeln
1762 unterstützen. Über ein Drittel aller Lebensmittel werden vor Verbrauch weggeworfen. Diese massive

1763 Verschwendung von Lebensmitteln ist ein Skandal und darf von der Landesregierung nicht länger
1764 ignoriert werden.

1765 **Den Schutz der VerbraucherInnen stärken**

1766 Wir wollen eine grüne VerbraucherInnenschutzpolitik, die den BürgerInnen Orientierung in immer
1767 unübersichtlicheren Märkten bietet. Darüber hinaus muss der Staat im Rahmen der Daseinsvorsorge
1768 seine BürgerInnen wirksam vor gesundheitsschädlichen Produkten schützen und Informationen zur
1769 Verfügung stellen, um KonsumentInnen in die Lage zu versetzen, Angebote und Vertriebswege
1770 beurteilen zu können. Jedes Lebensmittel – egal ob konventionell oder biologisch, egal ob heimisch
1771 oder importiert – soll so wenig Schadstoffe und Krankheitserreger wie möglich enthalten. Vor allem
1772 multiresistente Keime, die aufgrund des systembedingt massenhaften Antibiotika-Einsatzes in der
1773 industriellen Tierhaltung entstehen, sind eine ernste Gefahr, die schon heute Menschenleben kostet.
1774 Gegen resistente Bakterien sind Antibiotika weitgehend wirkungslos. Deshalb wollen wir die
1775 Lebensmittelkontrollen auf Keime, aber auch auf Pestizid- und andere toxische Rückstände erheblich
1776 verstärken sowie Verstöße konsequent verfolgen und transparent machen.

1777 **Produkte müssen die ganze Wahrheit sagen**

1778 Wir wollen, dass Produkte die ökologische und soziale Wahrheit sagen und die VerbraucherInnen sie
1779 auch hinsichtlich ihrer Erzeugung und Nachhaltigkeitsbilanz bewerten können. Alle Daten müssen im
1780 Internet verfügbar sein. Die KonsumentInnen haben ein Recht auf klare Regeln und sichere Produkte,
1781 damit sie nicht irreführender Werbung ausgeliefert sind (z. B. Fabrikeier-Verpackungen mit
1782 glücklichen Hühnern auf grüner Wiese).

1783

1784 Wir wollen die Pflichtkennzeichnung von Lebensmitteln im Hinblick auf den Tierschutz verbessern.
1785 Auch mit Genfutter hergestellte Produkte müssen entsprechend gekennzeichnet werden, ebenso der
1786 Einsatz von Antibiotika und die Form der Tierhaltung (Bio, Freiland, Käfig etc.). Auch ist die
1787 Langlebigkeit sowie der Energie- und Ressourcenverbrauch von Produkten und Dienstleistungen aller
1788 Art konsequent zu kennzeichnen.

1789 **Unabhängige VerbraucherInnenberatung stärken!**

1790 Die Finanzkrise, in deren Folge viele Menschen einen erheblichen Teil ihrer Ersparnisse aufgrund
1791 schlechter Anlageberatung verloren haben, ist ein drastischer Beleg dafür, dass wir den
1792 VerbraucherInnenschutz in allen Bereichen deutlich verstärken müssen. VerbraucherInnen müssen die
1793 Möglichkeit haben, alle Arten von Verträgen kompetent und niedrigschwellig überprüfen zu können
1794 und sich entsprechend beraten zu lassen. Niedersachsen ist jedoch Schlusslicht bei den Ausgaben für
1795 VerbraucherInnenberatung pro Kopf. Während zum Beispiel in Sachsen 68 Cent je Einwohner für die
1796 Verbraucherzentralen zur Verfügung gestellt werden, sind es in Niedersachsen nur 20 Cent. Seit dem
1797 Amtsantritt von Schwarz-Gelb 2003 hat durch massive Mittelkürzungen jede dritte
1798 VerbraucherInnenzentrale in Niedersachsen schließen müssen. Viele Angebote sind kostenpflichtig.

1799 Das ist gerade angesichts von zunehmenden dubiosen Finanzangeboten, Imitatprodukten, Internet-
1800 Abzocke und Lebensmittelskandalen deutlich zu wenig. Eine starke, unabhängige Beratung ist
1801 notwendiger denn je. Deshalb wollen wir die wichtige Arbeit der VerbraucherInnenzentralen und
1802 SchuldnerInnenberatungen finanziell stärken und ausbauen. Aufdringliche Telefonwerbung wollen wir
1803 durch Überarbeitung des Vertragsrechts unterbinden.
1804

1805 **Effiziente und klimagerechte Mobilität**

1806 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 1807 • *Umsteuern der Verkehrsinvestitionen zugunsten des Ausbaus im Umweltverbund und*
1808 *Substanzerhalt der Straßen statt immer weiterer Straßenneubauplanungen*
- 1809 • *Umschichtung von 45 Millionen Euro des Landeszuschusses zu Bundesstraßen und*
1810 *Autobahnen in die Landesaufgabe Schülerverkehr*
- 1811 • *Umschichtung von anteilig 100 Millionen Euro aus der Bundesförderung für Autobahnen und*
1812 *Bundesstraßen zum dringender notwendigen Schienenausbau im Hafenhinterland-*
1813 *Güterverkehr*
- 1814 • *Ein ÖPNV mit landesweit durchgehenden Tarifen (über alle Verkehrsträger) und ein*
1815 *Taktfahrplan mit Anschlusssicherheit sowohl zum Fernverkehr als auch vom Zug zum Bus*
- 1816 • *Keine weiteren Flussvertiefungen von Elbe und Weser. Diese wären durch den neuen*
1817 *Tiefwasserhafen JadeWeserPort unwirtschaftlich und überflüssig. Durch einen gemeinsamen*
1818 *Marktauftritt der drei großen Häfen der benachbarten Bundesländer ergeben sich für alle*
1819 *Partner bessere Entwicklungschancen bei geringeren öffentlichen Kosten.*

1820 Verantwortliche Verkehrs- und Infrastrukturpolitik muss sich gleichzeitig den strengen Vorgaben zur
1821 CO₂-Minderung, dem demografischen Wandel sowie dem steigenden Güterverkehr und der
1822 öffentlichen Finanzklemme stellen. Vor der Herausforderung, dies alles gleichzeitig zu
1823 berücksichtigen, drücken sich die anderen Parteien. Sie sind weiter dabei, im Verkehrsbereich mit den
1824 Rezepten von gestern die Probleme von morgen zu vergrößern. Das GRÜNE Konzept schafft dagegen
1825 neue Gestaltungsmöglichkeiten im engen Spielraum zwischen diesen vier Leitplanken.

1826 **Umweltverbund im Verkehr stärken**

1827 Dem Verkehr im Rahmen des Umweltverbundes – also dem Verkehr per Bus und Bahn, per Fahrrad
1828 und zu Fuß – kommt für die Lebensqualität in Stadt und Land, für den Klimaschutz und die Mobilität
1829 der Menschen eine immer stärkere Bedeutung zu. Nur mit dem Umweltverbund lassen sich die
1830 berechtigten Anforderungen zur Bekämpfung von Feinstaub#, CO₂#, NO_x# und Lärm umsetzen.

1831 **Öffentlichen Personennahverkehr ausbauen**

1832 Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) auf Schiene und Straße ist gerade in der aktuellen
1833 Situation des demografischen Wandels ein unverzichtbarer Beitrag zur Daseinsvorsorge und bietet
1834 zugleich die Chance auf CO₂-arme Mobilität. Das rechtfertigt eine Schwerpunktverlagerung in der

1835 Landespolitik weg vom motorisierten Individualverkehr, dessen Ausbau die vergangenen Jahrzehnte
1836 dominiert hat. Moderne Infrastrukturpolitik im 21. Jahrhundert setzt auf Vernetzung und verbessert
1837 gezielt die Übergänge von einem Verkehrsträger zum anderen. Das Land muss
1838 Verkehrsinformationen, Leitsysteme und die Abrechnung von Fahrgeldeinnahmen mit einheitlichen
1839 Standards koordinieren und fördern.
1840
1841 Der ÖPNV muss für die KundInnen ein transparentes landesweites Angebot werden. Durchgehende
1842 Tarife, für die die Tickets landesweit nicht nur an allen Bahnstationen erhältlich sind, und ein
1843 durchgehender Taktfahrplan mit Anschlusssicherheit sowohl zum Fernverkehr als auch vom Zug zum
1844 Bus und umgekehrt müssen Standard werden. Das derzeit von der schwarz-gelben Landesregierung
1845 geplante „eingeschränkte Landesticket“ ist dagegen ein ungeeigneter Zwischenschritt ohne
1846 nachhaltigen Nutzen.
1847
1848 Angesichts absehbar explodierender Kosten des motorisierten Individualverkehrs bietet ein gutes
1849 ÖPNV-Angebot zukünftig die Chance, die Probleme des demografischen Wandels abzumildern. Das
1850 gilt gerade auch für den ländlichen Raum in Niedersachsen, denn dort hängt die Lebensqualität
1851 wesentlich von einer guten öffentlichen Anbindung ab, mit der alle Bedürfnisse abgedeckt werden
1852 können.
1853 Die SchülerInnenverkehre müssen durch differenziertere Förderung und stärkere Spreizung der
1854 Schulanfangs- und -endzeiten, wo immer möglich, in ein normales öffentliches Verkehrsangebot über
1855 den ganzen Tag eingebunden werden. Dazu möchten wir als zusätzlichen Anreiz auch die direkten
1856 Zuweisungen an die Aufgabenträger aus dem Landesnahverkehrsgesetz einsetzen.
1857
1858 In dünn besiedelten Gebieten wollen wir eine Förderung von innovativen, günstigeren Bussystemen
1859 und von BürgerInnenbussen anbieten. Die Idee eines prioritären Landes-Busliniennetzes bietet neue
1860 Chancen. Ein solches Netz verstehen wir als Ergänzung des ÖPNV-Rückgrats Schiene und nicht als
1861 dessen Ersatz. In den demografischen Problemgebieten wie im Harz, im Wendland und an der Küste
1862 wollen wir mit EU-Fördermitteln Pilotprojekte dazu beginnen.
1863
1864 Durch die Ausweitung auf einen landesweiten Schienenfahrzeug-Pool, auf den alle Aufgabenträger
1865 Zugriff haben, wollen wir günstigere Beschaffungskosten und einen fairen Wettbewerb zwischen den
1866 großen öffentlichen Verkehrsanbietern und auch kleineren Wettbewerbern durchsetzen. Die vertiefte
1867 Zusammenarbeit von öffentlich getragenen ÖPNV-Unternehmen in Niedersachsen wollen wir
1868 unterstützen. Dadurch wollen wir ihre verstärkte Mitwirkung auch im Bieterwettbewerb zum
1869 Schienennahverkehr ermöglichen. Zusätzlich wollen wir das Landesvergabegesetz auf den ÖPNV
1870 ausweiten und damit die Arbeitsbedingungen im Nahverkehr fairer gestalten. Der Wettbewerb darf
1871 nicht über die Lohnkosten ausgetragen werden.

1872

1873 In den vergangenen zehn Jahren sind die Fahrgastzahlen im niedersächsischen Schienennahverkehr
1874 um fast 30 Prozent gestiegen. Dies macht eine Neubewertung zur Reaktivierung von Bahnstrecken
1875 und Haltepunkten erforderlich. Es kann nicht sein, dass die Bahnfahrt für Insel-BesucherInnen wenige
1876 Kilometer vor der Küste aufhört, um dann mit Bussen zur Fähre fortgesetzt zu werden. Auch große
1877 Städte wie Nordhorn sind an den Schienenpersonenverkehr anzubinden.

1878

1879 Nicht zuletzt ist es unser Ziel, den barrierefreien Zugang zum ÖPNV so schnell wie möglich mit
1880 landesweiten Standards an allen Stationen durchzusetzen. Ausdrücklich geht für uns dabei eine
1881 schnellere, flächendeckende Umsetzung im Vergleich zu einer maximalen Umsetzungsqualität vor.

1882 **Radverkehr fördern**

1883 Radfahren ist preiswert, klimafreundlich und gesund. Der Radverkehr bleibt aber in Niedersachsen im
1884 Vergleich zu den Nachbarn Niederlande und Dänemark, die eine ähnliche Topografie aufweisen, noch
1885 deutlich hinter seinen Möglichkeiten zurück. Deshalb werden wir das Radwegenetz weiter ausbauen,
1886 vorhandene Lücken schließen und in stark frequentierten Bereichen die Leistungsfähigkeit und
1887 Qualität der Radwege (Vernetzung, Beschilderung etc.) bedarfsgerecht verbessern.

1888

1889 Mit den sich schnell am Markt ausbreitenden E-Bikes oder Pedelecs rückt das Fahrrad auch auf
1890 mittleren Pendlerentfernungen von fünf bis 15 Kilometern als bequeme und preisgünstige Alternative
1891 zum Auto neu ins Blickfeld. Auch dafür wollen wir bei nachgewiesenem Bedarf breiter ausgebaute,
1892 direkte Radschnellwege auf Pendlerachsen einrichten und an den ÖPNV-Haltepunkten entsprechend
1893 gesicherte Abstellanlagen schaffen. Innerorts muss – wie inzwischen rechtlich gesichert – die
1894 Radwegebenutzungspflicht aufgehoben werden, um dem schnellen Radverkehr die Straßenbenutzung
1895 zu erlauben. Unterstützt wird der Fahrradverkehr auch, wenn den Kommunen die Festsetzung von
1896 Tempo 30 auf allen Straßen ermöglicht und die Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln
1897 weiter liberalisiert wird.

1898

1899 Den touristischen Radverkehr werden wir durch den weiteren Ausbau der Tourismusrouten, einen
1900 landesweit einheitlichen, elektronischen Radtourenführer, eine verbesserte Radmitnahme in
1901 öffentlichen Verkehrsmitteln und den Bau von Radfernwegen fördern.

1902 **Güter auf Schienen und Binnenwasserwege verlagern**

1903 Für die Bewältigung des wachsenden Güterverkehrs liegt die Lösung nicht im massiven
1904 Straßenausbau und schon gar nicht in den „Gigaliner“ genannten Riesen-LKW. Es kommt vielmehr
1905 darauf an, intelligente Logistik-Ketten zu schaffen, die CO₂-Emissionen wirksam vermindern. Wir
1906 unterstützen daher das von der EU-Kommission im Weißbuch Verkehr# formulierte Ziel, bis 2030 30
1907 Prozent des Güterverkehrs mit Strecken von über 300 Kilometern von der Straße auf die Schiene zu
1908 verlagern. Wirtschaftlicher, schneller und umweltverträglicher als der dafür bisher geplante Neubau

1909 der so genannten Y-Trasse für ICE-Züge und Güterverkehr durch die Heide ist nach unserer Prüfung
1910 der Bestandsausbau vor allem durch zusätzliche Gleise zwischen Rotenburg und Verden, Lüneburg
1911 und Uelzen sowie auf der sogenannten „Amerikalinie“ zwischen Verden und Stendal. Anstatt mit
1912 einem Neubau neue Belastungen in bisher unbelastete Gebiete zu tragen, werden die AnwohnerInnen
1913 an den Bestandsstrecken durch den Ausbau mit den damit verbundenen Lärmschutzwänden im
1914 Vergleich zu heute sogar entlastet.

1915

1916 Vorher müssen aber die Elektrifizierung und der Lärmschutz für die Schienenanbindung des Jade-
1917 Weser-Ports zwischen Wilhelmshaven und Oldenburg und die Auflösung der Knotenüberlastung in
1918 Bremen, Hannover und Hamburg vorangetrieben und endlich vom Bund finanziert werden. Daneben
1919 muss der Bund endlich Verantwortung übernehmen für die Erhaltung der gerade in Niedersachsen
1920 besonders verbreiteten nicht bundeseigenen Bahnstrecken (NE-Bahnen). Das gilt besonders, wenn
1921 diese überregionale Bedeutung haben. NE-Bahnen stellen in vielen Bereichen eine wichtige
1922 Netzergänzung dar, wenn sie denn angemessen modernisiert werden – wie derzeit der EVB-
1923 Streckenzug Bremerhaven-Bremervörde-Rotenburg, der als wichtige Entlastungs-Trasse für den Hafen
1924 Bremerhaven konsequent zu Ende ausgebaut werden muss. Die günstige Betreuung der NE-Bahnen
1925 durch die Landes-Eisenbahn-Aufsicht (LEA) im Vergleich zur Aufsicht durch das
1926 Eisenbahnbundesamt (EBA) bei der Deutschen Bahn verstärkt die Wirtschaftlichkeit. Für den
1927 wachsenden Güterverkehr auf der Schiene fordern wir GRÜNE eine bundes- oder besser europaweite
1928 Vorgabe zur Lärminderung an den Waggons, die marktwirtschaftlich durchzusetzen ist.

1929

1930 Für eine gerechte Beteiligung des LKW-Verkehrs an seinen Umweltbelastungen brauchen wir eine
1931 Ausweitung der LKW-Maut auf Bundesstraßen und die Einbeziehung auch kleinerer LKW bis
1932 hinunter zu 3,5 Tonnen. Die Kommunen und Landkreise sollen sich zukünftig durch
1933 Verkehrsbeschränkungen für LKW-Durchgangsverkehr und kontrollierte Tempolimits ohne
1934 Zustimmung der Nachbarkreise besser gegen Maut-Ausweich-Verkehr wehren können. Das
1935 gefährliche und die Straßen unnötig belastende Giga-Liner-Experiment# werden wir in Niedersachsen
1936 stoppen. Insbesondere die negative Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schiene im
1937 Güterverkehr ist für uns inakzeptabel.

1938

1939 Die Möglichkeiten, Güter aus den Seehäfen auf vorhandenen Binnenwasserstraßen zu transportieren,
1940 müssen konsequenter genutzt und gefördert werden. Den Binnenwasserstraßen wie Elbe-Seiten-Kanal,
1941 Mittellandkanal, Unterweser oder Dortmund-Ems-Kanal und ihren Binnenhäfen wollen wir zur
1942 umwelt- und naturverträglichen Bewältigung des Hinterlandverkehrs der Seehäfen eine erheblich
1943 wachsende Bedeutung geben. Dazu müssen die Binnenschiffe stärker in die Logistik-Ketten in den
1944 norddeutschen Seehäfen eingebunden werden – wie es in Holland und Belgien schon lange der Fall ist.
1945 Des Weiteren sind die Binnenhäfen mit besseren intermodalen Anschlüssen für die weitere

1946 Güterverteilung auszubauen. Wir begrüßen die Initiativen für den Bau eines neuen Hafens Osnabrück-
1947 Bohmte am Mittellandkanal und den Bau eines neuen Containerterminals am Mittellandkanal in
1948 Hannover, anstelle des Ausbaus des Stichkanals Linden. Der Bund ist auch hier verpflichtet, seiner
1949 finanziellen Verantwortung nachzukommen.

1950 **Finanzielle Umverteilung zugunsten CO2-armer Verkehrsträger**

1951 Um alle Kriterien einer modernen Mobilitätspolitik zu berücksichtigen, ist es erforderlich, mit dem
1952 knapper werdenden Geld auszukommen und es sinnvoll umzuverteilen. Um etwa das ÖPNV-Angebot
1953 insbesondere für den stark zunehmenden Anteil älterer Menschen in unserem Land ausbauen zu
1954 können, müssen wir Mittel zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern umschichten. Zusätzlich
1955 muss es Ziel der Politik werden, durch gute Nahversorgungskonzepte unnötigen Verkehr zu
1956 vermeiden. Wo sich Güterverkehr nicht anderweitig vermeiden lässt und wo sein Aufkommen sogar
1957 wächst, muss der nötige Kapazitätsausbau auf dem effizientesten und klimaverträglichsten Wege
1958 geschehen.

1959

1960 Dafür darf Niedersachsen es sich nicht länger leisten, jährlich 90 Millionen Euro zur Finanzierung von
1961 Bundesstraßen und Autobahnen zuzuzahlen. Ziel muss eine vollständige Eigenfinanzierung dieser
1962 Aufgaben durch den Bund sein. Als ersten Schritt wollen wir den freiwilligen Landesbeitrag halbieren.
1963 Mit dem frei werdenden Geld wollen wir zumindest einen großen Teil der Landesfinanzierung für den
1964 SchülerInnenverkehr übernehmen, anstatt der hierfür von CDU und FDP fälschlicherweise
1965 eingesetzten Regionalisierungsmittel des Bundes. Damit hat das Land 45 Millionen Euro pro Jahr aus
1966 dem Regionalisierungstopf# zusätzlich zur Verfügung, um das Angebot und die Qualität im
1967 Schienenverkehr zu verbessern.

1968

1969 Niedersachsen muss sich angesichts der 2014 bevorstehenden Neufestsetzung der
1970 Regionalisierungsmittel zusammen mit den anderen Bundesländern entschiedener für eine
1971 bedarfsgerechte Steigerung der Bundesförderung für den Schienenverkehr einsetzen. Zur
1972 Untermauerung dieser Forderung ist nicht nur eine zweckentsprechende Verwendung der
1973 Regionalisierungsmittel erforderlich. Es ist ebenso von Nutzen, wirtschaftlich vertretbare und regional
1974 sinnvolle Bahn-Reaktivierungen vorzubereiten, die nur damit umsetzbar sind und so den Mittelbedarf
1975 verdeutlichen.

1976

1977 Wir brauchen auch ein eigenes Landesgesetz, um die ab 2014 nicht mehr gesicherte Bindung der
1978 Bundesmittel aus dem ehemaligen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz# (GVFG) für
1979 Verkehrsprojekte in Gemeinden festzuschreiben und zugleich zielgerichteter zu gestalten. Statt teurer
1980 Neubauten soll zukünftig auch die oft günstigere Sanierung von Verkehrsanlagen förderfähig werden.
1981 Auch Lärmschutz und die Anschaffung innovativer Fahrzeuge für den ÖPNV sollen unterstützt
1982 werden. Die schwarz-gelbe Landesregierung benachteiligt im GVFG den Öffentlichen

1983 Personennahverkehr zugunsten der Straßenausbauten. Das derzeitige Verhältnis bei den Förderungen
1984 von 60 zu 40 werden wir GRÜNE zur ausgleichenden Gerechtigkeit zugunsten des ÖPNV wieder
1985 umkehren. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich nicht 2019 aus dieser Finanzierung
1986 zurückzieht. Klimaschutz geht vor!

1987

1988 Daneben ist die institutionelle Trennung von Netz und Betrieb bei der Deutschen Bahn (DB)
1989 überfällig. Sie würde mehr und gezielter auf bedarfsgerechten Kapazitätsausbau angelegte
1990 Investitionen in die Schieneninfrastruktur bewirken. Die von der Infrastruktursparte bei der DB
1991 erwirtschafteten Jahresgewinne von mehr als 800 Millionen Euro allein im vorigen Jahr müssen in das
1992 Netz reinvestiert werden. Sie dürfen vom Konzern nicht weiter zur Finanzierung der fragwürdigen
1993 europäischen Expansionsstrategie missbraucht werden.

1994

1995 Um die dringend nötigen Kapazitäten für das Güterverkehrswachstum auf Schiene und Wasserwegen
1996 zu schaffen, wollen wir zusätzlich mit dem Bund eine Umschichtung von 100 Millionen Euro jährlich
1997 aus der bisherigen Förderung des Straßenausbaus für Niedersachsen vereinbaren. Mit dem gleichen
1998 Geld aus Berlin wäre so schneller eine höhere Güterverkehrskapazität zu schaffen. Nur so können die
1999 Klimaschutzziele in diesem dafür bisher resistenten Verkehrsbereich erreicht werden.

2000 **Die Zukunft der Straßeninfrastruktur: Erhalt vor Neubau!**

2001 Aufgrund der notwendigen Umsteuerung zu klimaverträglicheren Verkehrsträgern und wegen der
2002 Versäumnisse bei der Instandhaltung in den vergangenen Jahren müssen Investitionen in den Erhalt
2003 der Infrastruktur Priorität gegenüber dem Neubau erhalten. Die vorhandene Infrastruktur wurde von
2004 CDU und FDP in den vergangenen Jahren bewusst auf Verschleiß gefahren, um für Neubauvorhaben
2005 nach altem Muster Mittel freizubekommen. Die bisherigen Wunschlisten auf Landes- und
2006 Bundesebene sind Ausdruck eines überkommenen Infrastruktur-Leitbildes aus dem vergangenen
2007 Jahrhundert, das dem motorisierten Individualverkehr Vorrang gab. Auch von der Wissenschaft wurde
2008 inzwischen belegt, dass ein weiterer massiver Ausbau von Straßen keine zusätzlichen
2009 Wohlfahrtseffekte schafft, sondern vielmehr in Bau und Unterhalt langfristig nicht finanzierbar ist.
2010 Beispielsweise haben 46 Prozent der Brücken an Bundesfernstraßen nur noch die Zustandsnote
2011 „ausreichend“ oder schlechter. Wir GRÜNE wollen deshalb ein mittelfristig ausgelegtes
2012 Sanierungsprogramm initiieren. Den punktuellen Aus- und Neubau von Straßen halten wir nur noch in
2013 den Bereichen nicht anders zu entlastender oder gefahrvoller transnationaler Achsen, bei
2014 Ortsdurchfahrten und Knotenpunkten für verantwortbar.

2015

2016 Einen noch höheren Erhaltungsrückstand weisen die Landesstraßen und die kommunalen Straßen auf.
2017 Nach einer Studie des Deutschen Institutes für Urbanistik von 2008 müssen in Deutschland im
2018 kommunalen Straßenbau 162 Milliarden Euro und im ÖPNV 38 Milliarden Euro bis 2020 allein zum
2019 Substanzerhalt investiert werden.

2020 Anstatt also weiterhin niedersächsische Millionen für die Planung unfinanzierbarer neuer Autobahnen
2021 zu verschwenden, wie es die schwarz-gelbe Landesregierung zum Beispiel bei der A 20, der A 39, der
2022 A 33 und der E 233 macht, wollen wir deshalb die Priorität auf den Substanzerhalt legen und ein
2023 modernes Verkehrs-Management aufbauen, das mehr Verkehrssicherheit, -effizienz und -
2024 intermodalität# im Zeichen des Klimaschutzes zum Ziel hat. Eine zukunftsgerechte
2025 Infrastrukturpolitik investiert vorrangig in Vernetzung und schnelle Übergänge – sowohl im
2026 Personenverkehr als auch in der Logistik.

2027

2028 Dazu brauchen wir eine landesweite Informationsplattform für den kombinierten öffentlichen und
2029 Individualverkehr der Zukunft, um die Wahl der verschiedenen Verkehrsmittel (den sogenannten
2030 Modal Split#) entscheidend in Richtung Umweltverbund# zu verschieben. Daneben sind wir für den
2031 Aufbau von Telematik-Anlagen# auf allen Autobahnen und stark befahrenen Bundesstraßen in
2032 Niedersachsen, um dort umwelt- und sicherheitsbezogen mehr Verkehrslenkung und -kontrolle zu
2033 ermöglichen.

2034

2035 Die bisherigen Erfahrungen mit Privatisierungen der Straßenunterhaltung (PPP#) sind im Hinblick auf
2036 Sicherheit und Ausführungsqualität negativ. Darum setzen wir in Zukunft auf mehr Effizienz im
2037 Rahmen einer modernisierten öffentlichen Verantwortung.

2038

2039 Auch die niedersächsischen Straßen- und Alleebäume erhalten unter unserer Verantwortung wieder
2040 den verdienten Schutz. Das Anlegen der Kettensäge ist kein angemessenes Mittel, um gegen Unfälle
2041 durch überhöhte Geschwindigkeit vorzugehen.

2042 **Häfen und Schifffahrt zukunftsgerecht gestalten**

2043 Die internationale Seeschifffahrt macht den globalen Warenaustausch extrem preiswert und effizient –
2044 wegen fehlender internationaler Regulierung allerdings noch zu sehr schlechten sozialen und
2045 ökologischen Bedingungen. Als das deutsche Bundesland mit der längsten Küstenlinie zu
2046 internationalen Gewässern und als starker Hafen- und Reedereistandort hat Niedersachsen hier eine
2047 besondere Verpflichtung.

2048 **Ökologische Chancen der maritimen Wirtschaft nutzen**

2049 Der neue Jade-Weser-Port mit seinen 18 Metern Wassertiefe kann Niedersachsen zum wichtigen
2050 Warenverteilstützpunkt der globalisierten Märkte machen. Dieser neue Hafen am seetiefen Wasser macht
2051 weitere Flussvertiefungen bei Elbe und Weser überflüssig. Stattdessen brauchen wir eine echte
2052 norddeutsche Hafenkooperation. Um diese zu erreichen, werden wir auch die Option für weitere privat
2053 finanzierte Ausbaustufen des Hafens in die Waagschale werfen, um Hamburg und Bremen zu einer
2054 fairen Kooperation zum gegenseitigen Nutzen zu bewegen. Bei einem gemeinsamen Marktauftritt
2055 ergeben sich für alle drei Partner bessere Entwicklungschancen bei deutlich geringeren öffentlichen
2056 Kosten und weniger Belastung für die Natur.

2057
2058 Das eingesparte Geld für die nicht mehr notwendige weitere Elb- und Weservertiefung soll der Bund
2059 im Interesse von Hamburg, Bremen und Niedersachsen besser für den zügigen Neubau des
2060 Schiffshebewerkes Scharnebeck und die Lösung der Probleme an den Eisenbahnknotenpunkten in
2061 Bremen, Hannover und Harburg einsetzen. Niedersachsen muss als Werftenstandort gesichert werden.
2062 Deshalb muss für die Meyer-Werft ein zweiter Standort am seeschifftiefen Wasser an der Küste
2063 vorgehalten werden.

2064
2065 Wir fordern eine umwelt- und sicherheitsbezogene Zertifizierung von Häfen und Schiffen, die unter
2066 anderem Einfluss auf die Hafengebühren und die öffentliche Mitfinanzierung von besseren
2067 Umweltschutzmaßnahmen bei den Häfen haben soll. Nicht nur durch stärkere Kontrollen bei der
2068 Müllentsorgung und verpflichtende leistungsstarke Landstromanschlüsse an den Kajen, sondern auch
2069 durch neue Vorgaben zur Abgasreinigung und zur Verwendung schwefelarmer Treibstoffe (GRÜNE
2070 Bundesrats- und EU-Initiativen) wollen wir die Schifffahrt zu einem wirklich umweltfreundlichen
2071 Transportweg machen.

2072
2073 Die übrigen landeseigenen Seehäfen sind von N-Ports# je nach Lagegunst und Bestand effektiv und
2074 gesamtwirtschaftlich sinnvoll zu unterhalten und zu entwickeln. Die Offshore-Basishäfen Cuxhaven
2075 und Emden haben dabei eine völlig andere Dynamik als die kleineren Häfen, die allein für die
2076 Inselversorgung, den Tourismus und die verbliebene Küstenfischerei erhalten werden müssen. Unser
2077 Ziel ist es, diese Häfen langfristig im gegenseitigen Ausgleich mit der nutzenden Wirtschaft und über
2078 die Einnahmen von N-Ports eigenwirtschaftlich zu betreiben. Auf dem Weg dorthin wird noch für
2079 einige Zeit eine Mitfinanzierung des Landes, insbesondere über Fördermittel von Bund und EU, nötig
2080 sein. Den Nutzen der Häfen wollen wir nicht länger auf den reinen Warenumsatz reduzieren,
2081 sondern durch gezielte Anreize einen größeren Anteil an Wertschöpfung im Bereich von
2082 Zusatzdienstleistungen und Weiterverarbeitung gewinnen.

2083 **Die Schiffe den Flüssen anpassen – nicht umgekehrt**

2084 Weiteren Flussvertiefungen erteilen wir eine Absage, weil sie nicht nur für die Naturräume und den
2085 Hochwasserschutz unverträglich sind, sondern auch keinen nachhaltigen Nutzen bringen. Die
2086 Anpassung an die Folgen des Klimawandels – gekennzeichnet durch die zunehmende Wasserarmut in
2087 den Sommermonaten und Hochwasserprobleme im übrigen Jahr – erfordert ein Ende des immer
2088 weiteren Ausbaus unserer Flüsse. An der zunehmenden Verschlickung der Ems ist deutlich zu sehen,
2089 wohin dieser Raubbau an den Flüssen führt. Hafens- und Schifffahrtspolitik ist für uns GRÜNE
2090 Wasserpolitik mit und nicht gegen die Natur.

2091 **Flugverkehr vermindern**

2092 Die besonders schädlichen Klimagase aus dem wachsenden Flugverkehr wollen wir GRÜNE ebenso
2093 vermindern wie die Lärmbelastung der Flughafen-AnwohnerInnen. Dazu wollen wir deutlich stärker

2094 nach Lärm- und Abgaswerten gestaffelte Landegebühren für Flugzeuge und ein konsequentes
2095 Nachtflugverbot durchsetzen. Um eine unabhängige und restriktive Aufsicht sicherzustellen, halten
2096 wir es für ordnungspolitisch geboten, die öffentlichen Beteiligungen an Flughäfen zu verkaufen.
2097 Flugverkehr muss verursachergemäß besteuert werden. Hierfür streben wir eine Bundesratsinitiative
2098 an. Die öffentliche Förderung von Flughäfen muss aufhören. Der öffentliche Dienst soll auf Kurz- und
2099 Mittelstrecken Bahn fahren und jede Flugzeugnutzung zumindest mit einer adäquaten Abgabe an die
2100 Atmosfair-Initiative# ausgleichen.
2101

2102 **Den Umwelt- und Naturschutz wieder beleben!**

2103 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 2104 • *Umsetzung der internationalen Verpflichtungen zum Erhalt der biologischen Vielfalt durch*
2105 *die Ausweisung von Schutzgebieten auf 15 Prozent der Landesfläche*
- 2106 • *Schutz unserer niedersächsischen Moore und naturnaher Umbau der Wälder*
- 2107 • *Stopp der Pläne zur unterirdischen Lagerung des klimaschädlichen CO2 (CCS) und der*
2108 *unkonventionellen Gasförderung (Fracking) in Niedersachsen*
- 2109 • *Stärkung und finanzielle Absicherung der Bürger- und Verbandsbeteiligung im*
2110 *Naturschutzgesetz und der wertvollen Arbeit der Natur- und Umweltschutzverbände von*
2111 *Seiten des Landes*
- 2112 • *Konsequente Umsetzung der Schutzbestimmungen und bessere personelle Ausstattung für*
2113 *unsere Nationalparks und Weltnaturerbe-Regionen Wattenmeer und Harz, damit*
2114 *BesucherInnen besser in den Wert der einmaligen Naturräume eingeführt werden und*
2115 *zugleich verträglich durch sie hindurchgeleitet werden*

2116 Unter der schwarz-gelben Landesregierung wurde der Umwelt- und Naturschutz zur Abraumhalde für
2117 Nutzerinteressen. Die Folgen sind fatal: 50 Prozent der heimischen Tier- und Pflanzenarten stehen in
2118 Niedersachsen auf der Roten Liste. Nicht nachwachsende Naturgüter wie z. B. die Bodenschätze Torf,
2119 Kies und Sand werden nach wie vor in völlig unverträglichem Umfang ausgebeutet. Hauptursache für
2120 den Schwund seltener Tier- und Pflanzenarten und ihrer Lebensräume ist neben dem massiven
2121 Flächenverbrauch durch Siedlungsentwicklung und Straßenbau insbesondere die intensive Land- und
2122 Forstwirtschaft.

2123

2124 Daher muss es uns gelingen, neben dem effizienten Schutz unserer heimischen Tier- und
2125 Pflanzenarten auch eine ökologisch verträgliche Nutzung der natürlichen Ressourcen Boden, Wasser
2126 und Luft umzusetzen. Unser Ziel ist die Schaffung eines harmonischen Miteinanders von Natur- und
2127 nachhaltig und ökologisch bewirtschafteten Kulturlandschaften.

2128 **Schutzgebiete und Biotopverbundsysteme konsequent umbauen**

2129 Niedersachsen muss die internationalen Verpflichtungen für den Erhalt der biologischen Vielfalt
2130 endlich umsetzen. Auf 15 Prozent der Landesfläche wollen wir dafür ein Schutzgebiets- und

2131 Biotopverbundsystem etablieren, in dem die Natur Vorrang vor menschlichen Nutzungsinteressen hat.
2132 Die Ausweisung von Schutzgebieten, insbesondere zur Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie#, muss
2133 vorangetrieben werden, um für diese wertvollen Gebiete einen effizienten und dauerhaften Schutz zu
2134 gewährleisten.

2135

2136 Grundlage für einen starken Naturschutz ist ein neues Naturschutzgesetz für Niedersachsen, das seinen
2137 Namen verdient: Das unter Schwarz-Gelb gerufte Verbandsklagerecht ist zu stärken und weitere
2138 Biotope, wie Alleen oder Feldhecken, sind unter gesetzlichen Schutz zu stellen. Das notwendige
2139 Grünland-Umbruchverbot werden wir insbesondere auf grundwassernahen Standorten und in
2140 Moorbereichen konsequent umsetzen. Das seit 1987 in Niedersachsen nicht fortgeschriebene
2141 Landschaftsprogramm, in dem die Zielsetzungen des Naturschutzes auf Landesebene dargelegt
2142 werden, wollen wir im Rahmen einer Landesstrategie für Biologische Vielfalt neu fassen und den
2143 aktuellen Entwicklungen anpassen.

2144 **Kein Ablasshandel beim Naturschutz**

2145 Wir treten nachdrücklich für die konsequente Anwendung der Eingriffsregelung bei Überplanungen
2146 der Landschaft ein. Ausgleichsmaßnahmen dürfen nicht zum Ablasshandel verkommen.

2147

2148 Ökokonten# und Flächenpools# müssen einen adäquaten und dauerhaften Ausgleich für die
2149 tatsächliche Zerstörung der Natur schaffen. Sie sollen landesweit erfasst werden und öffentlich
2150 zugänglich sein. Vorrang muss die Schaffung neuer, möglichst großflächiger Biotope haben. Mit
2151 einem öffentlich zugänglichen Ausgleichsflächen-Kataster wollen wir verhindern, dass ökologisch
2152 wertvolle Flächen mehrfach als Ausgleich angegeben werden. Die Kontrolle kann nur mit einer
2153 ausreichenden Personaldecke in den Naturschutzbehörden geleistet werden.

2154 **Wald ist mehr als lauter Bäume**

2155 In den Forsten wollen wir uns für einen konsequenten Umbau der Nadelholz-Monokulturen in
2156 standortgerechte, naturnahe Laub-Mischwälder einsetzen. Standortgerechte Mischwälder sind
2157 ökologischer und trotzen den häufiger werdenden Wetter-Extremen wie Stürmen und Trockenheit
2158 deutlich besser als Nadelholz-Monokulturen. Zur Umsetzung der Ziele der nationalen Strategie zur
2159 Biologischen Vielfalt wollen wir im Bereich der Landesforsten zehn Prozent der Waldflächen der
2160 natürlichen Entwicklung überlassen. Einen Ausverkauf öffentlicher Waldflächen oder eine
2161 Privatisierung der Landesforsten lehnen wir ab.

2162

2163 Naturnahe Wälder haben nicht nur eine besondere Bedeutung für Tier- und Pflanzenarten und für
2164 unser Klima, sondern auch als Erholungsraum für den Menschen.

2165 Die Holzeinschläge in den Landesforsten werden wir wieder auf ein ökologisch verträgliches und
2166 schonendes Maß reduzieren. Alle Landesforsten sollen künftig nach hohen ökologischen Standards
2167 einer nachhaltigen Forstwirtschaft bewirtschaftet und zertifiziert werden.

2168

2169 Wir unterstützen die Erhaltung von Alt- und Totholz im Wald. Pflanzenschutz und Düngemittel sollen
2170 nur in Ausnahmesituationen eingesetzt werden. Gentechnik im Wald muss verboten werden.

2171 **Jagd verantwortungsvoll gestalten**

2172 Die Jagd muss sich an ökologischen Prinzipien und den Erfordernissen des Tierschutzes ausrichten.
2173 Die Jagd auf wild lebende Tiere ist nur dann zuzulassen, wenn sie ökologisch verträglich ist und die
2174 getöteten Tiere verwertet werden. Tiere, die in ihrem Bestand gefährdet sind, dürfen nicht bejagt
2175 werden. Wir wollen die Jagdzeiten ebenso wie die Liste der jagdbaren Arten verkürzen. Den Abschuss
2176 von Haustieren sowie den Einsatz von Fallen lehnen wir ab. Wir setzen uns für ein Verbot von
2177 bleihaltiger Munition ein, um die Vergiftung von Greifvögeln und der Umwelt allgemein zu
2178 reduzieren.

2179

2180 In Schutzgebieten, einschließlich Natura-2000-Gebieten#, soll die Jagd nur dann zulässig sein, wenn
2181 sie zur Erreichung der Schutzziele erforderlich ist. Es kann nicht angehen, dass selbst in
2182 Vogelschutzgebieten, die ausdrücklich dem Schutz nordischer Gänse dienen, die Jagd auf diese Arten
2183 ausgeübt werden darf! Zudem wollen wir die generelle Einstellung der Jagd auf Zugvögel in
2184 Niedersachsen.

2185 **Unser Trinkwasser muss sauber bleiben**

2186 Wir GRÜNE sehen die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie nicht nur als eine europäische
2187 Pflichtaufgabe an. Wenn die Umsetzung sinnvoll betrieben wird, werden dabei gleichzeitig
2188 Verbesserungen beim Hochwasser- und Naturschutz erreicht. Für diese Generationenaufgabe haben
2189 die Länder seit dem Inkrafttreten der Richtlinie Ende 2000 maximal 27 Jahre Zeit. Elf Jahre sind
2190 bereits vergangen, ohne dass bisher durchgreifende Verbesserungen erkennbar sind. Hier hat die
2191 CDU/FDP-Landesregierung in den vergangenen Jahren deutlich zu wenig unternommen.

2192

2193 In Niedersachsen ist mehr als die Hälfte des Grundwassers – besonders in den
2194 Massentierhaltungsregionen – so stark belastet, dass Handlungsbedarf besteht. Nitrat-Grenzwerte
2195 werden überschritten. Krankheitserreger und Pestizide landen in Lebensmitteln. Phosphate,
2196 Arzneimittelrückstände und Gülle verseuchen Bäche und Gewässer. Der Binnensee Dümmer kippt
2197 bereits regelmäßig durch die großen eingeleiteten Güllemengen um, wodurch es zu massiven
2198 Fischsterben kommt. Wir GRÜNE setzen beim Trinkwasser- und Gewässerschutz daher an den
2199 Ursachen an.

2200

2201 Schwarz-Gelb hat in Niedersachsen die durch das Bundesnaturschutzgesetz vorgeschriebenen
2202 Gewässerrandstreifen abgeschafft. Wir wollen die Umsetzung einer „guten fachlichen Praxis“ bei der
2203 Landbewirtschaftung im Sinne des Grundwasserschutzes. Das bedeutet in der Regel flächendeckende
2204 Reduzierung des Dünger- und Pestizid-Einsatzes. Wir werden Gewässerrandstreifen wieder einführen

2205 und streben an, die Einnahmen aus der Wasserentnahmegebühr gezielt für den Schutz des Grund- und
2206 Oberflächenwassers einzusetzen. Die Ausweisung von Wasserschutzgebieten muss wieder
2207 aufgenommen und eine messbare Reduzierung der Schadstoffeinträge erreicht werden. Wir erteilen
2208 jeder Form der Privatisierung unseres Lebenselixiers Wasser eine Absage.

2209 **Lebendige Gewässer – Versalzung stoppen!**

2210 Wir GRÜNE wollen den Natur- und Hochwasserschutz an Gewässern verbessern und den Flüssen
2211 grundsätzlich mehr Raum geben. Dazu gehören – wo dies sinnvoll ist – auch die Rückverlegung von
2212 Deichen und ein Neubauverbot in Überschwemmungsgebieten. Fließgewässer sind einschließlich ihrer
2213 Auen und Altarme zu erhalten oder zu renaturieren. Die Unterhaltung von Flüssen, Bächen und
2214 Gräben muss sich verstärkt an ökologischen Kriterien orientieren. Entsprechende Maßnahmen sind ein
2215 Beitrag zum Natur- und Artenschutz – und sie vermindern die Pegelstände bei Hochwasser.

2216

2217 Die massive Versalzung der Weser durch das Unternehmen K+S wollen wir so schnell wie möglich
2218 beenden. Einer Pipeline an die Oberweser und anderen dauerhaften Salzeinleitungen werden wir
2219 unseren entschiedenen Widerstand entgegenstellen. Unser Ziel ist die umgehende Beendigung
2220 jeglicher Salzeinleitung in Werra, Weser und andere Süßwasserflüsse. Die Untätigkeit der
2221 Landesregierung für eine saubere Weser werden wir beenden. Die Weser darf nicht weiter als
2222 Abwasserkanal für Industrieabfälle missbraucht werden. (LINK ANTRAG)

2223 **Moore flächendeckend schützen**

2224 Moore sind ein wertvoller Bestandteil unserer niedersächsischen Landschaft. Knapp 4500
2225 Quadratkilometer Hoch- und Niedermoor sind wichtige natürliche Speicher für Klimakiller, vor allem
2226 CO₂ und Methan. Für großflächigen Torfabbau und intensive landwirtschaftliche Nutzung wurden
2227 unsere Moore fast vollständig entwässert. Dadurch werden die zum Teil seit Jahrtausenden im Moor
2228 gespeicherten Treibhausgase wieder freigesetzt: Fast zwölf Prozent der jährlichen CO₂-Emissionen in
2229 Niedersachsen stammen aus entwässerten Mooren. Das ist fast so viel wie der gesamte
2230 Verkehrsbereich verursacht (15 Prozent). Daher ist es unverantwortlich, weitere Moore dem Bagger
2231 der Torfindustrie zu opfern oder intensive Mais-Monokulturen auf Moorstandorten anzubauen, wie es
2232 von der schwarz-gelben Landesregierung zugelassen wird.

2233

2234 Wir GRÜNE wollen den Torfabbau in Niedersachsen beenden und dafür vorgesehene Flächen aus
2235 dem Landesraumordnungsprogramm streichen. Statt künstlicher CO₂-Speicher für CCS# wollen wir
2236 mit einem Großschutzgebiet „Niedersächsische Moorlandschaft“ die letzten erhaltenen fünf Prozent
2237 der niedersächsischen Moore schützen und weitere Bereiche wiedervernässen. Das ist ein
2238 kostengünstiger und effektiver Klima- und Naturschutz. Torffreien Gartenbau und Alternativprodukte
2239 wollen wir fördern. Als ersten Schritt soll das Land als Auftraggeber auf den Einsatz von Torf
2240 komplett verzichten.

2241 **Boden gutmachen – Flächenversiegelung begrenzen**

2242 Wir treten für eine massive Reduzierung des Flächenverbrauchs durch Versiegelung ein. Um das
2243 bundesweite Ziel zu erreichen, den Verbrauch durch Versiegelung bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag zu
2244 begrenzen, bedarf es ökonomischer Anreize zum Flächensparen und zum Flächenrecycling.

2245

2246 Ein weiteres Zerschneiden der Landschaft, das ebenfalls mit weiteren Flächenversiegelungen
2247 einhergeht, wie durch Autobahn-Neubauten (z. B. A 39, A 20 und A 33), wollen wir verhindern.
2248 Wanderungshindernisse für unsere heimischen Tierarten in Form von bestehenden Bundesstraßen,
2249 Schienensträngen und Autobahnen werden wir durch Querungshilfen wie Grünbrücken entschärfen.

2250 **Landesraumordnungsprogramm**

2251 Mit dem Landesraumordnungsprogramm (LROP) wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern
2252 und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. Solche Planungen
2253 vermeiden Verkehr, schonen die Umwelt und sparen Steuergelder. Wir sind gegen Zersiedlung und
2254 unnötigen Bodenabbau. Nur landesweit oder in größeren Regionen lassen sich wichtige Freiräume
2255 sowie Erholungs- und Naturschutzzonen bewahren. Damit kann die Landesraumordnung auch den
2256 Klimawandel begrenzen helfen. Das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem, welches 15 Prozent
2257 der Landesfläche einnehmen soll, werden wir im LROP als Vorrangflächen für den Naturschutz
2258 festlegen. Zu diesen Vorrangflächen gehören neben Mooren auch die bestehenden Schutzgebiete und
2259 die Natura-2000-Gebiete. Auch der Vorrang für Erdverkabelung bei neuen Stromtrassen muss in der
2260 Raumordnung festgeschrieben werden.

2261 **Kein Gift in die Erde: CCS und Fracking stoppen!**

2262 Das energieaufwändige Verfahren des Abscheidens des Klimagases CO₂ von konventionellen
2263 Kraftwerken in die Erde lehnen wir aus ökologischen und ökonomischen Gründen ab. Wir wollen kein
2264 „Greenwashing“ von dreckigen Kohlekraftwerken, sondern die Energiewende für eine saubere
2265 Zukunft. Daher darf Niedersachsen nicht zum CO₂-Endlager werden. Wir fordern deshalb, im
2266 Bergrecht die Raumordnung dreidimensional zu gestalten, um eine Handhabung für das Verbot von
2267 Fracking# und CCS# unter Tage zu erhalten. (LINK CCS Beschluss Lavo plus Fraktion.)
2268 Angesichts des Hungers der Energiekonzerne nach den letzten Reserven fossiler Energien wird in
2269 Niedersachsen das umstrittene „Fracking“ (Hydraulic fracturing) eingesetzt, um besonders
2270 klimaschädliches unkonventionelles Erdgas zu erschließen. Dabei werden giftige und krebserregende
2271 Chemikalien verwendet, die die AnwohnerInnen und das Grundwasser erheblich beeinträchtigen
2272 können. Dieses unökologische und energieintensive Verfahren der Gasgewinnung ist eine Gefahr für
2273 die Umwelt und eine Klimabelastung. Aus diesen Gründen lehnen wir GRÜNE das Fracking zur
2274 unkonventionellen Gasförderung ab. (LINK Beschluss LDK Fracking)

2275 **Niedersachsen braucht eine starke und kompetente Umweltverwaltung**

2276 Die niedersächsische Umweltverwaltung hat nach neun Jahren CDU/FDP-Klientelpolitik die am
2277 schlechtesten organisierte und teuerste Struktur in ganz Deutschland. Das wird auch vom

2278 Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung festgestellt. Die Klientelinteressen
2279 bestimmter Gruppen behindern ein Umsetzen der notwendigen Klima-, Naturschutz- und Umweltziele
2280 von EU, Bund und selbst des Landes. Unter Ex-Umweltminister Sander und seinem Staatssekretär und
2281 Nachfolger Birkner ist Naturschutz zur Lach- und Nullnummer degradiert worden. Der jahrelange
2282 Abbau und die Verhinderung einer effektiven Natur- und Umweltschutzverwaltung durch die schwarz-
2283 gelbe Landesregierung hat schweren Schaden für das Land angerichtet.

2284

2285 Daher ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit einer effizienten Verwaltung im Sinne von
2286 Umwelt und Naturschutz eine Kernaufgabe einer neuen Landesregierung mit grüner Beteiligung! Für
2287 eine ambitionierte Umweltpolitik wollen wir wieder eine Fachbehörde für Umwelt- und Naturschutz
2288 (ehemals NLÖ) aufbauen.

2289

2290 Das Gegenspiel von wirtschaftlichen Interessen, Landwirtschaft und Naturschutz muss aufhören. Dazu
2291 wollen wir Naturschutz, Agrarumweltmaßnahmen und Flächenpolitik stärker miteinander verzahnen.

2292 Hierzu sind die Umweltprogramme für LandwirtInnen zu einer echten Einkommensalternative
2293 auszubauen und an wirksame ökologische Leistungen zu koppeln. Hierfür bedarf es personell und
2294 finanziell ausreichend ausgestatteter Naturschutzbehörden auf allen Ebenen. Insbesondere die
2295 Kartierung bedrohter Arten und die Fortschreibung von Umwelt-Indikatoren muss für eine
2296 zielgerichtete Naturschutzpolitik wieder aufgenommen werden.

2297 Flurbereinigungen sollen verstärkt der Natur und Umwelt zugutekommen, so zum Beispiel für die
2298 Ausdeichung von Überschwemmungsgebieten oder die Wiedervernässung von Mooren. Auf neue
2299 Flurbereinigungsverfahren zum Nutzen der Agrarindustrie und auf den asphaltierten Ausbau von
2300 Feldwegen mit EU-Fördergeldern wollen wir hingegen verzichten.

2301 **Kommunen entlasten – Bürokratie abbauen**

2302 Zur Entlastung der Kommunen wollen wir – wie vom Landesrechnungshof gefordert – die Pflege,
2303 Ausweisung und Vernetzung von Natura-2000-Gebieten# sowie die Umsetzung der Biodiversitäts-
2304 Strategie wieder zur Landesaufgabe machen und Doppelstrukturen vermeiden.

2305

2306 Kommunale Naturschutzbehörden und Naturschutzverbände wurden von Schwarz-Gelb gegängelt und
2307 mit Bürokratie überzogen. Naturschutzmaßnahmen müssen auf privaten Flächen wieder ohne
2308 aufwändige Voranmeldung möglich sein. Im Niedersächsischen Naturschutzgesetz wollen wir wieder
2309 mehr BürgerInnen- und Verbändebeteiligung sicherstellen, um bereits im Vorfeld Sinnvolles für die
2310 Natur zu erreichen, bevor es zu juristischen Auseinandersetzungen kommt. Denn die Kompetenz der
2311 BürgerInnen sowie der Umweltverbände und anderer Nutzergruppen ist für uns alle wichtig und
2312 nützlich.

2313 **Umweltverbände stärken**

2314 Zur Wahrnehmung der örtlichen Naturschutzbelange wollen wir Biologische Stationen und
2315 Landschaftspflegeverbände in den verschiedenen Naturräumen Niedersachsens etablieren. Neben der
2316 Lenkung und Information der BesucherInnen sollen die MitarbeiterInnen auch für die Begleitung und
2317 Umsetzung von Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in den Schutzgebieten verantwortlich sein.

2318

2319 Die Arbeit der Umwelt- und Naturschutzverbände muss vom Land wieder finanziell abgesichert
2320 werden. Das betrifft auch die Arbeit von Bürgerinitiativen, die sich mit Stellungnahmen in Planungs-
2321 und Genehmigungsverfahren beteiligen. Wir GRÜNE wollen mehr BürgerInnen-Beteiligung, um den
2322 Sachverstand, die Erfahrungen und die Interessen der BürgerInnen vor Ort frühzeitig in die Gestaltung
2323 der regionalen Lebensräume einfließen zu lassen.

2324 **Abfall – Gemeinwohl vor Geschäftsinteresse**

2325 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Abfälle vorrangig vermieden, wiederverwendet oder
2326 hochrangig verwertet (recycelt) werden. In der Abfallwirtschaft setzen wir uns konsequent für das
2327 Primat des Gemeinwohls ein. Einen Zwang zur Privatisierung und das „Rosinenpicken“ von
2328 Privatunternehmen etwa beim Altpapier lehnen wir ab. Die Kommunen müssen weiter selbst
2329 entscheiden können, wie sie ihre Daseinsvorsorge anhand hoher ökologischer und sozialer Standards
2330 organisieren wollen. Für uns GRÜNE ist Müll keine Ware wie jede andere. Zu einer
2331 verantwortungsbewussten Umweltpolitik gehören die ständige Reduzierung giftiger Stoffe und die
2332 Sanierung von Altlasten.

2333 **Gesundheitlicher Umweltschutz**

2334 Schadstoffe in Boden, Luft und Wasser beeinträchtigen die Gesundheit und sind Ursache für
2335 Krankheiten. Ebenso kann auch Lärm krank machen und die Lebensqualität beeinträchtigen. Die
2336 Reduzierung von Giften und Krankmachern aller Art darf nicht mehr wirtschaftlichen Interessen
2337 untergeordnet werden. Sowohl die Feinstaub- als auch die Lärmbelastung müssen nach den EU-
2338 Vorgaben gesenkt werden. Wir setzen uns für Lärminderung und umfangreiche Messprogramme ein,
2339 um die Belastung durch krebserregende Stoffe wie Dioxin zu reduzieren. Gesundheitsschutz hat für
2340 uns oberste Priorität.

2341 **Meeresschutz**

2342 Niedersachsen mit seiner Küste steht in der besonderen Verpflichtung einen aktiven Meeresschutz
2343 voranzubringen. Dazu ist ein Leitbild für die künftige Entwicklung von Industrie- und
2344 Hafenwirtschaft, von Tourismus und Landwirtschaft zu entwickeln, das den Schutz des Wattenmeeres
2345 mit seinem Nationalpark sicherstellt, aber auch über die Zwölf-Seemeilen-Zone hinaus den Schutz der
2346 Meeresumwelt voranbringt. Das Land muss stärker als bisher auf den sicheren Betrieb der Offshore-
2347 Stromproduktion und der Stromtrassen Einfluss nehmen. Es gilt, die ökologische Nachhaltigkeit als
2348 Grundlage des Tourismus an der Küste nicht zu gefährden. Auch für den Meeresschutz ist eine
2349 konsequente Umsetzung der Anforderungen der Wasser-Rahmenrichtlinie (WRRL) im Binnenland

2350 und in den Küstengewässern notwendig. Die Förderung der Küstenfischerei aus dem Europäischen
2351 Fischereifonds ist für eine nachhaltige, ökologische Fischerei einzusetzen. Erzeugerzusammenschlüsse
2352 etwa der Krabbenfischer für existenzsichernde Preise unterstützen wir.

2353 **Weltnaturerbe Wattenmeer weiterentwickeln**

2354 Die Anerkennung des Wattenmeeres als Unesco-Weltnaturerbe ist Auszeichnung und Aufgabe
2355 zugleich. Die Schutzbestimmungen des Nationalparks sind konsequent umzusetzen und so
2356 weiterzuentwickeln, dass der Nationalpark Wattenmeer den internationalen Kriterien für
2357 Nationalparks entspricht. Ölförderung im Wattenmeer lehnen wir ab. Wir brauchen mehr
2358 hauptamtliche Nationalpark-BetreuerInnen, um vor Ort auf die Schönheit und die Empfindlichkeit
2359 dieses Naturraums hinzuweisen und um die Schutzbestimmungen auch durchzusetzen. Hier ist die
2360 schwarz-gelbe Landesregierung in den vergangenen zehn Jahren nicht einen Schritt vorangekommen.

2361 **Im Nationalpark Harz Wildnis erlebbar machen**

2362 Wir GRÜNE wollen die von Jagd- und Forstwirtschaft freien Kernzonen des Nationalparks Harz
2363 sinnvoll erweitern und mehr Wildnis zulassen. Wir wollen naturverträglichen Tourismus und keine
2364 künstlichen Schneekanonen an allen Hängen. Wir setzen uns für die Abschaffung von
2365 Doppelstrukturen in der gemeinsamen Nationalparkverwaltung der Länder Sachsen-Anhalt und
2366 Niedersachsen ein. Hierfür muss es künftig klare Verantwortlichkeiten geben und
2367 Mehrfachzuständigkeiten müssen ausgeschlossen werden.

2368 **Engagement junger Menschen für die Natur fördern**

2369 Wir wollen, dass Kinder frühzeitig und praktisch an Natur und Umwelt herangeführt werden, wie dies
2370 zum Beispiel Waldkindergärten erfolgreich vormachen. In Niedersachsen möchten wir die „Bildung
2371 für Nachhaltigkeit“ von der Kita bis zur Hochschule mit Leben füllen. Außerdem wollen wir
2372 außerschulische Projekte der Umweltpädagogik ausbauen und gezielter fördern. Wir unterstützen die
2373 Qualifizierung und Zertifizierung der Umweltbildung zur Nachhaltigkeit und wollen Umweltzentren
2374 unseres Landes stärker fördern. Für das Engagement junger Menschen wollen wir insgesamt mehr
2375 FÖJ-Stellen (Freiwilliges Ökologisches Jahr) durch das Land ermöglichen.

2376

2376

2377 **Soziale Gerechtigkeit**

2378 **Für ein solidarisches Niedersachsen**

2379 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 2380 • *Die Einführung eines existenzsichernden Mindestlohns und gleiches Geld für gleichwertige*
- 2381 *Arbeit, um der Armutsfalle entgegenzuwirken*
- 2382 • *Barrierefreiheit im öffentlichen Raum*
- 2383 • *Nachhaltige Konzepte im Umgang mit dem demografischen Wandel und zukunftsfeste*
- 2384 *Antworten für den ländlichen Raum*
- 2385 • *Breitbandversorgung muss Teil der Daseinsvorsorge sein.*
- 2386 • *Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, in denen wir solidarisch und gleichberechtigt*
- 2387 *miteinander leben können; Inklusion und die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen,*
- 2388 *unabhängig von ihren Fähigkeiten, ihrer Herkunft oder der sexuellen Orientierung*

2389 Wir wollen eine Gesellschaft, in der Vielfalt gelebt werden kann. Eine Gesellschaft, die niemanden
2390 ausgrenzt, die unterstützt, wo Hilfe nötig ist, die befähigt und Engagement weckt und die niemanden
2391 abschreibt. Alle müssen darauf vertrauen können, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder
2392 Behinderung bei Bedarf solidarische Hilfe zu erhalten. Wir wollen eine Sozialpolitik, deren zentraler
2393 Begriff Teilhabe ist und die sich nicht damit begnügt, finanzielle oder soziale Notsituationen
2394 abzufedern, sondern das Ziel hat, diese zu beenden. Eckpfeiler grüner Sozialpolitik sind
2395 Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit.

2396 **Wir sagen Armut und Ausgrenzung den Kampf an!**

2397 Immer noch werden zu viele Menschen in Niedersachsen ausgegrenzt: Aufstiegschancen schwinden,
2398 die Spaltung zwischen Arm und Reich verschärft sich. Die Mittelschicht schrumpft und leidet vielfach
2399 unter Abstiegsängsten. Andere sind gefährdet, den Anschluss an die Gesellschaft gänzlich zu
2400 verlieren. Die schwarz-gelbe Koalition fördert diese Entsolidarisierung mit ihrer Politik, zum Beispiel
2401 mit der Zustimmung zu Steuersenkungen für Vermögende und Hoteliers.

2402

2403 Wir GRÜNE stellen uns gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft und die soziale
2404 Ausgrenzung durch Armut. Wir wollen uns nicht damit begnügen, finanzielle und soziale
2405 Notsituationen abzufedern. Wir setzen uns zusätzlich für die Schaffung von besserer sozialer
2406 Infrastruktur und Teilhabe ein. In Deutschland ist die soziale Durchlässigkeit so gering wie in keiner
2407 anderen Industrienation. Insbesondere Kinder und Jugendliche müssen unter allen Umständen das
2408 Recht auf einen guten Start ins Leben haben. Dazu brauchen Familien Unterstützung und ein
2409 Bildungssystem, das nicht selektiert, sondern Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung zum
2410 obersten Prinzip erhebt. Schwarz-Gelb in Niedersachsen hat hier auf ganzer Linie versagt. (VERWEIS
2411 AUF BILDUNGSPOLITIK)

2412 **Armut verhindern**

2413 Es ist ein Skandal, dass viele erwerbstätige Menschen von ihrem Einkommen nicht leben können. Wir
2414 brauchen die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns und werden uns dafür einsetzen, dass
2415 Menschen keine Unterstützungsleistungen mehr bekommen müssen, wenn sie den ganzen Tag
2416 arbeiten gehen. Aber Armut hat viele Ursachen: Langzeitarbeitslosigkeit, Dumpinglöhne und
2417 Teilzeitjobs. Gerade Frauen befinden sich überdurchschnittlich oft in sogenannten prekären
2418 Beschäftigungsverhältnissen. Dadurch steigt ihr Armutsrisiko. Dies gilt insbesondere für Frauen mit
2419 Kindern, da ihnen aufgrund von Erziehungs- und Pflegearbeit der Zugang zum Arbeitsmarkt häufig
2420 verwehrt bleibt. Um der Armut Falle zu entkommen, brauchen Frauen sichere
2421 Beschäftigungsverhältnisse, die ihnen eine auskömmliche Bezahlung garantieren. Wir wollen deshalb
2422 bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen, zum Beispiel
2423 durch einen Rechtsanspruch auf Betreuung oder den Ausbau der Ganztagschulen. (VERWEIS
2424 Wirtschaft / Frauenkapitel)

2425 Altersarmut muss wirksam bekämpft werden. Oftmals stehen gerade Frauen mit dem
2426 Renteneintrittsalter vor dem Problem, nicht ausreichend Rentenansprüche zu haben, um davon leben
2427 zu können. Daher setzen wir GRÜNE uns auf Bundesebene für eine angemessene Ausgestaltung des
2428 Zwölften Sozialgesetzbuches (SGB XII) ein, um gerade die medizinische Versorgung und
2429 altersgerechtes Wohnen für alle Menschen unabhängig von ihrem Einkommen gewährleisten zu
2430 können.

2431 **Kinderarmut ist ein Skandal**

2432 Kinder tragen in unserem Land das Armutsrisiko Nummer eins. Jedes sechste Kind in Niedersachsen
2433 lebt in Armut. Arme Kinder besuchen seltener weiterführende Schulen. Das wollen wir nicht
2434 hinnehmen. Eine so reiche Gesellschaft wie die der Bundesrepublik Deutschland muss vor allem dafür
2435 sorgen, dass Kinder nicht aus finanziellen Gründen ihrer Chancen beraubt werden. Neben materiellen
2436 Hilfen ist eine flächendeckende und leicht zugängliche Infrastruktur nötig. Dazu muss unter anderem
2437 mehr Geld in soziale Einrichtungen für Kinder und Jugendliche investiert werden. Auch brauchen wir
2438 mehr Ganztagsangebote. In allen Regionen Niedersachsens muss jedes Kind unabhängig vom
2439 Einkommen oder Bildungshintergrund der Eltern eine Chance haben, an kultureller Bildung wie
2440 Musikunterricht, Theaterbesuchen und an Ferienangeboten teilzunehmen oder Mitglied eines
2441 Sportvereins zu sein. (VERWEIS BILDUNG / KINDER UND JUGEND)

2442

2443 Auch die zur Erreichung dieser Ziele notwendigen bundespolitischen Entscheidungen wollen wir von
2444 Niedersachsen aus vorantreiben: Das Familienfördersystem muss neu gestaltet werden. Wir wollen das
2445 Leben mit Kindern unterstützen und nicht die Ehe an sich subventionieren. Deshalb fordern wir die
2446 weitestmögliche Abschaffung des Ehegatten-Splittings und des Betreuungsgeldes# zugunsten einer
2447 Kindergrundsicherung und die Schaffung einer besseren Infrastruktur für Bildung und Teilhabe.
2448 (VERWEIS BDK KIEL)

2449

2450 Der beste Schutz gegen Kinderarmut und Chancenungleichheit ist die Erwerbstätigkeit und
2451 gesellschaftliche Einbindung der Eltern. Neben allen nötigen Anstrengungen für eine Vermittlung in
2452 den ersten Arbeitsmarkt brauchen wir einen öffentlich geförderten und regional gegliederten
2453 Beschäftigungssektor mit Mitteln der Jobcenter, der EU, des Landes und der Unternehmen sowie den
2454 Aufbau einer unabhängigen Beratungsstruktur für Erwerbslose. (VERWEIS WIRTSCHAFT)

2455

2456 Unabhängige SchuldnerInnen- und Insolvenzberatung müssen gestärkt und ausgebaut werden. Das
2457 Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das gestartet wurde, um die Abwärtsspirale in
2458 benachteiligten Stadtteilen aufzuhalten und die Lebensbedingungen vor Ort umfassend zu verbessern,
2459 muss ebenso wie die Städtebauförderung fortgeführt und intensiviert werden. (VERWEIS BAUEN
2460 UND WOHNEN) Die Jugendwerkstätten zur Berufs- und Ausbildungsvorbereitung werden wir
2461 ebenso weiterführen wie die Förderung der Jugend- und Schulsozialarbeit aus dem Beschäftigungs-
2462 und Teilhabe-Projekt des Bundes.

2463

2464 Niedersachsen muss sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass die entscheidenden Rahmenbedingungen
2465 für ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben für alle gegeben sind. Dazu gehört der Ausbau einer
2466 sozialen Infrastruktur, die bedarfsgerechte Anhebung der Arbeitslosengeld-II-Regelsätze, die
2467 Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, eine stärkere Belastung von Spitzeneinkommen und
2468 Vermögen durch eine Einkommensteuer und eine Sozialpolitik, die alle Menschen erreicht.

2469

2470 Wir setzen uns dafür ein, das diskriminierende AsylbewerberInnenleistungsgesetz abzuschaffen.
2471 (VERWEIS FLÜCHTLINGSPOLITIK) Alle Menschen, die Leistungen zur Sicherung ihres
2472 Lebensunterhaltes benötigen, sollen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II und XII erhalten.

2473 **Niedersachsen wird älter und bunter**

2474 Die demografische Entwicklung geht auch an Niedersachsen nicht vorbei und stellt neue
2475 Anforderungen an die Politik. Wir wollen nicht nur die Probleme, sondern auch die Potenziale einer
2476 älter werdenden Gesellschaft in den Fokus nehmen. Wir setzen auf die Kenntnisse und Fähigkeiten
2477 älterer Menschen und darauf, dass sie sich gerne aktiv am gesellschaftlichen Leben beteiligen und es
2478 mitgestalten wollen. (VERWEIS DEMOGRAFIETEIL)

2479 **Selbstbestimmt und eigenverantwortlich leben**

2480 Die Generation 60+ hat unterschiedliche und sehr individuelle Vorstellungen vom Leben im Alter.
2481 Doch ob alleinlebend, in Partnerschaft, Wohngemeinschaft oder betreutem Wohnen –
2482 ausschlaggebend für ein würdevolles Leben wird immer mehr das Wohnumfeld und dessen
2483 Gestaltung: Wohnortnahe Versorgung mit ÄrztInnen und Einkaufsmöglichkeiten, ein guter ÖPNV und
2484 eine gut funktionierende Nachbarschaftshilfe. Ein erholsames Umfeld mit verkehrsberuhigten Zonen,
2485 Grünanlagen und sozialen Treffpunkten in fußläufiger Entfernung steigern die Lebens- und

2486 Wohnqualität erheblich. Diese Vorstellungen entsprechen auch den Wünschen vieler junger Familien,
2487 so dass sich durch quartiersgestaltende Maßnahmen im generationenübergreifenden Zusammenleben
2488 die bunte Vielfalt der Bevölkerung widerspiegelt. Aber auch Barrierefreiheit ist eine wichtige
2489 Voraussetzung für die unbehinderte Teilhabe Älterer. (verweis BAUEN UND WOHNEN)

2490 **Neue Wohnformen für Ältere unterstützen**

2491 Mit Unterstützung des Landes sollen in Zukunft deutlich mehr kleine, betreute und barrierefreie
2492 Wohneinheiten für alte und pflegebedürftige Menschen entstehen. Das Zusammenwirken von
2493 professioneller Pflege und bürgerschaftlichem Engagement, wie es insbesondere in kleinräumigen
2494 Einheiten gut funktioniert, ist besonders förderungswürdig. Darüber hinaus wollen wir
2495 generationenübergreifende Wohn- und Stadtteilprojekte weiter voranbringen. Zudem setzen wir uns
2496 für neue Wohn- und Pflegeformen wie SeniorInnenwohn- und -hausgemeinschaften ein, um
2497 Selbstbestimmung in jeder Lebensphase zu ermöglichen und zu erleichtern.

2498

2499 Um beim Wildwuchs der Angebote sicherzustellen, dass ältere Menschen die Wohnform ihrer Wahl
2500 zu einem angemessenen Preis finden, brauchen wir einen Auf- und Ausbau der Beratungs- und
2501 Unterstützungsstellen, damit das Thema „Wohnen im Alter“ in all seinen Formen vermittelt werden
2502 kann. Menschen mit viel Lebenserfahrung sind eine wichtige Stütze des gesamten gesellschaftlichen
2503 Lebens. Deswegen werden wir das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen aktiv fördern.

2504 **Dorfzentren und Begegnungsstätten fördern**

2505 In vielen Städten und Dörfern gibt es interkulturelle und sozial verbindende Treffpunkte und
2506 Begegnungsstätten, die den Menschen vor Ort die Möglichkeit bieten, miteinander in Kontakt zu
2507 treten und füreinander da zu sein. Solche Einrichtungen, zum Beispiel Mehrgenerationenhäuser, haben
2508 eine zentrale Bedeutung innerhalb einer Dorf- oder Stadtteilgemeinschaft. Solche Treffpunkte wollen
2509 wir GRÜNE fördern, weil sie für das Miteinander eine große Chance darstellen.

2510 **Wohnraumversorgung für alle sichern**

2511 Die Wohnungsversorgung hat sich in Niedersachsen in vielen Landesteilen zwar durch den
2512 Bevölkerungsrückgang und abnehmende Zuwanderungen entspannt, es fehlt in einigen Regionen aber
2513 zunehmend bezahlbarer Wohnraum. Diese Unterversorgung stellt gerade Menschen mit geringem
2514 Einkommen vor große Probleme. Sie wird durch das beständige Abschmelzen des sozial gebundenen
2515 Wohnraums verschärft. Wir brauchen daher eine Förderung von Mietwohnungen im unteren
2516 Preissegment und den gezielten Ankauf von Belegrechten# im Wohnungsbestand.

2517 **Herausforderung demografischer Wandel**

2518 Der demografische Wandel ist eine erhebliche Herausforderung für die Wohnungs- und
2519 Städtebaupolitik. Er stellt bisherige Infrastrukturplanungen infrage und erfordert neue Antworten auf
2520 soziale Entwicklungen und die Anforderungen einer inklusiven Gesellschaft#. Ältere Menschen
2521 wollen auch bei zunehmendem Unterstützungsbedarf in ihrer Umgebung wohnen bleiben. Menschen

2522 mit Handicap haben ein Recht darauf, selbstständig und selbstbestimmt in ihrer Wohnung mit
2523 ambulant erbrachten Dienstleistungen leben zu können. Das bedeutet, dass wir mehr barrierefreien
2524 Wohnraum brauchen. Aber auch die sich verstärkenden Leerstände und der Bevölkerungsrückgang in
2525 einzelnen Regionen müssen politisch konstruktiv bewältigt werden. Statt mit Billigbauland zusätzliche
2526 Kosten für überlastete kommunale Haushalte zu produzieren, muss das Land die betroffenen
2527 Kommunen beim nötigen Rückbau überflüssiger Bausubstanz und bei Revitalisierungsaktivitäten
2528 unterstützen. Eine inklusive Gesellschaft erfordert Umbauten und Anpassungen im vorhandenen
2529 Gebäudebestand. Dafür müssen die vorhandenen Wohnungsbaumittel stärker genutzt werden als für
2530 sogenannte Altenwohnungen auf der grünen Wiese. Wir wollen das Bund-Länder-Programm „Soziale
2531 Stadt“# weiterführen, das die Bundesregierung aus rein ideologischen Gründen auslaufen lässt. Es ist
2532 das einzige Programm, das investive mit nichtinvestiven Maßnahmen zur Revitalisierung sozial
2533 problematischer Stadtteile in vorbildlicher Weise verbindet und nachhaltig zur Vermeidung und
2534 Verminderung der Folgen von Armut und Ausgrenzung beiträgt.

2535 **Energetische Sanierung senkt die Wohnverbrauchs-kosten!**

2536 Eine der größten Klimaschutz-Ressourcen liegt in der energetischen Gebäudesanierung (z. B. durch
2537 Wärmedämmung und moderne Heizungssysteme). Hier lässt sich viel Energie einsparen. Die
2538 energetische Modernisierung im Gebäudebestand muss auf hohem Niveau sowohl im
2539 Wohnungsbauförderprogramm als auch als Programm zur energetischen Modernisierung der sozialen
2540 und kulturellen Infrastruktur, im Verbund mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), weiter
2541 gefördert werden. Den Kommunen wollen wir über Änderungen in der Niedersächsischen Bauordnung
2542 die notwendigen Instrumente an die Hand geben, um auch die stärkere Nutzung regenerativer
2543 Energien im Wohnungsbestand voranzubringen. Kommunen sollen damit bei Zielkonflikten zwischen
2544 Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen und dem Denkmalschutz auf der einen Seite sowie
2545 Klimaschutzziele und Anforderungen der Energieeinsparverordnung auf der anderen Seite besser
2546 vermitteln können.

2547

2548 Nicht nur für EigentümerInnen, auch für MieterInnen müssen sich energetische Modernisierungen
2549 rechnen. Wir GRÜNE wollen die Belastungen aus energetischen Modernisierungen durch eine
2550 Änderung des Mietrechts und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für EigentümerInnen durch
2551 Initiativen auf Bundesebene erträglich machen. Der unterschiedliche energetische Standard von
2552 Wohnungen muss transparenter gemacht werden. Wir brauchen daher „Warm-Mietenspiegel“ in den
2553 Kommunen.

2554 **Raumentwicklung steuern – Landesentwicklung nachhaltig gestalten**

2555 Mit dem Landesraumordnungsprogramm wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am
2556 tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. (VERWEIS
2557 Landesraumordnungsprogramm unter UMWELT)

2558

2559 Durch differenzierte Kriterien bei der Grunderwerbssteuer wollen wir den Erwerb brachliegender
2560 Gebrauchtimmobilien begünstigen und den Erwerb von neuem Bauland entsprechend stärker belasten.
2561 Auch die Grundsteuer wollen wir zusammen mit Bund und Kommunen so umgestalten, dass sie die
2562 flächeneffiziente Nutzung bebaubarer Grundstücke fördert und der übermäßigen Versiegelung des
2563 Bodens entgegenwirkt.

2564 **Regionale Zusammenarbeit und neue Kooperationsformen**

2565 Gestiegene Mobilität, technologischer Wandel, alternde Bevölkerung – diese Entwicklungen erfordern
2566 von den Kommunen ein höheres Maß an regionaler Zusammenarbeit und die Bereitschaft zu neuen
2567 Kooperationsformen. Viele Aufgaben wie Verkehrsplanung, Abfallwirtschaft oder
2568 Wirtschaftsförderung können oft sinnvoller und effizienter auf regionaler Ebene organisiert werden.
2569 Der kommunale Finanzausgleich muss so ausgelegt werden, dass Kommunen, die im Interesse der
2570 Umwelt auf Binnenentwicklung setzen, statt Bauland großflächig neu auszuweisen, einen Ausgleich
2571 erhalten.

2572 **Lebendige Innenstädte**

2573 Wir wollen das Interesse an Baukultur, Architektur, Ingenieurbaukunst, Denkmalpflege, Städtebau
2574 und Freiraumplanung fördern und kontinuierlich weiterentwickeln. Insbesondere müssen das weitere
2575 Ausbluten der Stadtzentren und der ruinöse Wettlauf der Kommunen um Ansiedlungen von
2576 großflächigem Einzelhandel auf der grünen Wiese gestoppt werden. Hierzu bedarf es regional
2577 abgestimmter, verbindlicher Konzepte der Regionalplanung.

2578

2579 Wir GRÜNE setzen uns für lebendige Innenstädte, Ortskerne und Stadtteilzentren ein und sehen
2580 hierfür lokale Vereine und Initiativen sowie den Einzelhandel als gute Verbündete. Wir unterstützen
2581 Konzepte zur Aufwertung innerstädtischer Quartiere für Wohnen und Gewerbe. Zugleich werden wir
2582 Verdrängungstendenzen durch Gentrifizierung# von Wohnquartieren und Privatisierung öffentlicher
2583 Räume durch steuernde wohnungs- und baurechtliche Instrumente entgegenwirken.

2584 **Baukultur pflegen und fortführen**

2585 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bekennen sich zu einer Baukultur, die die Tradition und Eigenart
2586 unserer Städte und Dörfer bewahrt und zugleich deren Zukunftsfähigkeit sichert. Dies beinhaltet einen
2587 innovativen und nachhaltigen Umgang mit der historischen Bausubstanz im Sinne eines lebendigen
2588 Denkmalschutzes. Zum Erhalt des historischen Erbes bedarf es einer öffentlich-rechtlichen Stiftung,
2589 die gefährdete historische Bausubstanz vor dem Abriss sichert und neuen Nutzungen zuführt.

2590

2591 EigentümerInnen von Denkmälern sollen mit Fördermitteln bei deren Erhalt unterstützt werden.
2592 Denkmalschutz darf nicht in Konkurrenz zum barrierefreien Ausbau von Gebäuden stehen. An
2593 öffentliche Bauvorhaben müssen dabei aufgrund ihrer Vorbildfunktion besondere Anforderungen
2594 gestellt werden. Öffentliche AuftraggeberInnen sind zu hoher gestalterischer Qualität beim Bauen und

2595 zur Beachtung von Barrierefreiheit zu verpflichten. Das Land soll sich daher zukünftig bei allen
2596 wichtigen Bauvorhaben von unabhängigen Fachleuten beraten lassen.

2597

2598 Wir wollen regionale Denkmalbeiräte einrichten, die bei der Auswahl und der Betreuung von
2599 Baudenkmalen sowie bei hervorgehobenen Baumaßnahmen beratend eingebunden werden. Das
2600 freiwillige und ehrenamtliche Engagement im Bereich Denkmalschutz und Baukultur muss stärker
2601 gefördert und unterstützt werden, um die Beratung von Bauherren/-frauen und den öffentlichen Dialog
2602 zu anstehenden Entscheidungen und Konfliktfeldern in diesen Bereichen zu verbessern. Das Land
2603 muss mit dem Erhalt des denkmalgeschützten Plenarsaals des Niedersächsischen Landtags eine
2604 Vorbildrolle übernehmen!

2605 **Brandschutz braucht motivierte Feuerwehren**

2606 Wir GRÜNE schätzen das hohe Engagement der Feuerwehren in Niedersachsen. Der
2607 Nachwuchsgewinnung gerade auch von Frauen und MigrantInnen kommt in Zukunft eine besondere
2608 Bedeutung zu. Zusammen mit den freiwilligen Feuerwehren setzen wir uns für eine schnellere
2609 Einführung einer Brandmelderpflicht ein. CDU und FDP blockieren diese seit Jahren und haben nun
2610 eine viel zu lange Übergangszeit bis Ende 2015 vorgesehen. Präventiver Brandschutz und
2611 Anerkennung des Ehrenamtes sehen anders aus!

2612 **Den demografischen Wandel ernst nehmen**

2613 Niedersachsen wird älter und seine Bevölkerungszahl schrumpft. Die Zahl der Kinder geht zurück,
2614 gleichzeitig steigt die Zahl der alten Menschen. Dass wir immer älter werden, ist auch ein Gewinn.
2615 Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen in Ehrenämtern und Initiativen
2616 stärken und die Strukturen (Freiwilligenbörsen, Mehrgenerationen-Lernen etc.) dafür verbessern.

2617

2618 In den kommenden Jahren ist mit einer zunächst noch langsamen, dann immer schnelleren Abnahme
2619 der Bevölkerung zu rechnen. Auch der in einigen Berufen schon heute beklagte Fachkräftemangel
2620 wird sich bald erheblich verstärken, weil die geburtenstarken Jahrgänge das Rentenalter erreichen. Die
2621 Entwicklung der Altersstruktur in Niedersachsen ist von starken regionalen Unterschieden
2622 gekennzeichnet. Während zum Beispiel der Landkreis Osterode schon heute als der „älteste“
2623 Landkreis Deutschlands gilt, weist der Landkreis Cloppenburg die höchste Geburtenrate in ganz
2624 Deutschland auf.

2625

2626 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat den tiefgreifenden Wandel gründlich verschlafen und nicht
2627 angemessen auf die Chancen und Risiken dieses Prozesses reagiert. Obwohl schon 2007 eine Enquete-
2628 Kommission des Landtags umfassende Vorschläge gemacht hat, passierte danach so gut wie nichts. Im
2629 Gegenteil: Niedersachsen bleibt bundesweites Schlusslicht etwa bei der Versorgung mit Krippen- und
2630 Kindergartenplätzen. Auch ist das gegliederte Schulwesen nicht auf abnehmende Schülerzahlen
2631 vorbereitet. Kleine Gesamtschulen im ländlichen Raum werden verweigert und gleichzeitig wird mit

2632 der Oberschule eine weitere spezielle Schulform neben den bestehenden Gymnasien, Hauptschulen,
2633 verbundenen Haupt- und Realschulen, Realschulen, Integrativen und Kooperativen Gesamtschulen
2634 und Förderschulen eingeführt.

2635

2636 Jetzt, kurz vor der Wahl, stellt die Landesregierung erneut einen Entwurf für ein Handlungskonzept
2637 auf, voller Ankündigungen und Allgemeinplätze. Wirkliche Taten für neue Perspektiven, gerade auch
2638 im ländlichen Raum, sind Fehlanzeige. Wir GRÜNE wollen den demografischen Wandel als
2639 gesamtgesellschaftliche Herausforderung annehmen und nachhaltig gestalten. Alle Politikfelder
2640 müssen dafür auf den Prüfstand (Demografie-Check#).

2641

2642 In allen Bereichen – von der Schule über die Sozialsysteme bis hin zur Pflege und dem
2643 bürgerschaftlichen Engagement älterer Menschen – brauchen wir neue Modelle und Perspektiven.
2644 Hierzu gehören neue Wohnformen (VERWEIS Bauen und Wohnen) und eine an den Bedarf
2645 angepasste Verkehrs- und Siedlungsplanung. Das bedeutet in einigen Regionen auch den Rückbau von
2646 Straßen und Siedlungen. Es darf nicht sein, dass einige Kommunen trotz abnehmender
2647 Bevölkerungszahlen immer neue Wohn- und Gewerbeflächen ausweisen und die Landschaft
2648 zersiedeln. Der nachhaltige Umbau und die Neunutzung leerstehender Gebäude in Städten und
2649 Dörfern muss auch aus demografischer Sicht Priorität vor dem Bauen auf der grünen Wiese
2650 bekommen. Daher wollen wir das Landesprogramm „Umbau statt Zubau“ stärken und
2651 weiterentwickeln.

2652 **Zuzug erleichtern**

2653 Niedersachsen hat die schärfste Abschiebe- und Abschottungspolitik aller Bundesländer und weigert
2654 sich, an gezielten Ansiedlungsprogrammen für Flüchtlinge (Resettlement#) angemessen und aktiv
2655 mitzuwirken. Dabei sind viele Niedersachsen selbst Vertriebene, Flüchtlinge, AussiedlerInnen,
2656 Zugezogene oder haben einen Migrationshintergrund. Wir wollen deshalb zukünftig ein weltoffenes
2657 Niedersachsen und mehr legale Einwanderung ermöglichen. (VERWEIS Zuwanderung)

2658 **Neue Perspektiven für den ländlichen Raum – regional und nachhaltig**

2659 Die Landesregierung vernachlässigt systematisch Perspektiven für ländliche Räume. Sie sorgt für
2660 Abwanderung, Höfesterben und monotone Agrarsteppen mit belastenden Tierfabriken zu Lasten des
2661 Lebens auf dem Lande. Jahr für Jahr müssen immer mehr BäuerInnen ihre Höfe aufgeben und es
2662 gehen Arbeitsplätze in der Landwirtschaft verloren.

2663

2664 Wir GRÜNE wollen die ländlichen Räume neu und anders fördern. Wir wollen eine bäuerlich-
2665 ökologische Landwirtschaft mit vielen Arbeitsplätzen und artgerechter Tierhaltung. Und wir wollen
2666 regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Der von der Landesregierung vernachlässigte Ökolandbau
2667 schafft im Schnitt 30 Prozent mehr Arbeitsplätze als der konventionelle. Außerdem reduziert er die
2668 Umweltbelastung – etwa durch den Verzicht auf Massentierhaltung – und sorgt für eine bessere

2669 Lebensqualität auf dem Lande. Regionale Produkte, ressourcenschonende Herstellung, dezentrale,
2670 regenerative Energieerzeugung, Tourismus und Handwerk bilden das wirtschaftliche Rückgrat der
2671 ländlichen Entwicklung in demografischen Schrumpfungsbereichen. Gerade unsere Politik der
2672 Energiewende und die Förderung Erneuerbarer Energien schaffen umweltgerechte Perspektiven und
2673 nachhaltige Wertschöpfung im ländlichen Raum. Die Nutzung von Sonne und Wind sind unser
2674 Dauerkonjunkturprogramm für alle ländlichen Regionen. (VERWEIS Kapitel ENERGIE)
2675 Viele Fördermillionen insbesondere aus EU-Mitteln fließen in die ländliche Entwicklung. Wir wollen
2676 diese für eine nachhaltige Wirtschaftsförderung zielgerichteter einsetzen und legen den Schwerpunkt
2677 dabei auf Regionen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind.
2678 Wir brauchen neue Perspektiven für das Leben im ländlichen Raum. Dazu gehören auch neue
2679 Mobilitätskonzepte, Dorfläden, schnelle Internetverbindungen, Bücher- und Bürgerbusse sowie Kultur
2680 auf dem Land, damit das Leben dort attraktiv bleibt oder es wieder wird.

2681 **Schnelles Internet für alle!**

2682 Das Internet ist Teil des täglichen Lebens. Für Privathaushalte und Betriebe im Land gehört schnelles
2683 Internet inzwischen ebenso zur Daseinsvorsorge wie ein Telefon-, Wasser- oder Stromanschluss. Auch
2684 der Staat setzt darauf, seinen BürgerInnen mehr und bessere Online-Dienstleistungen bereitzustellen.
2685 E-Government# soll der öffentlichen Hand Geld sparen und für die BürgerInnen neue
2686 Kommunikations- und Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Das kann nur klappen, wenn der Staat
2687 entsprechende Rahmenbedingungen schafft, die gewährleisten, dass alle Menschen einen ausreichend
2688 schnellen Internetanschluss erhalten können. Hier versagt der freie Markt, denn investiert wird vor
2689 allem in den Ballungsräumen, wo schnell Gewinne erzielt werden können. In der Fläche ist der
2690 Ausbau teurer, deshalb gibt es in ländlichen Bereichen Niedersachsens zahlreiche „weiße Flecken“, in
2691 denen keine Breitbandversorgung vorhanden ist. Häuser und Wohnungen in solchen Gebieten sind aus
2692 diesem Grund mittlerweile schlechter zu verkaufen oder zu vermieten und Gewerbeansiedlungen meist
2693 nicht mehr möglich. Wir GRÜNE wollen deswegen schnelles Internet als Teil der Daseinsvorsorge
2694 definieren, bei der Preis und Leistung an jedem Ort prinzipiell gleich sein muss. Über gesetzliche
2695 Regelungen und eine Umlage der AnbieterInnen wollen wir den Ausbau auch in den ländlichen
2696 Gebieten ermöglichen, wo er nicht kostendeckend erfolgen kann. CDU und FDP setzen lediglich auf
2697 hohe Zuschüsse für einzelne kommerzielle NetzbetreiberInnen. Das geht zu langsam und kostet
2698 Steuergeld.

2699

2700 Um in ländlichen Gebieten mit geringer Netzdichte die Kosten für die Verlegung von neuen
2701 Breitbandanschlüssen zu reduzieren, sollen bei ohnehin anstehenden Tiefbau- und
2702 Erschließungsarbeiten kostengünstig Leerrohre mitverlegt werden, in die bei Bedarf
2703 Glasfaserleitungen eingezogen werden können. Internetversorgung über den Mobilfunkstandard LTE#
2704 ist aus technischen Gründen keine Lösung. Der ständig wachsende Bandbreitenbedarf kann dadurch

2705 nicht gedeckt werden. Es besteht die Gefahr, dass die LTE-Versorgung als Scheinlösung den
2706 notwendigen Infrastrukturausbau bremst. (LINK Landtagsantrag Ausbau Breitbandförderung)
2707

2708 Neben dem Ausbau der regulären Netz-Infrastruktur unterstützen wir GRÜNE aber auch
2709 zivilgesellschaftliches Engagement – etwa Projekte, die private Internetzugänge per WLAN der
2710 Allgemeinheit zugänglich machen und damit einen wichtigen Beitrag zur flächendeckenden
2711 Verfügbarkeit des Internets leisten. Bisher stehen der weiteren Ausbreitung freier Netze allerdings
2712 rechtliche Schranken im Wege. Hier muss künftig gelten: Nicht die AnschlussinhaberInnen eines
2713 WLAN, sondern die tatsächlichen InternetnutzerInnen müssen für mögliche Folgen haften!
2714 NetzbetreiberInnen dürfen darüber hinaus keinen Einfluss auf die übertragenen Daten haben und im
2715 Sinne der Netzneutralität dürfen bei der Datenübertragung kommerzielle Interessen nicht den Vorrang
2716 vor sonstigen Inhalten haben.
2717

2718 **Gesundheit ist keine Ware**

2719 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 2720 • *Mündige, gut informierte und optimal versorgte Versicherte durch die Einführung einer*
2721 *BürgerInnenversicherung.*
- 2722 • *Eine optimale und gerechte medizinische Versorgung und Pflege für alle Menschen in der*
2723 *Nähe ihres Wohnortes – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Einkommen oder Alter!*
- 2724 • *Prävention, Selbsthilfe und Gesundheitsförderung sollen selbstverständliche Bestandteile in*
2725 *allen Lebensbereichen werden.*
- 2726 • *Eine hochwertige und wohnortnahe Pflege durch eine Stärkung und Steigerung der Qualität*
2727 *der Pflegeberufe.*

2728 Bei uns steht der Mensch im Mittelpunkt des politischen Handelns – gerade in der Gesundheits- und
2729 Pflegepolitik. Ein Großteil der Beitragseinnahmen der Sozialversicherung und der öffentlichen
2730 Haushalte fließt in die Finanzierung von Gesundheit und Pflege. Wir GRÜNE wollen mündige
2731 PatientInnen, die mitreden und mitgestalten können. Ein gerechter Zugang zu hochwertiger
2732 Gesundheits- und Pflegeversorgung sowie Prävention für alle Menschen – ungeachtet von Herkunft,
2733 Geschlecht, Einkommen oder Alter – haben für uns oberste Priorität. Zur stabilen langfristigen
2734 Finanzierung der Gesundheits- und Pflegepolitik wollen wir den Gesundheitsfond abschaffen und den
2735 Kassen ihre Beitragsautonomie zurückgeben. Damit wird der Wettbewerb zwischen den Kranken- und
2736 Pflegekassen gestärkt und die Menschen profitieren davon.
2737

2738 Um eine optimale regionale Versorgung anbieten zu können, ist die Weiterentwicklung der
2739 hausärztlichen Versorgung für uns ein wichtiges Anliegen. Wir GRÜNE wollen die vernetzte
2740 Zusammenarbeit zwischen stationären und ambulanten AnbieterInnen und das freie Hebammenwesen

2741 stärken. In ländlichen Regionen sind wir für die Einführung von mobilen Praxisteams und
2742 Fahrdiensten, die für bedürftige PatientInnen kostenfrei sein sollen. (VERWEIS DEMOGRAFIE)
2743

2744 GRÜNE Gesundheitspolitik baut auf mündige, gut informierte und optimal versorgte PatientInnen.
2745 Wir wollen FürsprecherInnen für PatientInnen in allen Krankenhäusern. Die Sicherheit der
2746 PatientInnen muss erhöht werden. Dafür ist es notwendig, Fehlerkultur und Fehlermanagement als
2747 selbstverständliche Bestandteile der Qualitätssicherung in den Krankenhäusern zu verankern.

2748 **Gute und solidarische Gesundheitsversorgung durch die grüne BürgerInnenversicherung**

2749 Die Krankenversicherung muss in Zukunft auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels
2750 eine gute medizinische Infrastruktur sichern und auf solidarischer Grundlage finanziert werden. Wir
2751 setzen uns deshalb auf Bundesebene dafür ein, die gesetzliche und die private Krankenversicherung
2752 auf eine gemeinsame Basis zu stellen und eine BürgerInnenversicherung einzuführen. Diese soll alle
2753 BürgerInnen einbeziehen – egal ob verbeamtet oder angestellt, selbstständig oder erwerbslos,
2754 RentnerIn oder PensionärIn. Zu den Versicherungsbeiträgen werden dann auch Einkünfte aus
2755 Kapitalvermögen und Mieten mit herangezogen.

2756 **Für eine gute Gesundheitsversorgung vor Ort**

2757 Eine solidarische Gesundheitspolitik für die Menschen in Niedersachsen muss darüber hinaus die
2758 Prävention stärken, eine wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten und ein flächendeckendes
2759 Pflegeangebot schaffen. Wir fordern eine stärkere Bedarfsorientierung. Wir GRÜNE setzen uns
2760 deswegen für eine sektorenübergreifende medizinische Versorgung mit einer besseren Vernetzung
2761 zwischen ambulanten und stationären Angeboten, Gesundheits- und Facharzt-Zentren und die
2762 Übernahme von heilberuflichen Tätigkeiten durch qualifizierte Pflegekräfte ein. Um den Stellenwert
2763 der Allgemeinmedizin zu stärken, muss an jeder medizinischen Hochschule und jeder medizinischen
2764 Fakultät in Niedersachsen ein entsprechender Lehrstuhl eingerichtet werden.

2765 **Für mehr Qualität in Krankenhäusern**

2766 Krankenhäuser sollen Versorgungszentren im Rahmen einer integrierten Versorgungslandschaft
2767 werden. Die wohnortnahe Grund- und Notfallversorgung muss erhalten bleiben, spezialisierte
2768 Versorgung und Hochleistungsmedizin können dagegen konzentriert angeboten werden. Die
2769 Privatisierung weiterer Krankenhäuser lehnen wir ab und fordern stattdessen mehr Einfluss der
2770 Kommunen auf die stationäre Versorgung. Zur Stärkung der Interessen und Erhöhung der Sicherheit
2771 der PatientInnen setzen wir uns für eine bessere Qualitätssicherung in Krankenhäusern ein. Bei
2772 Behandlungsfehlern darf die Beweislast nicht mehr bei den PatientInnen liegen, sondern muss auf den
2773 durchführenden Anbieter übertragen werden. Die steigende Bedrohung durch resistente Keime
2774 (MRSA, ESBL) insbesondere in Krankenhäusern sehen wir als eine zentrale gesundheitspolitische
2775 Aufgabe. Neben der Bekämpfung der Ursachen – wie dem hohen Antibiotika-Einsatz in der
2776 Massentierhaltung (VERWEIS AGRAR) und dem zu freizügigen Einsatz in der Humanmedizin –

2777 wollen wir dafür Sorge tragen, dass die Hygiene in den Krankenhäusern deutlich verbessert wird.
2778 Entsprechend des niederländischen Modells wollen wir neben dem Screening von RisikopatientInnen
2779 strengere Hygienestandards und eine bessere Personalausstattung zur Pflicht machen.

2780 **Versorgung psychisch kranker Menschen**

2781 Psychische Erkrankungen nehmen besonders wegen der rasanten Veränderungen im beruflichen
2782 Umfeld dramatisch zu. Wir wollen diesen Erkrankungen vorbeugen und deshalb die betriebliche
2783 Gesundheitsförderung sowie den Arbeitsschutz stärken, denn Prävention ist besser als Rehabilitation.
2784 Eine psychische Krise kann jedeN treffen, genauso wie ein Schnupfen oder eine Grippe. Die
2785 Versorgung mit ambulanten und stationären Angeboten hinkt dem Bedarf besonders im ländlichen
2786 Raum immer noch erheblich hinterher. Die psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung
2787 sowie die ambulante psychiatrische Pflege müssen deswegen in allen Regionen gemeindenah gesichert
2788 werden. Dies soll die Aufgabe der Sozialpsychiatrischen Verbände sein. Die zunehmende
2789 Ökonomisierung des privatisierten psychiatrischen Behandlungsbereichs sehen wir sehr kritisch. Hier
2790 muss das Land endlich seine Kontrollfunktion für die Wahrung von PatientInnenrechten wahrnehmen.
2791 In Psychiatrien und Altenheimen müssen Fixierungen und andere Zwangsmaßnahmen zudem auf ein
2792 Minimum reduziert werden.

2793 **Gute und bedarfsgerechte medizinische Versorgung für alle**

2794 Der Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Präventionsangeboten muss für alle Menschen
2795 ermöglicht werden. Oftmals scheitert der Zugang an Sprachbarrieren, fehlendem Wissen oder
2796 räumlichen Barrieren. Viele Erkrankungen und Arztbesuche ließen sich nachweislich durch bessere
2797 Beratungs- und Informationsangebote vermeiden. Deshalb wollen wir zielgruppenspezifische
2798 Präventionsangebote einrichten, um die Gesundheitschancen zu erhöhen.

2799

2800 Barrierefreiheit muss auf allen Ebenen hergestellt werden: So wie Krankenhauszimmer
2801 rollstuhlgerecht sein müssen, muss auch die Kommunikation zwischen PatientInnen und
2802 medizinischem Fachpersonal mit Texten in leichter Sprache und bedarfsgerechter Unterstützung
2803 sichergestellt sein. Die geriatrische Versorgung und Kompetenzen im Bereich der ambulanten und
2804 stationären Rehabilitation sowie der stationären Akutversorgung müssen ausgebaut werden.

2805

2806 Wir GRÜNE wollen eine interkulturelle Gesundheitsberatung einrichten. Eine solche Beratung für
2807 MigrantInnen ist wichtig. Wir fordern darüber hinaus den gleichberechtigten Zugang von
2808 MigrantInnen zu medizinischer Versorgung und wollen interkulturelle Pflege und interkulturelle
2809 Kompetenz bei allen Gesundheitseinrichtungen ausweiten.

2810 Eine Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern muss zur
2811 Voraussetzung für öffentlich geförderte gesundheitswissenschaftliche Forschungsvorhaben werden.
2812 Wir setzen uns dafür ein, dass in die Aus- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe verstärkt Wissen
2813 um geschlechtsspezifische Unterschiede bei Gesundheit und Krankheit einfließen. Neue Medikamente

2814 müssen auf die spezifische Wirkung bei Männern und Frauen ermittelt werden, ansonsten muss die
2815 Zulassung verweigert werden können. Die medizinische Versorgung von Menschen ohne
2816 Krankenversicherung muss professionell und legal durchgeführt werden. Wir werden deswegen die
2817 medizinische Behandlung von Menschen ohne gültigen Aufenthaltsstatus entkriminalisieren und die
2818 Meldepflicht für Ärzte und Sozialämter abschaffen.

2819 **Prävention, Selbsthilfe und Gesundheitsförderung stärken**

2820 Wir GRÜNE setzen uns für eine stärkere Verankerung von Prävention und Gesundheitsförderung in
2821 Schulen, Kitas, Betrieben, Behörden sowie Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen ein. Hier bieten die
2822 bereits tätigen Präventionsfachkräfte die notwendige Expertise. Ziel ist es, zu verbindlichen und
2823 langfristig angelegten Kooperationsvereinbarungen zu kommen. Wir fordern die Einrichtung
2824 regionaler unabhängiger VerbraucherInnen-Beratungsstellen, die Menschen in allen Belangen von
2825 Gesundheit, Pflege, Rehabilitation und Selbsthilfe beraten.

2826

2827 Niedersachsen kann und darf nicht länger auf die bundesweite Stiftung für Prävention warten. Die
2828 Mittel für Prävention und Selbsthilfe sind längst zum Spielball von Einzelinteressen oder der
2829 Marketing-Abteilungen der Krankenkassen geworden. Wir GRÜNE wollen deshalb eine
2830 Landesstiftung für Prävention einrichten. Über die Gefahren durch „K.-o.-Tropfen“ muss landesweit
2831 mehr aufgeklärt werden. Mädchen und Frauen sind oft nicht ausreichend über diese sogenannte
2832 Vergewaltigungsdroge informiert.

2833 **Mit Suchtmittel-KonsumentInnen verantwortungsvoll umgehen**

2834 Dem hohen Anteil von Menschen mit Suchtproblemen steht bislang noch kein ausreichendes
2835 Versorgungs- und Hilfenetzwerk gegenüber. Wir wollen deshalb das Netz der Sucht- und
2836 Drogenberatung im Land erhalten und ausbauen, damit individuell auf die Menschen mit
2837 Suchtproblemen eingegangen werden kann. Besondere Unterstützung soll die Arbeit mit
2838 stoffungebundenen Suchtformen (z. B. Spielsucht) erfahren.

2839

2840 Wir setzen auf Präventionsarbeit, die mündigen und risikoarmen Konsum unterstützt und somit
2841 gesundheitliche Schäden und Abhängigkeit vermeiden hilft. Kinder stark zu machen ist die beste
2842 Drogenprävention. Kinder- und Jugendschutz bleibt für uns GRÜNE daher die wichtigste
2843 Herausforderung. Diese gesellschaftliche Aufgabe kann die Familie oft nicht allein bewältigen. Sie
2844 sollte deshalb verstärkt von Schulen, Kitas, Suchtberatungsstellen und Familien- und
2845 Gesundheitszentren übernommen werden. Die begleitenden Hilfen für Jugendliche, die zum Beispiel
2846 mit schweren Alkoholvergiftungen stationär aufgenommen werden, müssen ausgebaut werden. Hilfs-
2847 und Präventionsangebote für Jugendliche und junge Erwachsene, die sogenannte Partydrogen (etwa
2848 Alkohol, Cannabis, Amphetamine) in riskanter Weise konsumieren, sollen ein besonderes Augenmerk
2849 bekommen und entsprechend gefördert werden. Des Weiteren setzen wir uns für Modellversuche von

2850 Drug-Checking-Angeboten# ein, die KonsumentInnen die Möglichkeit geben, gefährliche und
2851 verunreinigte Substanzen vor dem Konsum zu erkennen und zu meiden.

2852

2853 In den letzten Jahren hat es bedeutende Fortschritte im NichtraucherInnenschutz gegeben. Für uns hat
2854 aktiver NichtraucherInnenschutz weiterhin Priorität. Alkoholabhängigkeit ist in unserer Gesellschaft
2855 leider immer noch häufig ein Tabu. Wir brauchen weitere Maßnahmen, die einen bewussteren
2856 Umgang mit Alkohol fördern. Werbung für Nikotin und Alkohol lehnen wir ab.

2857

2858 Aber nicht nur Alkohol- und Zigarettenkonsum fordern jeden Tag Opfer, verursachen Krankheit,
2859 Schmerz und vielfältige soziale Probleme bei den Suchterkrankten und ihren Familien. Die
2860 Kriminalisierung von illegalen Drogen hat ihre ursprünglichen Ziele nicht erreicht. Insbesondere beim
2861 Cannabis-Konsum bedeuten die straf- und verkehrsrechtlichen Konsequenzen bei der beruflichen und
2862 sozialen Wiedereingliederung insbesondere junger Menschen eine zusätzliche Hürde. Den Konsum
2863 von Cannabis wollen wir deshalb entkriminalisieren. Wir fordern die Anhebung der geringen
2864 straffreien Menge bei Cannabis-Produkten und unterstützen die Einführung eines Pilotprojektes zur
2865 geregelten Abgabe von Cannabis in Apotheken.

2866

2867 Auch Schwerstabhängige haben einen Anspruch auf gesundheitliche Prävention. Wir wollen ihnen
2868 deshalb durch die legale Verabreichung von Heroin die notwendige Hilfe zuteilwerden lassen. Dafür
2869 ist es notwendig, Diamorphin (Heroin) ebenso wie Methadon als wirksame Behandlung und damit
2870 auch als Medikament anzuerkennen und zuzulassen. So lässt sich die Beschaffungskriminalität
2871 wirksam eindämmen und der organisierten Kriminalität ein wichtiger Nährboden entziehen. Sterile
2872 Spritzen, Drogen- und Suchtberatung gehören auch in den Strafvollzug, der leider nirgends auf der
2873 Welt frei von Drogen gehalten werden kann. Wir setzen uns darüber hinaus für mehr
2874 Drogenkonsumräume ein, weil diese seit ihrer Einführung zu einer deutlichen Reduzierung von
2875 Überdosis-Toten geführt haben. Die Rahmenbedingungen für solche Räume wollen wir verbessern.
2876 Großes Suchtpotenzial für die PatientInnen birgt auch der Medikamentenmissbrauch in Alten- und
2877 Pflegeeinrichtungen. Hier bedarf es einer gezielten Überwachung der Verordnungen.

2878 **Aids-Hilfen und Prävention**

2879 In der ganzen Welt breiten sich Aids-Erkrankungen dramatisch aus. Die Bekämpfung stellt auch die
2880 Landespolitik vor Herausforderungen. In Niedersachsen infizieren sich jährlich mehr als 100
2881 Menschen mit dem HI-Virus. Die HIV-Prävention darf deshalb nicht nachlassen und Aids-Hilfe-
2882 Einrichtungen müssen erhalten und gestärkt werden. Das landesweite Netz von kultursensiblen,
2883 muttersprachlichen Aids-MediatorInnen muss an Schulen und Hochschulen ausgebaut werden. Wir
2884 setzen uns dafür ein, dass Menschen, die in einer wirtschaftlich schlechten Situation leben, einen
2885 kostenlosen Zugang zu den verschiedenen Verhütungsmitteln erhalten.

2886 **Menschenwürdige Pflege sichern und Pflegende stärken**

2887 Die Sicherung einer menschenwürdigen und bedarfsgerechten Pflege ist angesichts einer älter
2888 werdenden Gesellschaft eine große Herausforderung. Die meisten Pflegebedürftigen wollen in ihrem
2889 vertrauten sozialen Umfeld bleiben. Fast drei Viertel werden durch Angehörige versorgt und gepflegt,
2890 die dabei oft an die Grenzen ihrer Belastbarkeit stoßen. Deshalb brauchen wir Netzwerke und
2891 therapeutische Maßnahmen, die es pflegebedürftigen Menschen ermöglichen, ein Höchstmaß an
2892 Selbstständigkeit zu behalten. Therapie und Rehabilitation haben für uns Vorrang vor der Pflege.

2893

2894 Angebote durch hochwertige ambulante und teilstationäre Pflegeinfrastrukturen in Wohnortnähe
2895 wollen wir GRÜNE stärken und ausbauen. Die besonderen Bedürfnisse der interkulturellen Pflege
2896 müssen stärker berücksichtigt und die Pflegesituation für MigrantInnen verbessert werden, zum
2897 Beispiel durch kultursensible Pflegeangebote. Wegen immer früherer Entlassungen aus dem
2898 Krankenhaus brauchen wir zudem ein Schnittstellen-Management beim Übergang vom Krankenhaus
2899 in die häusliche Umgebung. Wir setzen uns für die Erstellung von Richtlinien für die
2900 Pflegeüberleitung aus Krankenhäusern in die ambulante oder stationäre Pflege ein. In
2901 Krankenhausberichten müssen auch der pflegerische Hilfebedarf, die pflegerelevanten Diagnosen und
2902 Funktionseinschränkungen aufgeführt werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Diagnose der
2903 Demenz nur durch einen Facharzt oder einen Hausarzt mit einer entsprechenden Weiterbildung
2904 gestellt werden darf und konkret mit ihren Auswirkungen beschrieben wird.

2905

2906 Das GutachterInnenverfahren muss neu strukturiert werden, damit neben den körperlichen Defiziten
2907 auch die psychischen und sozialen Bedürfnisse berücksichtigt werden. Entgegen der bisherigen
2908 festgeschriebenen Pflegeleistungen wollen wir ein persönliches Pflegebudget einführen, damit
2909 Pflegebedürftige und ihre Angehörigen selbst über Leistungen entscheiden können. Wir GRÜNE
2910 setzen uns für ein neues System der Pflegeversorgung ein, indem wir neben konventionellen
2911 Pflegeheimen alternative Wohnformen für Pflegebedürftige und eine gut organisierte und finanzierte
2912 ambulante pflegerische Versorgung anbieten wollen. Wir fordern bei Vorliegen eines Pflegebedarfs
2913 eine standardisierte und transparente Maßnahmeplanung in Zusammenarbeit der Hilfebedürftigen mit
2914 ÄrztInnen, TherapeutInnen und den Pflegepersonen. Die pflegerischen Maßnahmen müssen
2915 regelmäßig überprüft werden. Um diese Anforderungen gewährleisten zu können, setzen wir uns für
2916 ein angemessenes Pflegegeld und eine bessere Betreuung und Ausbildung der pflegenden
2917 Angehörigen ein. Die Pflegestützpunkte müssen erheblich ausgebaut werden. Ein weiterer
2918 Schwerpunkt ist für uns die Förderung von Gemeinde- oder Quartierspflegekräften, die über
2919 bestehende Hilfebedarfe und die geleisteten Hilfen informiert sind und pflegende Angehörige
2920 unterstützen können.

2921

2922 Zur Wahrung der Wahlfreiheit und Selbstbestimmung der Betroffenen wollen wir das Heimgesetz so
2923 ändern, dass alternative Wohn- und Pflegekonzepte erleichtert werden und so ein würdiges Leben im

2924 Alter abgesichert wird. In allen Einrichtungen soll das Einzelzimmer als individueller Rückzugsraum
2925 und zur Wahrung der Intimsphäre Standard werden.

2926 **Für mündige PatientInnen – Pflegeberatungsstellen ausbauen**

2927 Wir GRÜNE wollen mittelfristig in allen Regionen des Landes unabhängige PatientInnen- und
2928 Pflegeberatungsstellen einrichten, die mit der Arbeit der Selbsthilfekontaktstellen und der
2929 VerbraucherInnenberatung vernetzt werden. Die verschiedenen Unterstützungs- und
2930 Beratungsangebote müssen ausgebaut und besser vernetzt werden. Wir wollen die psychiatrische und
2931 geriatrische Fachpflege stärken und weiterentwickeln, setzen uns für die gesetzliche Festlegung einer
2932 Fachkraftquote ein und schlagen Modellversuche wie präventive geriatrische Hausbesuche vor.

2933 **Pflegenotstand beenden – Pflegeberufe attraktiv gestalten**

2934 Der Pflege- und Gesundheitssektor ist eine Zukunftsbranche. Der Bedarf an professioneller Pflege
2935 wird sich durch die demografische Entwicklung erhöhen. Allerdings fehlt es vielerorts bereits heute an
2936 Fachkräften. Die Arbeitsbedingungen der MitarbeiterInnen in den Gesundheitsberufen wollen wir
2937 deshalb verbessern. Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass die Pflegeberufe gestärkt und die
2938 Interessen der Beschäftigten besser vertreten werden. Daher setzen wir uns für die Einrichtung einer
2939 Pflegekammer ein, die eine Berufsordnung verbindlich festlegt, die Aus-, Fort- und Weiterbildung
2940 bedarfsgerecht regelt und an Gesetzgebungsverfahren beteiligt ist. Eine Pflegekammer schützt die
2941 Bevölkerung vor unsachgemäßer Pflege, liefert durch die Registrierung der Pflegenden verlässliche
2942 Daten über die Versorgung mit Fachpersonal und wirkt dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegen.
2943 Die Ausbildungsumlage in der Altenpflegeausbildung muss wieder eingeführt werden, Ausbildungen
2944 in Teilzeit sollen zu einem Regelangebot werden. Wir wollen die weitere Qualifizierung ausländischer
2945 Pflegekräfte durch Sprachkurse, Anerkennung von Examen und die Förderung von Bildungsstätten
2946 stärken. Verantwortungsvolle Berufe verdienen bessere Arbeitsbedingungen. Wir setzen uns deshalb
2947 für einen allgemeinen Tarifvertrag, einen besseren Personalschlüssel und die Erweiterung des
2948 Ausbildungs- und Studienplatzangebots ein.

2949

2950 Die Weiterbildung ehrenamtlich engagierter Menschen zu Alltagsbegleitern kranker und
2951 pflegebedürftiger Menschen wollen wir fördern und ausbauen. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass
2952 junge Menschen das Freiwillige Soziale Jahr auch im Pflegebereich mit der Möglichkeit der
2953 Anerkennung dieser Zeit bei einer späteren Berufsausbildung absolvieren können. Wir wollen den
2954 Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Pflegebereich erhöhen.

2955 **Würde bis zum Lebensende**

2956 Viele Sterbende haben den Wunsch, ihre letzten Tage und Stunden mit vertrauten Menschen im
2957 gewohnten Lebensumfeld zu verbringen. Die Realität sieht anders aus: Die meisten Menschen sterben
2958 in Institutionen wie Pflegeheimen und Krankenhäusern. Wir wollen ein menschenwürdiges
2959 Lebensende schwerstkranker Menschen sicherstellen und unterstützen den Ausbau der

2960 palliativmedizinischen Versorgung sowie von wohnortnahen Hospizeinrichtungen und Hospizdiensten
2961 für Erwachsene und Kinder.
2962

2963 **Leben in einer inklusiven Gesellschaft – gleichberechtigt, selbstbestimmt,**
2964 **miteinander**

2965 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 2966 • *Umsetzung der Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu einer inklusiven Gesellschaft*
2967 *ohne Ausgrenzung – zusammen mit den Betroffenen.*
- 2968 • *Inklusion statt Leitkultur, um Niedersachsen zu einem erfolgreichen Einwanderungsland zu*
2969 *machen, das sich um Verfolgte kümmert.*
- 2970 • *Entschiedene Bekämpfung jeder Form von Ausgrenzung, Homophobie und anderer Formen*
2971 *gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.*

2972 Wir GRÜNE streiten für ein Gesellschaftsideal, in dem alle Menschen gleichberechtigt und
2973 selbstbestimmt miteinander leben und an allen Aktivitäten selbstverständlich teilhaben können.
2974 Inklusion# erkennt die Individualität und Vielfalt der Menschen mit all ihren Stärken und Schwächen
2975 an. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die frei von Barrieren, Vorurteilen und Diskriminierungen ist.
2976 Dieses Ziel ist für uns eine Querschnittsaufgabe und liegt allen unseren politischen Forderungen und
2977 Konzepten zugrunde. Egal ob im Bereich Bauen und Wohnen, beim Thema Energie, Bildung oder
2978 Demokratie – überall wollen wir Konzepte und Forderungen umsetzen, die alle Menschen
2979 einschließen.

2980 **UN-Behindertenrechtskonvention umsetzen – ein echter Aktionsplan**

2981 Wir GRÜNE streiten für Rahmenbedingungen, die es allen Menschen ermöglichen, so selbstbestimmt
2982 wie möglich zu leben und möglichst eigenständig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.
2983 Hilfsmaßnahmen für Menschen mit Behinderungen müssen am individuellen Bedarf ausgerichtet
2984 werden. Wir setzen auf den Grundsatz „ambulant vor stationär“ und wollen Projekte fördern, die
2985 Menschen mit Behinderungen trotz einer Pflege- oder Betreuungsbedürftigkeit größtmögliche Freiheit
2986 und Eigenständigkeit gewähren. (VERWEIS GESUNDHEIT) Die UN-Behindertenrechtskonvention
2987 ist auch für Niedersachsen verbindlich. Wir wollen gemeinsam mit den Betroffenen die Ziele der
2988 Konvention möglichst schnell umsetzen. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen sollen
2989 bald der Vergangenheit angehören. Wir werden das unterstützte selbstständige Wohnen in der eigenen
2990 Wohnung oder in einer Wohngemeinschaft fördern. Dafür wollen wir Wohnbaumittel einsetzen.
2991
2992 Für uns beginnt Inklusion damit, dass Kinder mit Behinderungen selbstverständlich von Anfang an in
2993 Krippe, Kita und Schule dabei sind. Später muss die Wahl eines passenden Arbeitsplatzes möglich
2994 sein. Hierfür werden wir Integrationsfirmen fördern und das Budget für Arbeit ausbauen. (VERWEIS
2995 BILDUNG)

2996

2997 Das Land muss auch selbst mehr Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Öffentliche
2998 Beratungsangebote sind barrierefrei zu entwickeln. Das gilt auch für öffentliche Internetangebote und
2999 öffentlich-rechtliche Fernsehsender und Rundfunkanstalten. Wir GRÜNE wollen darüber hinaus, dass
3000 das Land verbindliche Regelungen mit den Kommunen und öffentlichen Trägern vereinbart, in denen
3001 klare Zeitangaben für die flächendeckende Einführung von Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden
3002 enthalten sind. Hierbei muss das Land die Kommunen entlasten und ihnen Hilfestellungen geben.

3003 **Gemeinsam in Vielfalt – Einwanderungsgesellschaft gestalten**

3004 Wir GRÜNE wollen den in der Gesellschaft teilweise mit falschen politischen Voraussetzungen und
3005 Annahmen verbundenen Begriff „Integration“ durch den selbstverständlichen gesellschaftspolitischen
3006 Anspruch der Inklusion ersetzen. Alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, sind in ihrer
3007 Vielfältigkeit für unsere Gesellschaft wichtig und bereichernd. Vor diesem Hintergrund bedeutet
3008 Inklusion für uns GRÜNE, dass die Gesellschaft alle Menschen als gleichberechtigt annimmt und
3009 kulturelle Unterschiede achtet. Phantomdebatten über IntegrationsverweigerInnen haben das Klima in
3010 unserer Gesellschaft vergiftet. Rechtliche Gleichstellung und Chancengleichheit müssen Grundlagen
3011 einer inklusiven Gesellschaft sein. Um diese Voraussetzungen zu schaffen, muss in allen Lebenslagen
3012 die gesellschaftliche Teilhabe von Eingewanderten und deren Kindern gefördert werden. (LINK
3013 Initiative Teilhabe- und Informationsgesetz) Einen Begriff wie „Leitkultur“ lehnen wir ab.

3014

3015 Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen müssen sich interkulturell öffnen. Wir brauchen ein
3016 breitgefächertes, mehrsprachiges Angebot mit Informationen zu Teilhabe. Alle Menschen haben das
3017 Recht auf eine gleichberechtigte Beratung im öffentlichen Bereich. Wir GRÜNE wollen verstärkt
3018 Möglichkeiten und Anreize zur gesellschaftlichen Teilhabe schaffen. Wir wollen zudem das Amt der
3019 Inklusionsbeauftragten einführen, die in allen politischen Entscheidungen auf die Einhaltung des
3020 inklusiven Anspruchs achtet. Wir GRÜNE wollen eine finanzielle Unterstützung der MigrantInnen-
3021 Selbstorganisationen und der zahlreichen IntegrationslotsInnen#. Sie leisten eine wichtige Arbeit in
3022 Niedersachsen. Ihr Engagement muss aufgewertet werden.

3023

3024 Auch Kindergärten, Beratungsstellen, Pflege-, Gesundheits- und Behinderteneinrichtungen müssen
3025 sich noch stärker interkulturell öffnen. (VERWEIS KINDER UND JUGEND, GESUNDHEIT) Auch
3026 Bestattungen und seelsorgerische Begleitung müssen differenziert nach verschiedenen religiösen und
3027 kulturellen Hintergründen und Wünschen möglich sein.

3028 **Für eine andere Flüchtlingspolitik – Bleiberecht menschenwürdig reformieren**

3029 Die Flüchtlingspolitik hat sich in den Regierungsjahren von CDU und FDP massiv verschlechtert. Die
3030 schwarz-gelbe Landesregierung hat die durch Bundesrecht ohnehin stark beschnittenen Rechte von
3031 Flüchtlingen noch weiter ausgehöhlt. Grüne Flüchtlingspolitik setzt nicht auf Abschreckung, sondern

3032 kümmert sich um Verfolgte. Wir GRÜNE wollen, dass Niedersachsen Zuflucht gewährt, Hilfe
3033 anbietet und eine adäquate Lebenssituation für Flüchtlinge schafft. (VERWEIS Inneres und Recht)

3034 **Für einen aktiven Antifaschismus und Antirassismus**

3035 Wir GRÜNE setzen uns für Antifaschismus auf allen gesellschaftlichen Ebenen ein. Die Repression
3036 gegen antifaschistisches Engagement muss aufhören. Wir wehren uns entschieden gegen jede Form
3037 von Rassismus, Homophobie, Sexismus, Antisemitismus, Antiziganismus# und andere Formen
3038 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit! (VERWEIS Gegen Nazis und Alltäg. Rassismus)

3039 **Lesben und Schwule**

3040 Auch heute noch werden lesbische und schwule Paare diskriminiert. Unseren Bildungseinrichtungen
3041 kommt eine zentrale Bedeutung zu, dieser Diskriminierung durch entsprechende Unterrichtsinhalte
3042 entgegenzuwirken. Bei der Aus- und Fortbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen müssen
3043 entsprechende Bezüge thematisiert werden. Alle Schulen sollen AnsprechpartnerInnen für das Thema
3044 Homosexualität benennen, die gleichgeschlechtlich orientierten SchülerInnen Orientierung und
3045 Unterstützung zum Beispiel beim Coming-out anbieten.

3046

3047 Die Situation der Schwulen und Lesben, die gerade im ländlichen Raum kaum Orte für eine Beratung
3048 oder den sozialen Austausch haben, wollen wir verbessern. Einerseits werden wir für eine
3049 entsprechende Öffnung aller mit Beratung befassten Träger für Schwule und Lesben sorgen.
3050 Andererseits werden wir die Kommunen dabei unterstützen, eigenverantwortlich auf ihre schwulen
3051 und lesbischen BürgerInnen zuzugehen. Dabei wollen wir kultursensibel vorgehen und auch
3052 Anknüpfungspunkte für Personen mit Migrationshintergrund schaffen. Für uns ist die Aufnahme der
3053 „sexuellen Orientierung“ in den Artikel 3 der Landesverfassung nicht nur Symbolpolitik, sondern ein
3054 wichtiges Bekenntnis der Politik, der sexuellen Diskriminierung aktiv entgegenzutreten. Natürlich
3055 ersetzt diese Feststellung nicht das zivilgesellschaftliche und politische Engagement gegen
3056 Diskriminierung. Sie unterstreicht jedoch den Handlungsbedarf und gibt dieser Aufgabe
3057 Verfassungsrang.

3058

3059 Die bereits vor mehr als zehn Jahren auf den Weg gebrachte Eingetragene Lebenspartnerschaft ist
3060 gegenüber der Ehe und den damit verbundenen Regelungen immer noch stark benachteiligt. Deswegen
3061 setzen wir uns für die vollständige Gleichstellung einschließlich des Adoptionsrechts und der Ehe ein.

3062 **Gender- /Frauenpolitik**

3063 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 3064 • *Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit*
- 3065 • *Mehr Frauen in die Politik, in Führungspositionen und Aufsichtsräte*
- 3066 • *Konsequentes Gender-Mainstreaming und Gender-Budgeting bei allen politischen und*
3067 *gesellschaftlichen Prozessen*

- 3068 • *Gewalt gegen Frauen offensiv begegnen – Zugang zu Hilfseinrichtungen wie Frauenhäusern*
3069 *und Beratungsstellen unabhängig von der Haushaltslage sichern*

3070 Wir GRÜNE setzen uns für eine kritische Auseinandersetzung mit geschlechtsspezifischen
3071 Rollenkonstruktionen ein, die auf „typisch männlichen“ und „typisch weiblichen“ Rollenerwartungen
3072 beruhen. Im Sinne einer geschlechtergerechten Gesellschaft wehren wir uns dagegen, dass Menschen
3073 durch Druck und Diskriminierung in diese Rollenbilder gedrängt werden.

3074 **Gleiche Rechte, gleiche Chancen – Konsequente Frauenpolitik**

3075 Eine Modernisierung der Gesellschaft funktioniert nur mit Geschlechtergerechtigkeit. Gleiche Rechte
3076 und Chancen für Frauen und Männer sind dafür die Voraussetzung. Frauenbiografien sind nicht nur
3077 Mütterbiografien. Chancengerechtigkeit für Frauen ist die Anerkennung ihrer unterschiedlichen
3078 Lebensentwürfe. Diese zu unterstützen, steht im Mittelpunkt GRÜNER Frauenpolitik. Wir GRÜNE
3079 wollen eine Gesellschaft, in der Väter in Elternzeit gehen, ohne als Exoten zu gelten. Wir wollen eine
3080 Gesellschaft, in der Frauen in Führungspositionen streben, ohne an der „gläsernen Decke“# zu
3081 scheitern oder an ihrem Wunsch, Karriere mit einer Familiengründung zu vereinbaren. Das bedeutet
3082 für uns Gleichstellungspolitik.

3083 **Gender-Mainstreaming muss konsequent angewendet werden**

3084 In allen politischen Gesetzesvorhaben und Maßnahmen, auch bei der Verabschiedung des Haushalts
3085 (Gender-Budgeting#), egal ob im Bereich der Innen-, Justiz-, Bildungs-, Wirtschafts-, Finanz- oder
3086 auch der Umweltpolitik, müssen die Auswirkungen auf Frauen und Männer untersucht werden. Ziel
3087 muss es sein, Benachteiligungen rechtzeitig festzustellen und sie auszugleichen. Nur so kann die
3088 rechtliche und gesellschaftliche Gleichstellung der Geschlechter hergestellt werden. Selbstverständlich
3089 gehört für uns dazu auch die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik. Für uns GRÜNE
3090 war es schon immer selbstverständlich, dass mindestens die Hälfte der Abgeordneten weiblich ist. Wir
3091 werden dazu in der kommenden Legislaturperiode des Landtages einen interfraktionellen Vorstoß
3092 initiieren, um eine paritätische Besetzung aller Listen für kommunale Vertretungen und den Landtag
3093 zu erreichen. Eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen sollte auch für die Landesregierung gelten.
3094 Wir werden die Quote der weiblichen Führungskräfte im öffentlichen Dienst erhöhen und in
3095 landeseigenen Unternehmen die Aufsichts- und Verwaltungsräte schrittweise paritätisch besetzen.
3096 Durch eine Änderung der Kommunalverfassung stellen wir die paritätische Besetzung in den Gremien
3097 kommunaler Gesellschaften sicher. Im Bundesrat werden wir uns für ein Gleichstellungsgesetz für die
3098 Privatwirtschaft und für eine schrittweise Einführung einer Frauenquote von 50 Prozent für
3099 Aufsichtsräte und Vorstände von börsennotierten Unternehmen einsetzen. Frauen sind heute so gut
3100 qualifiziert wie nie. In die Vorstandsetagen dringen sie aber viel zu langsam vor. Dabei stehen mehr
3101 Frauen im Top-Management für mehr wirtschaftlichen Erfolg. (VERWEIS WIRTSCHAFT und
3102 Kinder und Jugend)

3103 **Aktiv für Gleichberechtigung!**

3104 Um wirkliche Gleichstellung zu erreichen, bedarf es der Aufwertung und Anerkennung von
3105 Betreuungs-, Erziehungs- und Pflegearbeit. Das Engagement für Kinder und pflegebedürftige
3106 Angehörige muss anerkannt werden und vor allem auch im beruflichen Umfeld Akzeptanz finden.
3107 Männer müssen sich verstärkt der Familie widmen können, Frauen ihren beruflichen Chancen.
3108 Erwerbstätige Mütter und familienorientierte Männer brauchen flexible und moderne
3109 Arbeitszeitmodelle. (VERWEIS WIRTSCHAFT)

3110

3111 Innerhalb des Arbeitsmarktes gibt es nach wie vor tradierte Männer- und Frauendomänen.
3112 Ausbildungswünsche von Mädchen liegen zu 85 Prozent im Bereich der Dienstleistungen, während
3113 Jungen eher den Fertigungsbereich anstreben. Wir fordern mehr Chancengerechtigkeit durch
3114 geschlechtersensible Erziehung, Bildung und Ausbildung mit dem Ziel, den Männeranteil in den
3115 Bildungseinrichtungen und in sozialen Berufen zu erhöhen, um so das geschlechertypische
3116 Berufswahlverhalten junger Menschen zu verändern. (VERWEIS KINDER UND JUGEND)

3117

3118 **Gewalt gegen Frauen entgegenreten**

3119 Auch zehn Jahre nach Einführung des Gewaltschutzgesetzes sind häusliche und sexuelle Gewalt für
3120 viele Frauen bittere Realität. Gewalt innerhalb von Beziehungen tritt in allen sozialen Schichten auf,
3121 unabhängig von sozialem Status, ethnischem Hintergrund, Bildung und Alter. Wir setzen uns für ein
3122 couragiertes Eintreten gegen Gewalt ein. Wir werden dafür sorgen, dass Beratungsstellen für von
3123 Gewalt betroffene Frauen besser ausgestattet werden, um den Opferschutz zu stärken und die
3124 Öffentlichkeit zu sensibilisieren. Wir unterstützen Präventionsmaßnahmen, insbesondere in den
3125 Bereichen Stalking, Frauenhandel, Genitalverstümmelung und Zwangsheirat sowie zum Thema
3126 Missbrauch von K.-o.-Tropfen (VERWEIS GESUNDHEIT).

3127

3128 Die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungsstellen liegt in der Verantwortung des Landes und
3129 wird dort als „freiwillige Leistung“ geführt. Das Prinzip der Freiwilligkeit suggeriert, dass es sich
3130 hierbei um eine zusätzliche und damit im Zweifel entbehrliche Leistung für die Opfer von Gewalt
3131 handelt. Unser Ziel ist es, jeder von Gewalt betroffenen Frau und ihren Kindern unabhängig von ihrem
3132 Einkommen oder ihrem Aufenthaltsstatus den Zugang in ein Frauenhaus zu ermöglichen. Diese
3133 gesellschaftliche Pflichtaufgabe muss auch in Zeiten schwieriger Haushaltslagen erfüllt werden.
3134 Insbesondere Opfer von Frauenhandel, deren Aufenthaltsstatus ungesichert ist, müssen eine juristische
3135 und psychosoziale Beratung sowie gesundheitliche und soziale Versorgung erhalten. Eine engere
3136 Zusammenarbeit der Ermittlungsbehörden der Herkunfts- und Zielländer des Menschenhandels muss
3137 gefördert werden.

3138

3138 **Demokratie, Gesellschaft und Finanzen**

3139 **Mehr direkte Demokratie wagen**

3140 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 3141 • *Mehr direkte Demokratie wagen: Wir wollen mehr Beteiligungsmöglichkeiten – dazu gehört*
- 3142 *auch eine Absenkung des Wahlalters bei Landtags- und Kommunalwahlen auf 14 Jahre.*
- 3143 • *Ein offener und barrierefreier Zugang zu Informationen von öffentlichen Einrichtungen, denn*
- 3144 *Beteiligung setzt Transparenz und Information voraus.*
- 3145 • *Starke Städte, Gemeinden und Landkreise mit ausreichender Beteiligung an den öffentlichen*
- 3146 *Einnahmen und Einfluss auf die lokale Daseinsvorsorge.*
- 3147 • *Kulturelle Vielfalt und ein weltoffenes Niedersachsen. Diskriminierung lehnen wir in jeder*
- 3148 *Form ab und werden deshalb das Bleibe-, Asyl- und Zuwanderungsrecht menschenwürdig*
- 3149 *reformieren.*
- 3150 • *Nazis, menschenfeindlichem Gedankengut, Rassismus und Diskriminierung in jeder Form*
- 3151 *werden wir weiterhin entschlossen entgegenzutreten!*

3152 Die Stärkung der direkten Demokratie und der bürgerlichen Mitwirkungsrechte auf allen staatlichen
3153 Ebenen ist ein wesentlicher Bestandteil einer attraktiven und lebendigen Demokratie und ein Mittel
3154 gegen Staats-, Politik- und Parteienverdrossenheit. Wir GRÜNE wollen deshalb die Möglichkeiten
3155 stärken, sich auf allen Ebenen direkt an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Daher
3156 fordern wir auf Landesebene die Absenkung der Hürden für Volksinitiativen, Volksbegehren und
3157 Volksentscheide und wollen eine Bundesratsinitiative für einen bundesweiten Volksentscheid
3158 initiieren. Wir wollen für Volksentscheide zudem die gleichen Bedingungen einführen wie bei
3159 allgemeinen Wahlen. Schließlich muss die Finanzierung von Kampagnen für Volksentscheide
3160 transparent gemacht werden.

3161

3162 Für BürgerInnenbegehren und BürgerInnenentscheide sollen die Hürden gesenkt werden. Außerdem
3163 sollen BürgerInnenbegehren ab einer gewissen Anzahl an Unterschriften eine aufschiebende Wirkung
3164 für den Inhalt des Begehrens haben. Im kommunalen Bereich wollen wir die Themenfelder, in denen
3165 BürgerInnenentscheide möglich sind, insbesondere auch auf Bauleitpläne erweitern. Wir wollen
3166 zudem eine EinwohnerInnenbefragung ermöglichen – ohne generelle Altersbeschränkung und ohne
3167 Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit.

3168 **Für eine neue Planungs- und Beteiligungskultur**

3169 Eine moderne Demokratie verlangt auch neue Wege der Beteiligung und des Dialogs. Wir wollen,
3170 dass die EinwohnerInnen bei bedeutsamen Infrastrukturvorhaben frühzeitig einbezogen werden, um
3171 Entscheidungsprozesse gut vorzubereiten. Ziel ist es, den Ausgleich zwischen den verschiedenen
3172 Interessen zu erreichen und die Umsetzung, Ausgestaltung und Akzeptanz der Projekte positiv zu

3173 beeinflussen. Wir wollen die BürgerInnenbeteiligung in allen relevanten Bereichen fest verankern und
3174 dafür einen neuen regulatorischen und institutionellen Rahmen schaffen. Zusätzlich streben wir an, das
3175 Landes- und Bundesrecht zu ändern, um erweiterte Beteiligungsverfahren im Planungsrecht zu
3176 installieren.

3177 **Kommunale Gebietsreform? – Ja, aber von unten!**

3178 Ein großer Teil der Landkreise, Gemeinden und Städte in Niedersachsen hat sich in den vergangenen
3179 Jahren zumindest zu einer Metropolregion zusammengeschlossen, um sich im Wettbewerb in einem
3180 Europa der Regionen weiterzuentwickeln. Freiwillige Zusammenschlüsse, wie zwischen dem
3181 Landkreis Hannover und der kreisfreien Stadt Hannover zur Region Hannover, sind bisher leider
3182 Einzelfälle geblieben. Für ein zukunftsfähiges Niedersachsen werden wir GRÜNE auch weiterhin
3183 freiwillige Zusammenschlüsse von Gemeinden und Landkreisen unterstützen und voranbringen.
3184 Wichtig sind uns dabei gewachsene und im breiten Konsens erarbeitete Strukturen, die das Ziel haben,
3185 die soziale und wirtschaftliche Infrastruktur einer Region im fairen Interessenausgleich gemeinsam
3186 sicherzustellen. Es darf also nicht um einen „vergoldeten Zukunftsvertrag“ für wenige gehen. Breit
3187 getragene Strukturen der Zusammenarbeit werden wir von der Landesebene aus rechtlich und
3188 organisatorisch unterstützen. Das grundsätzliche Interesse und die Bereitschaft zur Kooperation
3189 müssen jedoch zuvor lokal wachsen. (Verlinkung Beschlusspapier LDK Mindestanforderungen)

3190 **Interkommunale Zusammenarbeit stärken**

3191 Die Herausforderungen, vor denen die Kommunen stehen, werden immer größer. Die interkommunale
3192 Zusammenarbeit ist ein Weg, um Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln. Außerdem ist sie in
3193 wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine Chance für kleinere Gemeinden, ihre lokale Identität zu
3194 erhalten. Wir GRÜNE wollen den rechtlichen Rahmen für unterschiedliche Formen der kommunalen
3195 Kooperation überarbeiten und möglichst einheitlich ausgestalten. Dabei sind für uns die
3196 kommunalpolitische Einbindung, Transparenz und demokratische Kontrolle dieser Zusammenarbeit
3197 von entscheidender Bedeutung.

3198 **Für finanziell starke Kommunen!**

3199 Wir wollen starke Städte, Gemeinden und Landkreise, die in der Lage sind, die Herausforderungen der
3200 Zukunft mit innovativen Lösungen zu meistern. Dazu benötigen die Kommunen eine ausreichende
3201 Beteiligung an den Steuereinnahmen und auch bestimmenden Einfluss auf die wichtigen
3202 Aufgabenfelder der lokalen Daseinsvorsorge.

3203

3204 Für uns GRÜNE ist eine fortlaufende Gebührenerhöhung nicht die Lösung der strukturellen
3205 Finanzprobleme der Städte und Gemeinden. Wir machen uns deshalb für eine aufgabengerechte und
3206 verlässliche Finanzausstattung der Kommunen stark. Wir fordern eine Ergänzung der in Artikel 28 des
3207 Grundgesetzes aufgeführten Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen. Darin muss
3208 verfassungsrechtlich auf Bundes- und Landesebene eine Mindestfinanzausstattung der Kommunen

3209 festgeschrieben werden. Außerdem muss der Ausgleich für Mehrbelastungen bei zusätzlichen
3210 Aufgabenübertragungen präzisiert werden. Eine Gemeindefinanzreform soll den Kommunen wieder
3211 neue finanzielle Spielräume geben und die vorhandenen Steuern (Gewerbe- und Grundsteuern) durch
3212 weitere Bemessungsgegenstände erweitern und modernisieren. Die Übertragung von Aufgaben vom
3213 Land auf die Kommunen darf nur mit entsprechender Mittelausstattung erfolgen (Konnexität#). Auch
3214 auf Bundesebene wollen wir durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer,
3215 durch eine weitestgehende Abschaffung des Ehegatten-Splitting# und durch einen höheren
3216 Bundesanteil bei den sozialen Kosten (z. B. Kosten der Unterkunft) die Finanzkraft der Kommunen
3217 stärken.

3218 **Wissen ist Macht – Freier und unabhängiger Informationszugang für alle**
3219 Beteiligung setzt Transparenz voraus. Jeder Mensch muss deshalb einen Rechtsanspruch auf
3220 Informationen durch die Landesbehörden erhalten, ohne hierfür ein besonderes Interesse vorweisen zu
3221 müssen. Angesichts der wachsenden Informationsmacht der Behörden setzen wir GRÜNE uns für ein
3222 Landesinformationsfreiheitsgesetz ein, damit Niedersachsen bei Transparenz und Teilhabe nicht
3223 länger hinterherhinkt. (VERWEIS Medien/Antrag Landtagsfraktion) Für uns ist der Staat in der
3224 Bringschuld, den freien Zugang zu Informationen von öffentlichen Einrichtungen zu gewährleisten
3225 und staatliches Handeln für BürgerInnen transparent zu gestalten. Behörden sollen ein Register über
3226 sämtliche vorhandenen Daten veröffentlichen – egal ob diese vertraulich sind oder nicht. Daten von
3227 allgemeinem Interesse sollen die Behörden von sich aus veröffentlichen (Open Data#). Die
3228 Nichtveröffentlichung bedarf der ausdrücklichen Begründung im Einzelfall und muss zeitlich befristet
3229 werden. (LINK LDK Beschluss Netzpolitik)

3230
3231 Wir GRÜNE wollen auch die politische Arbeit im Landtag transparenter gestalten. Dazu werden wir
3232 als Erstes den Ausschluss der Öffentlichkeit bei normalen Ausschusssitzungen beenden. Auf GRÜNE
3233 Initiative haben wir erreicht, dass mittlerweile alle Plenarsitzungen per Live-Stream im Internet
3234 übertragen werden. Dies wollen wir auch für alle Ausschüsse, insbesondere Untersuchungsausschüsse,
3235 erreichen, um die Möglichkeiten zur Kontrolle des Landesparlaments durch die BürgerInnen zu
3236 verbessern und Interessierte über die Parlamentsarbeit zu informieren. Ältere Sitzungsmitschnitte
3237 sollen in einem über das Internet öffentlich abrufbaren Video-Archiv vorgehalten werden. Ebenso
3238 brauchen wir mehr Transparenz in den Kreisen, Städten und Gemeinden. Wir wollen die
3239 niedersächsische Kommunalverfassung dahingehend ändern, dass alle Entscheidungen in den
3240 kommunalen Vertretungen, die nicht der Vertraulichkeit unterliegen, in öffentlicher Sitzung behandelt
3241 und beschlossen werden müssen. Die Internetseite des Landtages und insbesondere das Dokumenten-
3242 Suchsystem müssen verbessert und übersichtlicher gestaltet werden. Der Landtag soll eine eigene
3243 Kinder-Internetseite einführen, auf der parlamentarische Arbeit einfach und verständlich dargestellt
3244 wird. Selbstverständlich muss die Webseite des Landtages barrierefrei gestaltet werden.
3245

3246 Der Deutsche Bundestag hat sehr gute Erfahrungen mit dem Instrument der E-Petition gemacht. Wir
3247 fordern für den niedersächsischen Landtag ebenfalls ein E-Petitions-System, um die
3248 Beteiligungsmöglichkeiten der Menschen zu verbessern. Grundlagen politischer Entscheidungen und
3249 Debatten sind häufig statistische Daten und Fakten. Umso wichtiger ist es, dass diese Daten möglichst
3250 unabhängig und neutral erhoben, analysiert und veröffentlicht werden. Deshalb setzen wir uns dafür
3251 ein, dass der Bereich der Landesstatistik aus dem Innenministerium und damit der direkten Weisung
3252 des Innenministers ausgegliedert wird. Die Organisationsform der Landesstatistik soll gesetzlich
3253 festgelegt und als eigenes Statistisches Landesamt direkt dem Landtag unterstellt werden.

3254 **Mehr Demokratie wagen – Wahlmöglichkeiten ausweiten!**

3255 Wir wollen das Wahlrecht modernisieren. Das aktive Wahlrecht für Landtags- und Kommunalwahlen
3256 wollen wir auf 14 Jahre absenken. Durch einen Umzug darf das Wahlrecht nicht verfallen. Deshalb
3257 wollen wir die Frist, die Menschen in einer Kommune gewohnt haben müssen, um dort wahlberechtigt
3258 zu sein, von drei Monaten auf einen Monat verkürzen. Außerdem werden wir bei der Direktwahl von
3259 BürgermeisterInnen und LandrätInnen die Stichwahl einführen, damit tatsächlich sichergestellt ist,
3260 dass die gewählte Person eine Mehrheit der WählerInnen hinter sich hat. Darüber hinaus wollen wir
3261 die Wahlperiode der LandrätInnen und BürgermeisterInnen wieder auf fünf Jahre reduzieren. Das
3262 Quorum zur Einleitung eines Abwahlverfahrens soll von drei Viertel auf zwei Drittel der Mitglieder
3263 des kommunalen Selbstverwaltungsorgans gesenkt werden. Auch BürgerInnen soll es künftig möglich
3264 sein, ein Abwahlverfahren einzuleiten..

3265

3266 Die Integrationspolitik von Schwarz-Gelb endet regelmäßig dort, wo es darum geht, MigrantInnen
3267 Rechte an die Hand zu geben. Das wollen wir ändern. Viele MigrantInnen, die seit Jahren in
3268 Deutschland leben, müssten zur politischen Beteiligung die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen
3269 und gleichzeitig ihre eigene Staatsangehörigkeit aufgeben. Wir halten den Zwang, sich für eine
3270 Identität entscheiden zu müssen, für falsch. Wir GRÜNE wollen Mehrstaatigkeit zulassen und fordern
3271 die Abschaffung des so genannten Optionszwanges# für junge Erwachsene. Auch wollen wir mit einer
3272 Bundesratsinitiative eine Grundgesetzänderung im Sinne eines Kommunal- und Landeswahlrechts für
3273 Nicht-EU-AusländerInnen erreichen.

3274 **Zuwanderung erleichtern**

3275 Die Zuwanderung muss deutlich erleichtert werden. Wir setzen uns deshalb für ein Gesetz ein,
3276 welches die Zuwanderung mit realistischen und realisierbaren Anforderungen regelt. Menschen, die
3277 bereits in Deutschland gearbeitet haben und anschließend in ihr Herkunftsland zurückreisen, um dort
3278 ihre Erfahrungen einzubringen, wollen wir eine Wiedereinreise ohne bürokratische Hürden
3279 ermöglichen.

3280 **Flüchtlinge schützen – Menschenrechte wahren**

3281 Wir GRÜNE wollen für die Zehntausenden Menschen, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die
3282 teilweise seit Jahren in Niedersachsen nur geduldet sind und tagtäglich mit ihrer Abschiebung rechnen
3283 müssen, ein bundesweit wirksames humanitäres Bleiberecht schaffen. Dabei darf es nicht
3284 Voraussetzung eines solchen Bleiberechts sein, dass die Betroffenen ihren Lebensunterhalt selbst
3285 sichern können. Auch wenn die aufenthaltsrechtliche Gesetzgebung auf Bundesebene stattfindet,
3286 werden wir weiter dafür streiten, dass alle landespolitischen Spielräume für eine humanitäre
3287 Flüchtlingspolitik ausgeschöpft werden. Das gilt auch für Weisungen des Landes an die Kommunen.
3288 Die niedersächsischen Ausländerbehörden müssen ihren Integrationsauftrag erfüllen und
3289 Beratungsstellen für die Anliegen der Menschen werden, die in Niedersachsen um eine
3290 Aufenthaltserlaubnis ersuchen.

3291 Auch das Recht auf Schutz und Fürsorge für minderjährige, unbegleitet eingereiste Flüchtlinge darf
3292 nicht vom Aufenthaltsstatus abhängig sein. Für sie ist die Situation besonders dramatisch, da sie mit
3293 16 Jahren in Deutschland schon wie Erwachsene behandelt werden. Sie müssen zum Teil in
3294 Sammelunterkünften leben, haben keinen gleichberechtigten Zugang zu Bildungseinrichtungen oder
3295 beruflicher Qualifizierung und können sogar in Abschiebehaft genommen werden. Die UN-
3296 Kinderrechtskonvention muss für alle Kinder gelten – auch für Flüchtlinge.

3297
3298 Die Abschiebep Praxis der schwarz-gelben Landesregierung ist unmenschlich! Die Abschiebehaft
3299 wollen wir abschaffen. Stattdessen soll eine Meldepflicht für von der Abschiebung betroffene
3300 Menschen eingeführt werden. Die Abschiebung kranker Menschen, insbesondere in Länder, in denen
3301 eine ausreichende medizinische Versorgung ungewiss ist, muss aufhören. Angehörige von ethnischen
3302 Minderheiten benötigen besonderen Schutz. Die von der schwarz-gelben Landesregierung
3303 durchgeführten Abschiebungen – insbesondere von Roma – in den Kosovo und nach Serbien sind
3304 nicht zu verantworten. Wir GRÜNE fordern eine echte Härtefallkommission, die ihrem humanitären
3305 Auftrag gerecht wird. Sie muss ein unabhängiges Gremium sein, das eine Empfehlung für eine
3306 Aufenthaltserlaubnis für abgelehnte AsylbewerberInnen an den Innenminister aussprechen kann, wenn
3307 dringende humanitäre oder persönliche Gründe vorliegen. Mit einem Härtefallkommissionsgesetz
3308 wollen wir GRÜNE sicherstellen, dass die Kommission organisatorisch aus dem Innenministerium
3309 ausgegliedert wird, so dass ein unabhängiges Arbeiten gewährleistet ist und diskriminierende
3310 Ausschlussgründe verhindert werden können. Ledigkeitsbescheinigungen# aus den Herkunftsländern
3311 sollen auch durch eidesstattliche Erklärungen ersetzt werden können.

3312
3313 Niedersachsen muss zudem seinen internationalen Verpflichtungen zur Aufnahme von Flüchtlingen
3314 gerecht werden (Resettlement-Programm#). Außerdem setzen wir uns für die Einrichtung von Zentren
3315 zur Bewältigung von Folter und traumatischen Erfahrungen für Flüchtlinge ein. Wir GRÜNE wollen,
3316 dass Flüchtlinge nicht mehr unter katastrophalen Bedingungen in Massenunterkünften leben müssen,
3317 um dort auf die Entscheidung über ihre Anträge zu warten. Wir wollen, dass diese Lager sofort

3318 abgeschafft und Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden dezentral untergebracht werden, so dass es
3319 ihnen möglich ist, soziale Kontakte zu knüpfen und sich in die Gesellschaft zu integrieren.
3320 AsylbewerberInnen sollen Bargeld anstelle von Wertgutscheinen für die Güter des täglichen Bedarfs
3321 bekommen. Ferner fordern wir die Einführung der Schulpflicht für alle Flüchtlingskinder. Auch
3322 müssen alle in Deutschland lebenden Menschen Zugang zu medizinischer Hilfe haben. (VERWEIS
3323 Inklusion und Gesundheit)

3324 **Nazis und menschenfeindlichem Gedankengut konsequent entgegenzutreten**

3325 Wir GRÜNE stellen uns auf allen Ebenen konsequent nazistischen Tendenzen entgegen. Wir wollen
3326 die Maßnahmen und Strukturen, die es in Niedersachsen im Kampf gegen Nazis gibt, bündeln und
3327 stärken. Es muss klare, einheitliche Zuständigkeiten und AnsprechpartnerInnen für die
3328 Zivilgesellschaft geben. Wir lehnen die „Extremismusklausel“ bei der Förderung
3329 zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Nazis ab. Wer sich gegen Nazis engagiert, der darf nicht unter
3330 antidemokratischen Generalverdacht gestellt werden. Im Gegenteil werden wir dafür sorgen, dass
3331 antifaschistisches Engagement gefördert und gewürdigt wird. Darüber hinaus fordern wir ein
3332 Landesprogramm gegen Rechts für Demokratie und Menschenrechte. (LINK Antrag Landtag: Ein
3333 Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte)

3334

3335 Wir GRÜNE wollen, dass die Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen
3336 Gewaltherrschaft lebendig bleibt und nicht in den Geschichtsbüchern verschwindet. In Schulen,
3337 Bildungsstätten, Kommunen und insbesondere an allen historisch wichtigen Orten und Gedenkstätten
3338 muss immer wieder auf die menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus aufmerksam
3339 gemacht werden.

3340

3341 Die Fortbildungsangebote für Polizei und Justiz zum Erkennen von nazistischen Strukturen und
3342 Strategien wollen wir ausbauen. Wir wollen auf Bundesebene die Voraussetzungen für ein
3343 erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren schaffen. Nicht zuletzt seit der Mordserie der Naziorganisation
3344 NSU wird deutlich, dass der Einsatz von V-Leuten innerhalb der rechten Szene Nazistrukturen eher
3345 finanziell aufbaut als verhindert.

3346 **Alltäglichem Rassismus und Diskriminierung entgegenzutreten**

3347 Den geistigen Nährboden für Nazis bildet auch der alltägliche Rassismus, Nationalismus,
3348 Antisemitismus, Antiziganismus und Chauvinismus in der Mitte der Gesellschaft. Solche
3349 Einstellungen werden wir GRÜNE niemals akzeptieren. Die Vorgaben des Allgemeinen
3350 Gleichbehandlungsgesetzes – zum Beispiel zur Einrichtung von betrieblichen Antidiskriminierungs-
3351 Beauftragten – wollen wir konsequent in allen Behörden und Betrieben des Landes sowie in
3352 Unternehmen mit Beteiligung des Landes umsetzen. Antidiskriminierungs-Arbeit muss eine
3353 Querschnittsaufgabe im Land werden. Nach Vorbild des Bundes und der Landeshauptstadt Hannover
3354 wollen wir außerdem eine Landes-Antidiskriminierungs-Stelle einrichten, an die sich alle wenden

3355 können, die im Alltag Opfer von Diskriminierung werden. Wir wollen die Sensibilisierung für
3356 Menschenrechte und Diskriminierung in Schulen und in der Ausbildung von Landesbediensteten
3357 verankern. Das von der Polizei praktizierte Racial Profiling# lehnen wir ab. Außerdem sprechen wir
3358 uns ausdrücklich gegen verdachtsunabhängige Kontrollen in Moscheen aus.

3359 **Korruption bekämpfen**

3360 Korruption schadet der Wirtschaft und dem Vertrauen in staatliche Institutionen. Neben der
3361 Korruptionsprävention durch ein Informationsfreiheitsgesetz wollen wir ein Norddeutsches
3362 Korruptionsregister und ein Landes-Korruptionsbekämpfungsgesetz einführen. Wir wollen Sponsoring
3363 und Spenden an Parteien und staatliche Institutionen begrenzen und transparenter gestalten.

3364 **Schluss mit dem Regierungsfilz – Lobbyismus begrenzen!**

3365 Der Austausch von Politik und InteressenvertreterInnen ist wichtig für eine funktionierende
3366 Demokratie. Der Einfluss durch Lobbyismus auf politische Entscheidungsprozesse hat allerdings so
3367 stark zugenommen, dass wir Lobbyismus begrenzen und transparenter machen müssen. Gerade nach
3368 den Affären der Landesregierung im Zusammenhang mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Wulff,
3369 dem für Parteispenden an die Regierungspartei CDU genutzten „Club 2013“# und dubiosen
3370 Wirtschaftsförderungen an ParteifreundInnen bedarf es eines grundsätzlich neuen und transparenten
3371 Stils zwischen Wirtschaft und Politik. Auftritte oder Handlungen von MinisterInnen dürfen nicht
3372 käuflich sein. Einen privilegierten Zugang für Parteifreunde etwa bei Förderentscheidungen darf es
3373 nicht geben.

3374

3375 Weiter fordern wir ein verpflichtendes Lobbyregister, in dem sämtliche Verbände, Lobby-Agenturen
3376 sowie selbstständige LobbyistInnen verzeichnet sein müssen, die in der Politikberatung tätig sind.
3377 Außerdem müssen Angaben zu AuftraggeberInnen, KundInnen, Finanzquellen, Budgets und
3378 Arbeitsthemen gemacht werden. Dazu gehört auch, die Sponsoring-Regeln zu verschärfen, um jede
3379 Form indirekter Parteienfinanzierung oder Regierungsbeeinflussung öffentlich zu machen.

3380

3381 Wir GRÜNE fordern die Einführung eines „Karenzzeit-Modells“. Dieses sieht vor, dass Menschen,
3382 die ein hohes politisches Amt innehatten, anschließend für eine gewisse Zeit keine bezahlte
3383 Lobbytätigkeit oder Arbeit in der Interessenvertretung oder im Aufsichtsrat von
3384 Wirtschaftsunternehmen ausführen dürfen. Diese „Abkühlungsphase“ soll verhindern, dass
3385 AmtsträgerInnen ihre Kenntnisse von Abläufen und Vorgängen in den Ministerien nach ihrer Amtszeit
3386 zu ihrem Vorteil oder zum Vorteil bestimmter Unternehmen missbrauchen. Zudem kann leicht der
3387 Eindruck entstehen, dass zukünftige ArbeitgeberInnen Entscheidungen in der Amtszeit beeinflusst
3388 haben. Die Karenzzeit soll für MinisterpräsidentIn, MinisterInnen sowie StaatssekretärInnen in den
3389 Ministerien gelten.

3390

3391 **Innenpolitik und Recht**

3392 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 3393 • *Ungehindertes Zugang zur Justiz, Anspruch auf einen effektiven Rechtsschutz und*
- 3394 *Rechtssicherheit für alle BürgerInnen*
- 3395 • *Ausreichende finanzielle Ausstattung der Justiz, damit sie ihre Aufgaben unabhängig und*
- 3396 *bürgernah wahrnehmen kann*
- 3397 • *Ein niedersächsischen Polizeigesetz, das die Grundrechte achtet*
- 3398 • *Achtung der Privatsphäre und Aufwertung des Datenschutzes*

3399 **Für eine gerechte, gut ausgestattete und unabhängige Justiz**

3400 Die Justiz hat eine wichtige Bedeutung für das Funktionieren unserer Demokratie und des
3401 Rechtsstaates. Die BürgerInnen haben einen Anspruch auf ungehinderten Zugang zur Justiz, effektive
3402 Gewährung von Rechtsschutz und Rechtssicherheit. Die Justiz darf nicht kaputtgespart werden. Wir
3403 wollen die Unabhängigkeit der Justiz in Niedersachsen stärken. Wir streben eine Selbstverwaltung der
3404 Gerichte an und setzen uns dementsprechend für eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes ein.
3405 Das externe Weisungsrecht für Staatsanwälte im Einzelfall muss abgeschafft werden. Wir GRÜNE
3406 wollen die Strukturen in der Justiz sowie die Anzahl der Gerichte auch vor dem Hintergrund des
3407 demografischen Wandels kritisch überprüfen und geänderten Erfordernissen und Belastungen
3408 anpassen. Dabei muss sichergestellt sein, dass es in allen Regionen Niedersachsens – auch im
3409 ländlichen Raum – einen effektiven Zugang zur Justiz gibt.

3410

3411 Wir wollen das Widerspruchsverfahren# als bürgerfreundlichen, kostengünstigen und effektiven
3412 Rechtsbehelf wieder einführen. Eine Privatisierung des GerichtsvollzieherInnen-Wesens lehnen wir
3413 ab. Der Staat muss hier weiter als unabhängiger Sachwalter Verantwortung übernehmen.
3414 Der Zugang zu Recht und Justiz muss allen Menschen offenstehen, unabhängig von ihrer finanziellen
3415 Situation. Deshalb lehnen wir GRÜNE eine Einschränkung der Beratungs-, Prozesskosten- und
3416 Verfahrenskostenhilfe ab. Sozialgerichtsverfahren müssen weiterhin grundsätzlich gerichtskostenfrei
3417 bleiben.

3418

3419 Neben der unverzichtbaren klassischen Justiz gibt es in Niedersachsen mittlerweile eine etablierte
3420 Kultur von Mediation und auch von Projekten zum „Täter-Opfer-Ausgleich“. Diese alternativen
3421 Formen der Streitbeilegung wollen wir ausbauen und stärken. Justizpolitik darf sich nicht allein auf
3422 die TäterInnen konzentrieren. In Niedersachsen gibt es mit der Stiftung Opferhilfe seit Jahren eine
3423 Institution, die sich erfolgreich und engagiert der Unterstützung von Opfern von Straftaten widmet.
3424 Wir wollen deren Arbeit weiter unterstützen und ausbauen.

3425

3426 **Justizvollzug weiterentwickeln – Keine weitere Privatisierung im Strafvollzug**

3427 Die Bediensteten im Justizvollzug leisten eine engagierte Arbeit für die Resozialisierung der
3428 Inhaftierten und damit auch für die Sicherheit der Bevölkerung. Justizvollzug ist für uns eine rein
3429 staatliche Aufgabe. Bisherige Projekte mit privater und öffentlicher Beteiligung (PPP#) im Bereich
3430 von Gefängnissen waren stets teurer als vergleichbare staatliche Gefängnisse. Wir lehnen
3431 Privatisierungen im Bereich des Justizvollzuges ab. Wir wollen prüfen, ob die Verträge zum Bau und
3432 Betrieb der teilprivatisierten Justizvollzugsanstalt Bremervörde zu vertretbaren Bedingungen
3433 gekündigt werden können. Sollte dies nicht der Fall sein, werden wir jedenfalls strikt auf der
3434 Einhaltung der Standards für Inhaftierte und Bedienstete beharren.

3435
3436 Wir wollen Haftvermeidungsprogramme ausbauen – gerade bei ErsttäterInnen und leichteren Delikten.
3437 Programme wie „Schwitzen statt Sitzen“, bei dem Menschen gemeinnützige Arbeit verrichten statt
3438 Freiheitsstrafen abzusitzen, müssen fortgeführt und ausgebaut werden. Außerdem sollen
3439 Bewährungshilfen mit ausreichenden Mitteln ausgestattet werden, um bei der Erfüllung von
3440 Bewährungsauflagen wirklich helfen zu können. Zudem muss die Fallbelastung der
3441 BewährungshelferInnen reduziert werden. Der offene Vollzug muss wieder Vorrang vor dem
3442 geschlossenen Vollzug bekommen. Der Übergang aus der Haft in die Freiheit muss weiter verbessert
3443 werden. Denn oberstes Ziel des Strafvollzugs muss die Resozialisierung der Gefangenen sein. Dazu
3444 wollen wir Aus- und Freigänge erleichtern und ausbauen. Bildung ist eine weitere
3445 Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Resozialisierung. Wir fordern deshalb den massiven Ausbau
3446 der Bildungsangebote und die Verbesserung der Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten im
3447 Strafvollzug. Die Möglichkeit, Fernstudiengänge aufzunehmen, muss ausgeweitet werden. Die
3448 Sozialarbeit im Justizvollzug muss gestärkt und ausgebaut werden. Des Weiteren ist verstärkt auf
3449 interkulturelle Sensibilität im Strafvollzug zu achten. Wir wollen das Niedersächsische
3450 Justizvollzugsgesetz grundlegend überprüfen und Gefangenenrechte stärken. Die Zentralisierung des
3451 Justiz-Sozialdienstes wollen wir kritisch bewerten.

3452
3453 Wir fordern, Besuchszeiten und Besuchsregelungen möglichst großzügig zu gestalten und
3454 auszuweiten, da die Pflege von sozialen Kontakten eine wichtige Voraussetzung für die
3455 gesellschaftliche Eingliederung nach Beendigung einer Haftstrafe darstellt. Die
3456 Gesundheitsversorgung im Gefängnis muss soweit wie möglich an die Situation außerhalb des
3457 Strafvollzugs angepasst werden. Wir wollen eine ausreichende Medikamentenversorgung und ein
3458 vollständiges Angebot medizinischer Leistungen auch im Strafvollzug. (VERWEIS GESUNDHEIT)

3459 **Reform des Verfassungsschutzes – mehr Transparenz**

3460 Der Verfassungsschutz hat im Zuge der Aufklärung der NSU-Morde massiv an Glaubwürdigkeit
3461 verloren. Für uns GRÜNE ist eine Konsequenz aus diesen und anderen Ereignissen, dass ein
3462 Inlandsgeheimdienst in einer Demokratie – wenn überhaupt – nur unter strengen Voraussetzungen

3463 akzeptabel ist. Der Verfassungsschutz arbeitet zurzeit in einer rechtlichen Grauzone ohne ausreichende
3464 Kontrollmechanismen und -gremien. Eine tief greifende Reform auf Bundes- und auf Länderebene ist
3465 daher dringend erforderlich. Dazu gehört eine umfassende Aufgabenkritik sowie die Rücknahme der
3466 von Schwarz-Gelb vorgenommenen Personalaufstockungen in den letzten Jahren. Die
3467 parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes durch den Landtag muss dringend gestärkt
3468 werden. Wir wollen verbesserte Minderheiten- und Akteneinsichtsrechte des Kontrollausschusses des
3469 Niedersächsischen Landtages zur Überwachung des Verfassungsschutzes.

3470

3471 Die Arbeit des Verfassungsschutzes, insbesondere die Verfassungsschutzberichte, müssen sich
3472 zukünftig an wissenschaftlichen und rechtsstaatlichen Kriterien orientieren und nicht an ideologischen
3473 Vorgaben der Landesregierung. Wir GRÜNE fordern objektive Verfassungsschutzberichte und keine
3474 pauschalen Verdächtigungen und Überprüfungen friedlicher AktivistInnen aus dem linken Spektrum.
3475 Die Beobachtung der Partei „Die Linke“ muss sofort eingestellt werden. Die dem Verfassungsschutz
3476 zur Verfügung stehenden Instrumentarien gehören auf den Prüfstand und müssen reduziert werden.
3477 Der sogenannte „große Lauschangriff“[#] ist nicht nur wegen seiner Erfolglosigkeit zu streichen,
3478 sondern auch weil er ein schwerer Eingriff in das Grundrecht auf Unverletzlichkeit der Wohnung ist.
3479 Der Verfassungsschutz hat in der Bildungsarbeit nichts verloren. Deshalb werden wir GRÜNE uns
3480 dafür einsetzen, dass der Verfassungsschutz weder an Schulen noch über Broschüren zur
3481 Aufklärungsarbeit eingesetzt wird.

3482 **Reform des Polizeigesetzes**

3483 Das Niedersächsische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (Nds.SOG[#]) hat
3484 Niedersachsen nicht sicherer gemacht. In einem Gesetz für die öffentliche Sicherheit hat der
3485 unbestimmte und weit auslegbare Rechtsbegriff der „öffentlichen Ordnung“ als Begründung für
3486 weitreichende Eingriffsbefugnisse der Ordnungsbehörden nichts zu suchen. Wir GRÜNE wollen eine
3487 Reform des Polizeigesetzes umsetzen. Dazu gehört die Streichung des unklaren Begriffes „öffentliche
3488 Ordnung“.

3489

3490 Das niedersächsische Polizeigesetz muss von den Angriffen auf die Grundrechte der BürgerInnen
3491 befreit werden. Die Höchstdauer der Freiheitsentziehung muss nach der Erhöhung im Jahr 2003 von
3492 vier auf zehn Tage wieder deutlich gesenkt werden. Die Verlängerung der Gewahrsamsdauer – die
3493 sogenannte „Lex Gorleben“ – muss wieder zurückgenommen werden. Anlasslose Kontrollen sind vor
3494 dem Hintergrund der verfassungsrechtlich verbürgten Grund- und Freiheitsrechte kritisch zu
3495 hinterfragen. Hier ist besonders das Racial Profiling[#] zu kritisieren.

3496

3497 Wir GRÜNE wollen den Schutz der Privatsphäre stärken und die Datenschutzregeln überarbeiten. Das
3498 Bundesverfassungsgericht hat einen absoluten Schutz, insbesondere bei der Onlinedurchsuchung,
3499 angemahnt, den wir GRÜNE in Niedersachsen umsetzen wollen. Unkontrollierte Spionage-Software

3500 hat auf unseren Computern nichts zu suchen! Das Erfassen öffentlicher Orte mit permanenter
3501 Videoüberwachung und die damit verbundene Erhebung personenbezogener Daten zu jeder Tages-
3502 und Nachtzeit wollen wir einschränken. Sie darf nur auf einer verfassungsrechtlich sauberen
3503 Grundlage eingesetzt werden.

3504

3505 Die geänderten und neu hinzugekommenen Spezialermächtigungen im Nds.SOG# zur Datenerhebung
3506 und Überwachung der Telekommunikation gehören auf den Prüfstand. Nicht alles, was technisch
3507 möglich ist, muss zur Anwendung kommen.

3508 **Für eine bürgernahe Polizei**

3509 Für PolizeibeamtInnen müssen ausreichend Fortbildungsmöglichkeiten, unter anderem im Bereich der
3510 interkulturellen Kompetenz, angeboten werden. Wir GRÜNE wollen die Anzahl der MigrantInnen im
3511 Polizeidienst in den kommenden Jahren weiter erhöhen. Dies soll mit gezielten Werbemaßnahmen an
3512 Schulen und Job-Börsen geschehen. Zurzeit sind im Polizeidienst nur knapp ein Viertel Frauen
3513 beschäftigt. Daher wollen wir gezielt Frauen für die Polizei anwerben. Um den Polizeidienst
3514 familienfreundlicher zu gestalten, ist eine Änderung der tradierten Arbeitsbedingungen, der Ausbau
3515 von Kinder- und Pflegebetreuung und eine Förderung von flexibleren Arbeitszeiten und
3516 Teilzeitarbeitsplätzen überfällig. Das bestehende Audit Beruf und Familie# muss flächendeckend
3517 intensiv weiter vorangetrieben werden. Ein besonderes Augenmerk grüner Politik liegt auch im
3518 Bereich der Gesundheitsvorsorge und der Herausforderung des Älterwerdens im Polizeidienst.

3519

3520 Wir GRÜNE fordern seit langem eine unabhängige Beschwerdestelle mit unabhängigen
3521 Untersuchungsmechanismen. Es ist äußerst bedenklich, dass in Bund und Ländern Vorwürfe gegen
3522 Polizeibeamte nur von der Staatsanwaltschaft und der Polizei aufgeklärt werden. Laut Amnesty
3523 International hat selbst der UN-Ausschuss gegen Folter die Einsetzung einer außerhalb des
3524 Polizeiapparates angesiedelten Beschwerdestelle für Deutschland in Bund und Ländern gefordert. Wir
3525 lassen auch bei der Identifizierbarkeit nicht locker: Zur Polizeiuniform gehört nicht nur freiwillig,
3526 sondern verpflichtend eine Kennzeichnung. Es muss eine Selbstverständlichkeit sein, dass die
3527 Identifizierung von PolizistInnen sichergestellt ist.

3528 **Demonstrieren ist ein Grundrecht**

3529 Niedersachsen hat seit Februar 2011 ein eigenes Versammlungsgesetz und sich somit von dem
3530 bundesweit einheitlichen Versammlungsrecht verabschiedet. Das Versammlungsgesetz von CDU und
3531 FDP schränkt die Rechte von Veranstaltungs-OrganisatorInnen und -teilnehmerInnen ein. Der Staat
3532 hat mehr Rechte zur Überwachung und Auflösung von Versammlungen erhalten. Erschreckend ist vor
3533 allem die Liste der möglichen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten, durch die die OrganisatorInnen
3534 und TeilnehmerInnen von Veranstaltungen kriminalisiert werden können. Großflächige
3535 Personenkontrollen, bei denen sämtliche TeilnehmerInnen beim Zugang zu Demonstrationen
3536 kontrolliert werden, sind nicht verhältnismäßig und werden von uns abgelehnt. Ebenso muss das

3537 willkürliche Abfilmen ganzer Demonstrationzüge aufhören. Wir lehnen darüber hinaus den Einsatz
3538 von ZivilpolizistInnen auf Demonstrationen ab. Zudem muss es allen Menschen möglich sein, zu
3539 erfahren, welche Informationen bei der Polizei über sie vorliegen. Der Datenschutz muss sowohl für
3540 AnmelderInnen als auch für OrdnerInnen absolut gewahrt bleiben.

3541

3542 Wir GRÜNE setzen uns für einen Bürokratie-Abbau bei der Anmeldung von Demonstrationen ein und
3543 fordern weniger Datenabfragen sowie die rechtlich klare Eingrenzung des Vermummungs-Verbots.
3544 Unser Ziel ist ein bürgerInnenfreundliches Versammlungsrecht, das möglichst vielen Menschen die
3545 Anmeldung und Durchführung einer Demonstration, einer Kundgebung oder einer sonstigen
3546 Versammlung ermöglicht. Demonstrieren ist ein Grundrecht der Zivilgesellschaft, das besonderen
3547 Schutz verdient. Wir GRÜNE fordern die komplette Abschaffung der Bann-Meile, also der
3548 Verbotszone für Versammlungen vor dem Landtag. Es geht auch ohne!

3549 **Datenschutz – Meine Daten gehören mir!**

3550 Im öffentlichen und privaten Raum ist ein regelrechter Wildwuchs von Videokameras zu verzeichnen.
3551 Datenschutz und Datensicherheit sind Grundlage für neue Informationstechnologien. Der Datenschutz
3552 hat unter der schwarz-gelben Landesregierung nicht den Stellenwert erhalten, den er in einer
3553 modernen Welt haben muss. Dies werden wir ändern. Das Landes-Datenschutzgesetz muss
3554 modernisiert und präzisiert werden. Ein unabhängiger, umfassender Datenschutz braucht mehr
3555 qualifizierte Fachleute und neueste Technik, um den rasanten technischen Entwicklungen nicht
3556 hinterherzulaufen und die notwendigen Kontrollfunktionen wahrnehmen zu können.

3557 **Verhältnis zwischen Staat und Kirche**

3558 In Niedersachsen leben Menschen mit ganz unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen
3559 Orientierungen. Für uns GRÜNE ist der Grundsatz der Gleichberechtigung selbstverständlich.
3560 Niemand darf benachteiligt werden, egal ob buddhistisch, christlich, muslimisch, jüdisch, agnostisch
3561 oder atheistisch orientiert. Wir bekennen uns daher zur Trennung von Religion und Staat und zur
3562 Religionsfreiheit. Auch im niedersächsischen Schulgesetz wollen wir dieses Gebot der religiösen und
3563 weltanschaulichen Neutralität umsetzen.(VERWEIS SCHULE)

3564

3565 Wer seine religiöse oder weltanschauliche Überzeugung wechselt, macht vom Grundrecht auf
3566 Religionsfreiheit Gebrauch. Das muss ohne Gebühren möglich sein. Daher wollen wir die
3567 Kirchnaustrittsgebühr abschaffen.

3568

3569 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, Kirche und Staat in Niedersachsen finanziell und institutionell zu
3570 entflechten. Es soll ein Dialog mit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen sowie
3571 mit der katholischen Kirche aufgenommen werden, mit dem Ziel, den Loccumer Vertrag# und das
3572 Konkordat# auf die Aktualität ihrer Inhalte zu überprüfen. Das Tanzverbot an christlichen Feiertagen
3573 ist nicht mehr zeitgemäß und gehört abgeschafft. Neben den kirchlichen VertreterInnen im

3574 Rundfunkrat sollten auch andere anerkannte Religionsgemeinschaften die Möglichkeit zur Mitarbeit in
3575 diesem Gremium erhalten.

3576

3577 Bundespolitisch streben wir GRÜNE die Änderung des kirchlichen Arbeitsrechts an. Da die Kirche
3578 und ihre Einrichtungen zu den größten ArbeitgeberInnen des Landes gehören, ist es uns wichtig,
3579 bundespolitisch Druck für arbeitnehmerInnenfreundliche Arbeitsbedingungen und Bezahlung auch in
3580 diesem Bereich zu machen. Wir fordern die Aussetzung der Loyalitäts-Pflicht für diejenigen Bereiche,
3581 die mit dem Verkündigungsauftrag der Kirchen in keinem direkten Zusammenhang stehen. Dies ist in
3582 vielen Bereichen der Fall, die außerhalb der verfassten Kirche (z. B. Caritas und Diakonie) stehen. Für
3583 das kollektive Arbeitsrecht fordern wir den „Dritten Weg“ der Kirchen, der Einschränkungen im
3584 allgemeinen Streikrecht zulässt, von Grund auf zu überprüfen. Niedersachsen soll in diesen Bereichen
3585 durch eine Bundesratsinitiative tätig werden.

3586

3587 Wir GRÜNE wollen einen Dialog mit der Konföderation evangelischer Kirchen in Niedersachsen und
3588 der katholischen Kirche über den Umgang des Staates mit fundamentalistischen Tendenzen in den
3589 christlichen Kirchen in Gang setzen. Wir sind uns mit den Kirchen einig: Gewaltverherrlichung, wie
3590 das Infragestellen des Prügelverbots von Kindern unter dem Deckmantel der Bibel, hat in
3591 Niedersachsen keinen Platz!

3592 **Sport**

3593 Sport bewegt die Menschen – nicht nur körperlich, sondern auch im Sinne von Gemeinschaftsbildung
3594 und Toleranz. Das große ehrenamtliche Engagement im Sport sorgt in hohem Maße für die
3595 Tragfähigkeit des sozialen Netzes. Die Sportvereine sind Teil des Netzwerks bürgerschaftlichen
3596 Engagements. Dabei ist zu berücksichtigen, dass 80 Prozent der BürgerInnen Sport treiben, davon
3597 jedoch nur 25 Prozent sich vereinsgebunden organisieren. Eine zentrale Herausforderung für den Sport
3598 in Niedersachsen wird es sein, Antworten auf den demografischen Wandel zu finden, um einen „Sport
3599 für alle“ als Ziel des Gemeinwesens zu gewährleisten.

3600

3601 Wir GRÜNE werden innovative Ideen besonders im ländlichen Raum wie im Harz oder im
3602 Cuxhavener Land für eine intensive Nutzung und qualitative Aufwertung der Sportinfrastruktur
3603 unterstützen und fördern. Die sich wandelnden Spiel-, Sport- und Bewegungsinteressen der Menschen
3604 sind dabei zu berücksichtigen. Die kommunalen Sportentwicklungspläne in Oldenburg, Osnabrück
3605 und Hannover sind ein erster richtiger Schritt und sollten landesweit umgesetzt werden, um dem
3606 Wandel vor Ort angemessen Rechnung zu tragen.

3607 Neben den konventionellen Sportarten werden wir die Kommunen und Interessengruppen bei den
3608 Trend- und Fun-Sportarten wie Parcourts, Downhill oder Skaten intensiv beraten und unterstützen, um
3609 vor Ort auch für diese Formen des Sports Angebote vorzuhalten.

3610 Eine besondere Rolle kommt den Kitas und Schulen bei der Förderung von Sport und Bewegung zu.
3611 Sie sind zentrale Institutionen, um Kinder und Jugendliche für Sport zu begeistern. Darüber hinaus
3612 sehen wir den Ausbau der Ganztagschule als besondere Chance, die Integration benachteiligter
3613 Kinder und Jugendlicher in und durch Spiel, Sport und Bewegung zu verbessern.
3614
3615 Wir setzen uns für den Erlass eines Sportförderungsgesetzes ein. Sportgruppen, -vereine und -
3616 verbände, die besondere Anstrengungen gegen Ausgrenzung, Homophobie, Rassismus, Sexismus und
3617 sexualisierte Gewalt unternehmen, sollen im Rahmen der finanziellen Sportförderung des Landes
3618 Niedersachsen besonders berücksichtigt werden.
3619
3620 Begeisterung für Sport findet nicht nur bei eigenen Leistungen statt, sondern drückt sich auch in der
3621 Unterstützung z. B. eines Fußballklubs aus. Wir sprechen uns gegen eine pauschale Kriminalisierung
3622 von Fußballfans aus, wenn es darum geht, Gewalt und Straftaten in und um die Fußball-Arenen zu
3623 verhindern. Stadionverbote dürfen nur dann ausgesprochen werden, wenn diese tatsächlich im
3624 Einzelfall erforderlich sind, um die friedlichen und sportbegeisterten Fans vor Gewalt zu schützen.
3625 Das Fußballstadion darf nicht zum Experimentierfeld ordnungspolitischer Maßnahmen werden. Wir
3626 GRÜNE lehnen daher auch die totale Videoüberwachung von Fußballstadien ab.
3627 Um die Arbeit der Fanprojekte abzusichern und zu unterstützen, werden wir die vertraglichen
3628 Verpflichtungen, die das Land gegenüber Kommunen und Fußballverbänden eingegangen ist, wieder
3629 vollständig erfüllen. Wir sehen die Arbeit dort als eine nachhaltige Querschnitts- und
3630 Vermittlungsaufgabe zwischen Sport, Jugend- und Sozialarbeit, die präventiv agiert und nicht nur
3631 reagiert.
3632

3633 **Medien, Netze und Kultur**

3634 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 3635 • *Keine Ausschnüffelei unserer Privatsphäre, keine Netzsperrern und keine Speicherung von*
3636 *Daten auf Vorrat.*
- 3637 • *Förderung von freier Software und Open-Source-Programmen statt von Monopolen. Das*
3638 *Land soll hier Vorbild sein.*
- 3639 • *Stärkung der Medienkompetenz aller Generationen und Aufklärung über die Datenschutz-*
3640 *Risiken von Facebook und Co.*
- 3641 • *Einführung einer Mediengebühr, um Urheber und Kulturschaffende besser zu entlohnen*
- 3642 • *BürgerInnennahe Förderung einer erschwinglichen, vielfältigen Kultur für alle*

3643 **Freie Software statt Monopole**

3644 Wir GRÜNE wollen den weitgehenden Einsatz von Freier Software# und Open Source# in allen
3645 Behörden und Bildungseinrichtungen. Den Einsatz von kommerzieller Software an Schulen sehen wir
3646 kritisch, denn er gleicht einer Werbeveranstaltung für einzelne gewinnorientierte HerstellerInnen. Die

3647 monopolartige Marktmacht einzelner Unternehmen wird langfristig gefestigt, wenn SchülerInnen statt
3648 allgemeine EDV-Kompetenz zu erwerben nur die Bedienung bestimmter Software lernen. Für den
3649 Einsatz freier Software fallen zudem keine Lizenzkosten an. Anpassungs-, Service- und
3650 Wartungsarbeiten dafür werden oft von kleinen und mittelständischen lokalen Unternehmen
3651 durchgeführt anstatt von großen Konzernen. Der Einsatz freier Software bietet deshalb nicht nur
3652 Einspar-Potenziale für öffentliche Kassen, sondern sichert auch Arbeitsplätze vor Ort. Er schafft
3653 darüber hinaus Unabhängigkeit gegenüber einzelnen AnbieterInnen und Offenheit gegenüber neuen
3654 Technologien.

3655 **Für die Freiheit des Internets!**

3656 Wir GRÜNE sind davon überzeugt, dass das Netz weitreichende Möglichkeiten zur freien Entfaltung
3657 der Persönlichkeit bietet. Die Möglichkeit, anonym zu surfen und zu kommunizieren, gehört für uns
3658 GRÜNE genauso zu einem freien Internet wie ein umfangreicher, wirksamer Datenschutz, der die
3659 informationelle Selbstbestimmung der NutzerInnen achtet.

3660

3661 Wir lehnen die Ausschnüffelei und die zwangsweise Übermittlung unseres Surf-Verhaltens als
3662 schweren Eingriff in die Privatsphäre entschieden ab, ebenso eine Beschränkung des freien Surfens
3663 durch Sperren von Internetanschlüssen, Websites und Inhalten. Wir stehen zum Prinzip „Löschen statt
3664 Sperren“. Netzsperrern sind für uns nicht akzeptabel. Wir begrüßen daher sehr, dass es auf Initiative
3665 der GRÜNEN Europafraktion gelungen ist, die von der EU-Kommission geplante Verpflichtung zu
3666 Netzsperrern zu verhindern. Jetzt kommt es darauf an, dass auch die Landesregierung die Freiheit des
3667 Internets achtet.

3668 Um Meinungsfreiheit und gesellschaftliche Teilhabe auch in anderen Ländern nicht zu gefährden,
3669 setzen wir GRÜNE uns zudem für ein Exportverbot von Überwachungs- oder Zensur-Technologie ein.
3670 Die Vorratsdatenspeicherung oder die massenhafte Erfassung von Mobilfunk-Anschlüssen lehnen wir
3671 ebenso ab wie die Fahndung über soziale Netzwerke. Eine anlasslose Speicherung der Daten aller
3672 BürgerInnen, wie sie Innenminister Schünemann (CDU) immer wieder fordert, ist mit der
3673 Unschuldsvermutung unvereinbar und kommt einem Überwachungsstaat gefährlich nahe.

3674 **Medienkompetenz für alle Generationen stärken**

3675 Kritische Medienkompetenz ist heute eine Schlüsselqualifikation, die genauso wichtig ist wie Lesen
3676 oder Schreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass alle die Möglichkeiten des Internets nutzen können.
3677 Medienkompetenz heißt unter anderem: Nutzung von und Umgang mit Medien, Herstellung eigener
3678 Inhalte und Bewertung von Medien. Unter Federführung der Landesmedienanstalt sollen die
3679 vielfältigen in Niedersachsen bestehenden Medieneinrichtungen und -angebote koordiniert, vernetzt
3680 und weiterentwickelt werden.

3681

3682 Insbesondere aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen sind das Internet und andere neue Medien
3683 nicht mehr wegzudenken. Das begleitete Hineinwachsen in die digitale Welt mit ihren nahezu

3684 unerschöpflichen kreativen und kommunikativen Möglichkeiten bietet dabei den besten Schutz vor
3685 möglichen Gefahren und ermöglicht die Teilhabe an der modernen Wissens- und
3686 Informationsgesellschaft. Die Anleitung zu einem verantwortungsvollen Umgang mit dem Internet
3687 darf nicht nur punktuell im Rahmen von Aktionstagen geschehen. Wir begreifen Datenschutz und
3688 VerbraucherInnenschutz im Netz als dauerhafte Querschnittsaufgabe in der Bildungsarbeit. Lehrpläne
3689 und andere Bildungsvereinbarungen wie auch die Ausbildung von PädagogInnen müssen entsprechend
3690 angepasst werden. Die Ausstattung der Schulen mit Medien-Equipment (Notebooks etc.) soll
3691 anforderungsgerecht und zügig ausgebaut werden. Medienkompetenz setzt einen bewussten Umgang
3692 mit persönlichen Daten im Netz voraus. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass insbesondere die Daten
3693 von Kindern und Jugendlichen besser geschützt werden.

3694

3695 Wir werden die öffentlich geförderten Angebote für SeniorInnen zur Erweiterung ihrer Kompetenz in
3696 digitalen Medien verbessern. Bei der „Verschlankung“ von Verwaltungsaufgaben wird häufig nicht
3697 darauf geachtet, dass nicht alle Menschen über die notwendige technische Ausstattung oder das
3698 Wissen verfügen, um beispielsweise Behördengänge digital zu erledigen.

3699 **Film- und Medienförderung**

3700 Die Film- und Medienförderung soll gestärkt und weiterentwickelt werden. Deshalb setzen wir uns für
3701 den Ausbau der kulturellen Film- und Kinoförderung, der Festivalförderung sowie der Förderung des
3702 Film-Nachwuchses ein. Der bestimmende Einfluss von Sendern und Staat auf die Nordmedia-
3703 Förderung # muss reduziert werden. Deshalb muss der Vergabe-Ausschuss der Nordmedia-Fonds mit
3704 unabhängigen, stimmberechtigten Branchenexperten neu besetzt werden. Die Vergabe der
3705 Fördermittel an senderunabhängige Produzenten muss verbessert werden. Gerade für Langzeit-
3706 Recherche und Investigativ-Journalismus fehlt vielen JournalistInnen, ProduzentInnen, Zeitungen und
3707 Sendern das Geld. Diese Entwicklung gefährdet die fundierte und tiefer gehende Auseinandersetzung
3708 mit Themen bei der journalistischen Arbeit. Hier braucht es Finanzierungskonzepte und auch eine
3709 spezielle Berücksichtigung bei der Film- und Medienförderung. Die Förderung muss zur Verbesserung
3710 der prekären Beschäftigungssituation vieler Filmschaffender in Niedersachsen durch bessere
3711 Beteiligung und Einbindung in geförderte Projekte beitragen. Deshalb müssen die
3712 Rahmenbedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden, um den Anteil niedersächsischer
3713 AntragstellerInnen bei der Vergabe von Produktionsfördermitteln zu erhöhen.

3714 **Finanzierung und Erhalt der BürgerInnenmedien**

3715 BürgerInnenmedien wie die nichtkommerziellen Lokalradios sind ein wichtiger Teil der
3716 niedersächsischen Medien-Szene, die wir weiter stärken wollen. Die Einführung von
3717 nichtkommerziellem, unabhängigem Lokalfunk und BürgerInnenmedien durch einen Teil der
3718 Rundfunkabgabe war eines der Erfolgsprojekte der letzten grünen Regierungsbeteiligung in
3719 Niedersachsen. Oftmals ist der BürgerInnenfunk die einzige Konkurrenz zu den regionalen Monopol-
3720 Zeitungen. Um Informationsvielfalt und Qualität zu sichern, wollen wir die BürgerInnensender fit

3721 machen für das Digitalzeitalter. Der BürgerInnenfunk muss daher zukünftig digital ausgestrahlt
3722 werden.

3723 **Meinungsvielfalt in den Medien sicherstellen – Mediengebühr einführen**

3724 Durch die Veränderung von Informationsgewohnheiten und die stärkere kostenlose Rezeption von
3725 Zeitungsartikeln und Filmen im Internet müssen sich die Vergütungssysteme journalistischer und
3726 redaktioneller Arbeit im Sinne des Erhalts der Meinungsvielfalt und professioneller Arbeit
3727 modernisieren. Wir wollen deshalb eine bundesweite Mediengebühr einführen, die die wichtige Arbeit
3728 der Medienschaffenden angemessen honoriert und dem Redaktionssterben gerade im ländlichen Raum
3729 entgegenwirkt. Eine vielfältige Medienlandschaft ohne Monopole ist gerade auf lokaler Ebene
3730 unverzichtbar. Wir GRÜNE wollen das Presse-Grosso # erhalten, um einen diskriminierungsfreien
3731 Zugang zu Printmedien zu sichern und das Prinzip „gleicher Preis in jedem Laden“ zu erhalten.

3732 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**

3733 Wir stehen zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen
3734 Rundfunks in Deutschland. Dieser ist ein Garant für Freiheit und Demokratie. Den öffentlich-
3735 rechtlichen Rundfunk wollen wir als pluralistisches, kritisches und unabhängiges Medium stärken. Als
3736 „dritte Säule“ neben Hörfunk und Fernsehen gehört dazu auch ein werbefreies öffentlich-rechtliches
3737 Vollangebot im Internet ohne zeitliche Begrenzung. Wir GRÜNE legen Wert darauf, dass
3738 gebührenfinanzierte Sender ihr vielfältiges Programmangebot unabhängig von Quoten und
3739 kommerziellen Interessen gestalten können. Wir wollen eine Stärkung der Landesberichterstattung und
3740 der kritischen VerbraucherInnenberatung im NDR. Die Mitgliedschaft in den Rundfunk- und
3741 Verwaltungsräten sowie dem Fernsehrat soll künftig für VertreterInnen der Exekutive grundsätzlich
3742 nicht mehr möglich sein, um die Staatsferne des Rundfunks umzusetzen.

3743 **Vielfältige Kultur**

3744 Kunst und Kultur schaffen Freiräume, in denen gesellschaftlich relevante Zukunftsthemen jenseits
3745 ökonomischer Zwänge behandelt werden können. Kulturelle Bildung ist eine Voraussetzung für
3746 soziale Teilhabe. Der Zugang zu Kunst und Kultur aller Sparten und Ausdrucksformen muss für alle
3747 BürgerInnen möglich sein, unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder Einkommen.

3748

3749 Die Vielfalt der kulturellen Angebote in Niedersachsen spiegelt die Vielfalt unseres Landes wider.
3750 Unsere politische Aufgabe sehen wir darin, für Rahmenbedingungen zu sorgen, die KünstlerInnen und
3751 Kulturschaffende brauchen, um auf hohem Qualitätsniveau arbeiten zu können. Dazu gehört die
3752 Breitenförderung wie auch die Spitzenförderung. GRÜNE Kulturpolitik steht für die konzeptionelle
3753 Weiterentwicklung der bestehenden Kultureinrichtungen. Dabei ist für uns Kultur mehr als die
3754 sogenannte „Hochkultur“. Wir engagieren uns für alternative Kultur, Rock und Pop, Hip-Hop und
3755 elektronische Musik genauso wie für Oper und Musical. Ehrenamtlich geleitete Kulturinitiativen
3756 finden wir genauso wichtig wie Landesmuseen oder Staatstheater. Die Existenz von Theaterhäusern

3757 mit professionellen Ensembles gehört ebenso zu unserem Kulturbegriff, wie Nachwuchsförderung
3758 durch die Livemusikbühnen.

3759 **Kulturelle Teilhabe für alle**

3760 Das GRÜNE Ziel für die Kulturpolitik der Zukunft heißt: Teilhabe und mehr Gerechtigkeit beim
3761 Zugang zu öffentlich geförderten Angeboten. Kulturelle Teilhabe ist als wichtiger Baustein sozialer
3762 Emanzipation und gesellschaftlicher Partizipation unverzichtbar. Wenn wir die demokratische
3763 Prämisse der Gleichheit aller Menschen als Maßstab ansetzen, kann es uns nicht zufriedenstellen, dass
3764 der größte Teil der staatlichen Kulturförderung zumeist nur eine kleine Minderheit von
3765 einkommensstarken BildungsbürgerInnen erreicht.

3766

3767 Auch Menschen, die nicht in größeren Städten leben, müssen auf eine Infrastruktur zurückgreifen
3768 können, die ihnen kulturelle Teilhabe ermöglicht. Dabei wollen wir bürgerschaftliches Engagement
3769 zur Bewältigung der Strukturveränderungen im ländlichen Raum nutzen – aber nicht ausnutzen. Durch
3770 eine bessere Unterstützung von Kulturinitiativen und Vereinen auf dem Lande wollen wir das
3771 Ehrenamt stärken.

3772

3773 Untersuchungen belegen bundesweit, dass Menschen mit Migrationshintergrund in unseren
3774 Kultureinrichtungen deutlich unterrepräsentiert sind. Um Teilhabegerechtigkeit sicherzustellen, wollen
3775 wir eine Stärkung der interkulturellen Kulturarbeit, einen Ausbau der kulturellen Angebote für
3776 Menschen mit Migrationshintergrund und eine stärkere Öffnung der Kultureinrichtungen für diese
3777 Zielgruppe.

3778 **Kulturelle Bildung – auch für Kinder und Jugendliche**

3779 Kulturelle Bildung vermittelt Schlüsselkompetenzen und bietet Orientierung in Zeiten von
3780 Medienüberflutung und kultureller Vielfalt. Der Zugang zu kultureller Bildung hängt jedoch stark vom
3781 allgemeinen Bildungsniveau ab. Nach Erkenntnis wissenschaftlicher Studien ist Teilhabegerechtigkeit
3782 in unserem Land nicht gewährleistet und es bestehen – insbesondere für Kinder und Jugendliche aus
3783 bildungsfernen Schichten – Zugangsbarrieren zu kultureller Bildung. Wir brauchen
3784 familienfreundliche und bezahlbare Kulturangebote und werden interkulturelle Angebote ausbauen.

3785

3786 Wir unterstützen deswegen Kooperationen von KünstlerInnen und Kulturschaffenden mit Schulen und
3787 Kindergärten. Damit bei solchen Kooperationen Qualitätsstandards eingehalten werden und Schulen
3788 wie Kitas bei der Suche nach geeigneten Partnern Unterstützung finden, brauchen Programme wie
3789 „Kultur macht Schule“ eine entsprechend ausgestattete, landesweite Koordinierungsstelle. Hierzu
3790 wollen wir die Kapazitäten beim Landesverband kultureller Jugendbildung ausbauen, der in dem
3791 Bereich bereits Erfahrung hat.

3792 **Soziokultur in Niedersachsen stärken**

3793 Die Soziokultur# ist unter dem Postulat von Kultur als BürgerInnenrecht längst zur unverzichtbaren
3794 Säule des Kulturangebots in Niedersachsen geworden. Ohne Soziokultur wäre es um die kulturelle
3795 Infrastruktur in der Fläche schlecht bestellt. Sie bietet auch solchen Bevölkerungsgruppen
3796 spartenübergreifende Teilhabemöglichkeiten, die klassische Kultureinrichtungen nie erreichen würden.
3797 Wie keine andere Kultureinrichtung stellt sie sich gesellschaftlichen Herausforderungen wie dem
3798 demografischen Wandel oder der Integration von Minderheiten. Sie führt unsere Gesellschaft über alle
3799 sozialen Grenzen hinweg zusammen.

3800

3801 Soziokultur braucht verlässliche, auf Planungssicherheit ausgerichtete Finanzierung. Um die Qualität
3802 der soziokulturellen Angebote abzusichern und um deren konzeptionelle wie programmatische
3803 Weiterentwicklung zu gewährleisten, wollen wir die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur wieder
3804 stärker in die Vergabe der Fördermittel einbinden.

3805

3806 Der soziokulturelle Anspruch einer „Kultur von allen für alle“ muss auch Eingang in die
3807 Einrichtungen der sogenannten Hochkultur finden, um neues Publikum und neue AkteurInnen zu
3808 gewinnen.

3809 **Kulturfinanzierung sichern**

3810 Da die Kommunen den Löwenanteil an der öffentlichen Kulturfinanzierung tragen, wird die Zukunft
3811 der Kultureinrichtungen in unserem Land entscheidend davon abhängen, inwieweit es uns gelingt, die
3812 kommunale Kulturförderung in prekärer Haushaltslage sicherzustellen. Auch über ein
3813 niedersächsisches Kulturfördergesetz kann Kulturfinanzierung gesichert werden.

3814 **Kultur als Wirtschaftsfaktor stärken**

3815 Kunst und Kultur sind auch wirtschaftspolitisch von Bedeutung. Als „weicher Standortfaktor“ hat
3816 Kultur Auswirkungen auf das Innovationspotenzial und damit auch auf die Wirtschaftskraft einer
3817 Region. Wenn das gesamte Potenzial der sogenannten Kreativwirtschaft gehoben werden soll, dann ist
3818 es vor allem wichtig, auch kleine Initiativen der freien Kulturszene zu unterstützen. Handlungsbedarf
3819 sehen wir zum Beispiel bei Investitionen in Produktionsräume für MusikerInnen der Rock- und Pop-
3820 Szene. Mit einem „Modellprogramm Kulturwirtschaft“, das auch kleinteilige Sektoren berücksichtigt,
3821 wollen wir die Kreativwirtschaft in Niedersachsen gezielt weiterentwickeln. Mit einer neuen
3822 Mediengebühr, die auch für das Internet gilt, wollen wir die Honorierung künstlerischer Leistungen
3823 verbessern, ohne Kulturinteressierte zu kriminalisieren.

3824 (LINK NETZPOLITIK, MEDIENABGABE etc.)

3825

3826 **Niedersachsens Verantwortung für Europa und für die Welt**

3827 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 3828 • *Mehr demokratische Teilhabe und Transparenz zur Überwindung der aktuellen Wirtschafts-,*
3829 *Finanz- und Akzeptanz-Krise der Europäischen Union.*
- 3830 • *Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele zur weltweiten Bekämpfung der Armut als*
3831 *Richtschnur niedersächsischer Außenhandelspolitik.*
- 3832 • *Ausrichtung des Beschaffungs- und Vergabewesens von Land und Kommunen auf Sozial-,*
3833 *Klima- und Fairness-Kriterien.*

3834 Wir GRÜNE wollen eine starke Europäische Union, weil Probleme wie Umweltverschmutzung,
3835 Klimawandel oder Energieversorgung allein auf nationaler Ebene nicht mehr zu lösen sind. Deshalb
3836 muss die europäische Ebene in allen politischen Bereichen auch der Landespolitik mitgedacht werden.
3837 Die Krise der Finanzmärkte hat jedoch gezeigt, dass die EU in ihrem gegenwärtigen Zustand an ihre
3838 Grenzen stößt, wenn schnelle und demokratisch legitimierte Entscheidungen gefragt sind. Einerseits
3839 wachsen die Erwartungen an die Europäische Union, in immer mehr Politikbereichen Probleme zu
3840 lösen, andererseits wird sie in der politischen Diskussion oft nur dann benannt, wenn es darum geht,
3841 unliebsame Entscheidungen nicht selbst verantworten zu müssen. Politische Erfolge hingegen werden
3842 gerne als eigene Erfolge und nicht als Erfolge Europas gefeiert. Diesen Politikstil lehnen wir GRÜNE
3843 ab, denn er befeuert zu Unrecht die Europa-Skepsis. Die EU sollte von der Politik als das dargestellt
3844 werden, was sie ist: Ein Erfolgsprojekt für Frieden, Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft. Der Angst vor
3845 einer wachsenden Zentralisierung wollen wir mit dem Einsatz für mehr demokratische Teilhabe an der
3846 Europäischen Union begegnen. Das Europa-Parlament muss in diesem Zusammenhang deutlich
3847 gestärkt werden, um dem Demokratiedefizit der Europäischen Union entgegenzuwirken.
3848 Zukunftsentscheidungen müssen gemeinsam mit dem Parlament und nicht an diesem vorbei getroffen
3849 werden.

3850

3851 Im direkten Grenzbereich zu den Niederlanden ist Europa in Niedersachsen zum Greifen nah. Wir
3852 setzen uns auch auf politischer Ebene für ein grenzübergreifendes Zusammenwachsen ein. Deshalb
3853 haben wir mit den GRÜNEN in den Niederlanden einen gemeinsamen Regionalverband „Grenzenlos
3854 Grün“ gegründet. Wir wollen ein Europa mit starken Regionen, das weiter zusammenwächst und sich
3855 bewusst wird, dass es gemeinsame Ziele hat. Die EU muss Projekte „von unten“ entwickeln und so
3856 effiziente Strukturpolitik betreiben. Wir werden daher die Regionen in Niedersachsen mit anderen
3857 Regionen in Europa stärker vernetzen – mit dem Blick auf das Kleine und mit dem Vertrauen auf die
3858 Menschen vor Ort. Struktur- und Regionalfonds müssen grenzüberschreitend angelegt werden.

3859

3860 Da das Bild von Europa bereits in der Schule geprägt wird, unterstützen wir das Projekt der
3861 Europaschulen und wollen es weiter ausbauen. SchülerInnen-Austausch allein kann das Bild Europas
3862 nicht prägen, in Lehrplänen muss ein stärkerer Fokus auf das Erfolgsprojekt Europa gelegt werden.

3863

3864 Der „Arabische Frühling“ hat die Welt massiv verändert. Die positiven Entwicklungen, zum Beispiel
3865 in Tunesien, wollen wir mit verstärktem Austausch in Wirtschaft und Zivilgesellschaft fördern. Nicht
3866 nur bei diesen Fragen wollen wir über den Bundesrat mitentscheiden. So wollen wir vermehrt Personal
3867 zur Ausbildung in Polizei-Missionen und für den Aufbau von Verwaltung und Justiz in schwachen
3868 Staaten entsenden, um in Konfliktgebieten den Aufbau einer friedlichen Gesellschaft zu unterstützen.
3869 All dies kann helfen, internationale Militäreinsätze zu vermeiden. Bei internationalen Polizei-
3870 Missionen setzen wir uns für die stärkere Beteiligung des Landtags ein.

3871 **Entwicklungspolitik ist auch Landesaufgabe**

3872 Niedersachsen ist nicht nur eine zentrale Region im Herzen Europas, sondern hat mit seiner sehr stark
3873 exportorientierten Wirtschaft viele internationale Beziehungen und Partnerschaften auch außerhalb der
3874 Europäischen Union. Dennoch gibt es bislang kein ressortübergreifendes Konzept für eine Eine-Welt-
3875 Politik# des Landes. Auch entwicklungspolitische Leitlinien wurden bisher nicht erarbeitet, obwohl
3876 sich die schwarz-gelbe Landesregierung auf der MinisterpräsidentInnen-Konferenz im Oktober 2008
3877 verpflichtet hatte, sich für das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele# zur weltweiten
3878 Armutsbekämpfung einzusetzen.

3879

3880 Neben der Entwicklungszusammenarbeit unterhält das Land sieben Partnerschaften mit Industrie- und
3881 Schwellenländern. Auch diese müssen in den Zusammenhang einer globalen Entwicklung gestellt
3882 werden und dürfen nicht lediglich als Instrument der Standortförderung Niedersachsens betrachtet
3883 werden. Insbesondere die Kooperation mit China und Südafrika sollte auch entwicklungs-, klima- und
3884 gesellschaftspolitische Themen in den Vordergrund der Zusammenarbeit stellen.

3885

3886 Wir werden deshalb alle Aktivitäten des Landes– auch im Hinblick auf seine internationalen und
3887 wirtschaftlichen Beziehungen – so umgestalten, dass sie zugleich die Verwirklichung der
3888 Millenniums-Entwicklungsziele fördern. Vor allem durch Agrarsubventionen werden ökonomische,
3889 soziale und ökologische Schäden in den Entwicklungsländern verursacht. So zerstören beispielsweise
3890 Hühnerfleisch-Importe aus Europa und den USA die Geflügelproduktion in den betroffenen
3891 afrikanischen Ländern und konterkarieren damit die Ziele entwicklungspolitischer Zusammenarbeit.
3892 Diese Exporte verzerren den Markt, zerstören Arbeitsplätze und die Einkommen der lokalen
3893 ProduzentInnen.

3894

3895 Wir wollen die Eine-Welt-Politik in Niedersachsen stärken und ausbauen. Unsere Lebensverhältnisse
3896 müssen mit den Anforderungen an eine global gerechte und nachhaltige Entwicklung in Einklang
3897 gebracht werden. Klimawandel, Wirtschaftskrise, Hunger und Rohstoffmangel sowie Menschenrechte
3898 und der allgemeine Zugang zu Bildung sind globale Herausforderungen, denen wir auf allen Ebenen
3899 unserer Gesellschaft und auf den verschiedenen Politikfeldern begegnen müssen.

3900

3901 Mit der Reform des Vergaberechts auf europäischer Ebene haben die Kommunen die Möglichkeit, mit
3902 öffentlichen Aufträgen den nachhaltigen Umbau der Wirtschaft, den Klimaschutz, aber auch die
3903 Vermeidung von ausbeuterischer Kinderarbeit voranzutreiben. Unser Ziel ist es, ökologische und
3904 soziale Kriterien für öffentliche Aufträge zu entwickeln.

3905

3906 Wir GRÜNE wollen VerbraucherInnen dafür gewinnen, soziale und ökologische Kriterien beim
3907 Einkaufen zu beachten (ILO-Konvention#). Fairer Handel ist ein wichtiger Baustein für die
3908 Umsetzung globaler Gerechtigkeit. Dafür wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit verstärken und mit
3909 Wirtschaft, Handel sowie den Umwelt- und den Eine-Welt-Initiativen# weitere Konzepte entwickeln
3910 und umsetzen. Besonderes Augenmerk legen wir dabei auf die vielfältigen Aktivitäten unter anderem
3911 von Schulen (UNESCO-Schulen) und Universitäten. Weltoffenheit, Interkulturalität und
3912 Umweltbildung müssen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen zum pädagogischen Alltag
3913 werden.

3914

3915 Wir werden die Kommunen bei Agenda-21-Prozessen# stärker unterstützen und ihnen auch in ihrem
3916 Bestreben, Fair-Trade-Kommune# zu werden, Hilfestellung anbieten. Das Beschaffungs- und
3917 Vergabewesen des Landes Niedersachsen werden wir verbindlich an sozialen, Klima- und Fairness-
3918 Kriterien ausrichten. Außerdem werden wir das ehrenamtliche Engagement in Nicht-Regierungs-
3919 Organisationen, in engagierten Kirchengemeinden und in MigrantInnen-Selbstorganisationen verstärkt
3920 fördern. In der Bingo-Stiftung des Landes für Umwelt und Entwicklungszusammenarbeit, die vom
3921 Gängelband der Ministerien befreit werden muss, wollen wir die Kompetenz der Verbände besser
3922 nutzen und stärken.

3923 **Austausch und Begegnungen**

3924 Wir werden die Arbeit von Pro Weltwärts# zur Unterstützung des internationalen Jugendaustausches
3925 fortsetzen sowie das Stipendienprogramm für Jugendliche im Rahmen des Konkreten Friedensdienstes
3926 # in ausländischen Entwicklungsprojekten ausbauen. Interkulturelle Begegnung, ziviler Friedensdienst
3927 und Förderung des Eine-Welt-Bewusstseins sind unentbehrliche Maßnahmen der zivilen
3928 Konfliktprävention. Austauschprogramme und Freiwilligendienste auch der Europäischen Union sind
3929 eine wichtige Möglichkeit, um ein internationales Bewusstsein in der hiesigen Bevölkerung zu
3930 schaffen, den kulturellen Austausch zu fördern und konkret vor Ort zu helfen. Dafür wollen wir die
3931 zahlreichen ehrenamtlichen Organisationen unterstützen, die sich in der entwicklungs- und
3932 friedenspolitischen Bildungsarbeit engagieren. Zudem wollen wir bestehende wie auch zukünftige
3933 Partnerschaften und den Austausch fördern und weiterentwickeln, um das gegenseitige Verständnis für
3934 andere Kulturen zu stärken.

3935

3936 Das langjährig geforderte Netzwerk von Eine-Welt-KoordinatorInnen muss endlich mit Landesmitteln
3937 gegenfinanziert werden. Die KoordinatorInnen geben Anstöße für global verantwortliches und

3938 vernetztes Denken und Handeln, thematisieren Eine-Welt-Fragen in der Öffentlichkeit, interessieren
3939 sich für eine weltoffene Gesellschaft und aktivieren zum Eine-Welt-Engagement. Die internationalen
3940 Partnerschaften des Landes Niedersachsen wollen wir auch unter Einbeziehung der MigrantInnen-
3941 Organisationen in Niedersachsen weiterentwickeln.

3942

3943 **Schluss mit der unseriösen Schuldenpolitik von Schwarz-Gelb**

3944 *Unsere GRÜNEN Ziele:*

- 3945 • *Umsetzung der Schuldenbremse und damit Schluss mit immer neuen Schulden zu Lasten*
3946 *künftiger Generationen und der langfristigen Handlungsfähigkeit des Landes*
- 3947 • *Sicherung einer für die kommunale Selbstverwaltung erforderlichen finanziellen Ausstattung*
3948 *der Kommunen*
- 3949 • *Strikte Überprüfung aller Landesausgaben auf ihre Erforderlichkeit und Einsparungen bei*
3950 *nicht notwendigen und ökologisch schädlichen Ausgaben.*
- 3951 • *Sicherung der zur Erfüllung der wichtigen Zukunftsaufgaben des Landes erforderlichen*
3952 *Einnahmen durch Abbau von Steuersubventionen und gerechter Heranziehung hoher*
3953 *Einkommen, Gewinne und Vermögen*
- 3954 • *Bekämpfung der Steuerhinterziehung und Schaffung von Steuergerechtigkeit durch bessere*
3955 *Ausstattung der Finanzverwaltung*

3956 Das Land Niedersachsen hat inzwischen 58 Milliarden Euro Schulden angehäuft. Das ist mehr als das
3957 Doppelte des jährlichen Landeshaushaltes. Jede Bürgerin und jeder Bürger steht damit allein für das
3958 Land mit über 7000 Euro in der Kreide. CDU und FDP haben den Schuldenberg in den zehn Jahren
3959 ihrer Verantwortung um fast 20 Milliarden Euro anwachsen lassen – der höchste Schuldenzuwachs
3960 innerhalb eines Jahrzehntes. Trotz ordentlicher Konjunktur und niedriger Zinsen beträgt das Loch
3961 zwischen Einnahmen und Ausgaben auch im Landeshaushalt 2012 wieder über zwei Milliarden Euro.
3962 Das Land Niedersachsen ist strukturell unterfinanziert. Schwarz-Gelb verschleiert das tatsächliche
3963 Ausmaß der Verschuldung durch Auslagerung in Schattenhaushalte und durch Buchhaltungstricks, die
3964 der Niedersächsische Staatsgerichtshof Ende 2011 als eindeutig verfassungswidrig für die kommenden
3965 Jahre untersagt hat. CDU und FDP haben kein Konzept, wie sie diese hohe Neuverschuldung senken
3966 wollen. Würde man die Neuverschuldung von zwei Milliarden Euro von heute auf morgen auf Null
3967 senken, wie die Landesregierung vorschlägt, hieße das beispielsweise 40.000 LehrerInnen oder
3968 PolizistInnen zu entlassen. Das kann niemand ernsthaft wollen. GRÜNE Haushalts- und Finanzpolitik
3969 ist solide und solidarisch. Wir benennen auch, wo wir Einnahmen erhöhen müssen, um Raum für
3970 politische Gestaltungsräume zu schaffen.

3971 Bei den Einsparungen im Landeshaushalt wird es den einen großen Wurf nicht geben, mit dem sich
3972 durch wenige Maßnahmen Millionen einsparen lassen. Deshalb bedarf es einer grundsätzlichen
3973 Aufgabenkritik des Landes und es müssen viele kleine Maßnahmen angegangen werden: Gespart
3974 werden kann beispielsweise bei reinen Prestige-Projekten des Landes wie den Neubauplänen für den

3975 Landtag, bei einer aktuell nicht zielgenauen Wirtschaftsförderung und einer Umstellung dieser auf
3976 revolvierende Fonds#, bei den Planungen für sinnlose und ökologisch schädliche Autobahn-
3977 Neubauprojekte, bei den Bürokratie-Kosten der Landesverwaltung oder bei der Förderung der
3978 Massentierhaltung. Darüber hinaus sind auch die Landtagsabgeordneten selbst gefordert, zur
3979 Konsolidierung des Landeshaushaltes beizutragen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Abgeordnete
3980 keine Sitzungsgelder zusätzlich zu Diäten erhalten.

3981 **Immer mehr Schulden – Ein Teufelskreis**

3982 Die Eurokrise führt uns deutlich vor Augen: Staatsschulden sind ein „süßes Gift“, mit dem wir uns
3983 fahrlässig in die Klauen der internationalen Finanzmärkte begeben und uns die Möglichkeit der
3984 politischen Gestaltung nehmen. Weil ein immer größerer Teil der Einnahmen für Zinsen aufgewendet
3985 werden muss, verliert der Staat durch eine immer höhere Verschuldung seine Fähigkeit, in Bildung,
3986 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu investieren.

3987 Zurzeit haben wir außergewöhnlich niedrige Zinsen. Ein wieder ansteigendes Zinsniveau wird die
3988 Lage drastisch verschärfen. Hier müssen Synergieeffekte von Deutschland-Bonds genutzt werden –
3989 durch ein gemeinsames Zins-Management von Bund, Ländern und Kommunen können erhebliche
3990 Mittel eingespart werden.

3991 Die Schulden des einen sind gleichzeitig das Vermögen des anderen. Während die Staatsverschuldung
3992 wächst, nimmt das private Geldvermögen immer mehr zu. Nur Reiche können sich einen armen Staat
3993 leisten, sie profitieren von sicheren Geldanlagemöglichkeiten und ihre Kinder erben Vermögen statt
3994 Schulden. Die weniger Wohlhabenden leiden dagegen schon heute – und noch mehr in der Zukunft –
3995 als erstes unter den steigenden Zinskosten und der maroden Infrastruktur. Nur ein handlungsfähiger
3996 Staat kann die Teilhabe aller ermöglichen und den Zusammenhalt unterstützen. Der Staat, der Bund,
3997 die Länder und die Kommunen tragen mit ihrer Verschuldung zum Auseinanderdriften unserer
3998 Gesellschaft bei. Auf der einen Seite sammeln einige wenige immer größere Vermögen an, auf der
3999 anderen Seite haben die öffentlichen Haushalte nicht mehr den nötigen Handlungsspielraum, um
4000 dieser Entwicklung durch soziale Leistungen, durch Ausgaben für Bildung und eine soziale
4001 Infrastruktur entgegenzuwirken. Schuldenpolitik mag kurzfristig Spielräume für staatliche Leistungen
4002 eröffnen, mittel- und langfristig ist sie in höchstem Maße gefährlich und unsozial.

4003

4004 Die Schuldenbremse des Bundes wollen wir in Niedersachsen bis 2020 so umsetzen, dass sie nicht zu
4005 Lasten der Kommunen geht. Es gibt grundsätzlich nur drei Möglichkeiten, einen Haushalt zu sanieren:
4006 Ausgaben und damit auch bisher wahrgenommene Aufgaben streichen, die Effizienz steigern oder
4007 Einnahmen erhöhen.

4008 Wir wollen alle diese Möglichkeiten nutzen, um die Neuverschuldung zu begrenzen und Spielräume
4009 für Investitionen in Bildung, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zu schaffen.

4010 Allein durch Einsparungen wird der Landeshaushalt nicht auszugleichen sein. Deshalb muss
4011 zusätzlicher Finanzaufwand für grüne Reformpolitik auch durch höhere Einnahmen gedeckt werden.

4012

4013 Die konkrete Ausgestaltung der Schuldenbremse darf nicht zu Lasten der Kommunen gehen. Dazu
4014 gehört die Sicherstellung einer finanziellen Mindestausstattung für eine funktionierende kommunale
4015 Selbstverwaltung und die Stärkung der kommunalen Beteiligungsrechte durch eine gemeinsame
4016 Finanzkommission von Land und Kommunen. Daneben wollen wir die eigene kommunale
4017 Finanzhoheit durch eine Reform der Grundsteuer und der Gewerbesteuer, die zu einer kommunalen
4018 Wirtschaftssteuer weiterentwickelt werden soll, verbessern. (VERWEIS INNERES/KOMMUNEN)
4019

4020 Wir GRÜNE wollen einen Haushalt, mit dem nachhaltige Zukunftsinvestitionen für eine bessere
4021 Bildungs-, Klimaschutz- und Sozialpolitik möglich bleiben. Bei allen Konzepten zur
4022 Haushaltskonsolidierung müssen die Auswirkungen der demografischen Entwicklung besonders
4023 beachtet werden. Wir wollen die Einsparmöglichkeiten der „Demografischen Rendite“[#] zeitnah
4024 realisieren. Dabei ist uns bewusst, dass mit dieser Entwicklung auch zusätzliche Ausgaben (z. B. im
4025 Pflegebereich) verbunden sein werden.(VERWEIS DEMOGRAFIE)
4026

4027 Das von CDU, FDP und SPD eingeführte Kooperationsverbot, das eine Zusammenarbeit von Bund
4028 und Ländern bei Bildungsinvestitionen untersagt, verhindert derzeit sinnvolle finanzielle
4029 Bundesbeteiligungen an notwendigen Zukunftsinvestitionen im Land und in den Kommunen. Wir
4030 GRÜNE wollen das Kooperationsverbot deshalb beseitigen. Mittelfristig müssen die Finanzströme
4031 jedoch so geleitet werden, dass Aufgaben- und Finanzverantwortung jeweils in einer Hand liegen.
4032 Dazu wollen wir eine grundsätzliche Neubewertung und Neuaufteilung der gesamtstaatlichen
4033 Finanzströme vornehmen, damit die Dauerfinanzkrise vieler Länder und Kommunen endlich beendet
4034 werden kann.

4035 **Die erforderlichen Einnahmen sichern – Steuerbetrug bekämpfen**

4036 Die im Landeshaushalt fehlenden rund zwei Milliarden Euro ausschließlich durch Einsparungen zu
4037 decken, wäre nur um den Preis massiver Einschnitte in der Kinderbetreuung, bei Schulen und
4038 Hochschulen, den Kommunen und bei den ohnehin bescheidenen Sozialleistungen möglich. Das ist
4039 mit uns GRÜNEN nicht zu machen. Die begrenzten Einnahmemöglichkeiten, über die das Land selbst
4040 entscheiden kann (z. B. Förderabgaben auf Öl und Gas, Wasserentnahmegeld, Grunderwerbssteuer,
4041 Gebühren) müssen besser genutzt werden. Wir GRÜNE werden uns im Interesse eines
4042 leistungsfähigen Staates für einen stärkeren Beitrag der leistungsstarken Haushalte und Unternehmen
4043 durch erhöhte Steuern und Abgaben einsetzen. Steuersenkungen für GutverdienerInnen und bestimmte
4044 Klientelgruppen zu Lasten des Landeshaushalts werden wir im Bundesrat – anders als Schwarz-Gelb –
4045 nicht zustimmen.
4046

4047 Wir GRÜNE werden auch die massive Steuerhinterziehung hoher Vermögen und Einkommen besser
4048 bekämpfen. Statt Arbeitsplätze in den Finanzämtern abzubauen und immer neue Schlupflöcher für

4049 Einkommens-Millionäre zu schaffen, wollen wir endlich konsequent gegen Steuerbetrug vorgehen.
4050 Wir wollen kurzfristig 150 zusätzliche PrüferInnen im Bereich der Steuer- und Betriebsprüfung
4051 einsetzen. Nach Berechnungen der Deutschen Steuergewerkschaft würde durch jede zusätzliche Stelle
4052 in der Betriebsprüfung rund eine Million Euro in die öffentlichen Haushalte fließen.
4053 Die möglichst vollständige Steuererhebung ist nicht nur eine Frage ausreichender Staatseinnahmen,
4054 sondern auch wesentliches Element von Steuergerechtigkeit in unserem Land.
4055
4056 Auch wollen wir die Steuerflucht ins Ausland entschiedener bekämpfen. Wir lehnen Finanzminister
4057 Schäubles Steuer-Amnestie-Abkommen mit der Schweiz ab und setzen uns, wie die EU-Kommission,
4058 für einen europaweiten automatischen Steuerdaten-Austausch ein, mit dem alle Steuerschlupflöcher
4059 geschlossen werden. Ein Bankgeheimnis, das vornehmlich dem Schutz von SteuerhinterzieherInnen
4060 dient, darf nicht akzeptiert werden.
4061
4062 Gemeinsam mit unserer Bundestagsfraktion setzen wir uns für einen angemessenen Beitrag der
4063 leistungsstarken Unternehmen und Privathaushalte an der Finanzierung wichtiger staatlicher
4064 Zukunftsaufgaben ein. Mit einer verfassungsgemäßen Reform der seit 1996 ausgesetzten
4065 Vermögenssteuer wollen wir hohe Vermögen, die von der staatlichen Bankenrettung besonders
4066 profitiert haben, stärker belasten. Allein mit den damaligen Steuersätzen könnten wir heute in
4067 Niedersachsen jährlich 1,2 Milliarden Euro zusätzlich einnehmen und in Bildung investieren.
4068
4069 Auch die Erbschaftssteuer, deren Aufkommen in voller Höhe dem Land zusteht, ist in Deutschland im
4070 internationalen Vergleich sehr niedrig. Lediglich 2,2 Prozent des vererbten Vermögens in Deutschland
4071 müssen tatsächlich als Erbschaftssteuer an den Fiskus bezahlt werden. Wir wollen insbesondere Erben
4072 größerer Vermögen stärker heranziehen. Dabei sollen die zahlreichen Schlupflöcher geschlossen und
4073 der Steuersatz nicht mehr am Verwandtschaftsgrad zur/zum ErblasserIn, sondern an der Höhe des
4074 vererbten Vermögens bemessen werden. Die Steuervermeidung durch missbräuchliche Umwandlung
4075 von Privat- in Betriebsvermögen wollen wir beenden. Selbstgenutztes Wohneigentum soll weiterhin
4076 durch entsprechende Freibeträge von der Steuer freigestellt werden.
4077
4078 Außerdem setzen wir uns für die Abschaffung von Steuerprivilegien und eine Erhöhung des
4079 Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer auf 49 Prozent ein. Die Ausnahmen bei der
4080 Mehrwertsteuer gehören auf den Prüfstand. Die schwarz-gelbe Hotelsteuer gehört ebenso abgeschafft
4081 wie andere Ermäßigungen. Neben diesen auf der Bundesebene zu beschließenden steuerpolitischen
4082 Maßnahmen wollen wir auch im Land die Möglichkeiten nutzen, die Einnahmen vor allem durch den
4083 Abbau von unbegründeten Vergünstigungen und durch ökologisch steuernde Gebühren etwa bei
4084 Lebensmittelkontrollen erhöhen. (VERWEIS auf Kapitel sparsame Ressourcennutzung)

4085 **Richtig sparen geht nur da, wo öffentliches Geld unnötig fließt**

4086 Die BürgerInnen haben einen Anspruch darauf, dass der Staat mit ihrem Geld sparsam umgeht. Wir
4087 GRÜNE werden alle Ausgaben auf ihren Nutzen für eine zukunftsfähige Landespolitik und ihre
4088 Klimawirksamkeit überprüfen und Einsparungen vornehmen, wo es sinnvoll ist. Auch die
4089 Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern sind zu prüfen (Gender-Budgeting#)
4090 Im Blickfeld für Umstrukturierungen sind dabei insbesondere der Bereich der Autobahn-Planungen,
4091 der Wirtschaftsförderung und der offenen und versteckten landwirtschaftlichen Subventionen, zum
4092 Beispiel für Massentierhaltung. Allein der umstrittene Mega-Schlachthof im Landkreis Celle bekam
4093 vom Land mehr als 6,5 Millionen Euro Landesförderung. Solche Ausgaben wollen wir in Zukunft
4094 vermeiden. Außerdem muss die Wirtschaftsförderung, bei der bisher viel Geld durch reine
4095 Mitnahmeförderung verschwendet wird, reformiert werden. Die FDP-Praxis der Förderung nach
4096 Parteibuch bzw. Gutsherrenart muss durch alternative Förderinstrumente (z. B. Darlehen statt
4097 Zuschuss) ersetzt werden, die weniger Geld erfordern. Auch die im Trend liegenden Öffentlich-
4098 Privaten-Partnerschaften, die die wahren öffentlichen Kosten von Investitionen manches Mal über zu
4099 teure Nutzungsgebühren nur in die Zukunft verschieben, sehen wir skeptisch und werden sie zukünftig
4100 kritischer auf ihre tatsächliche Effizienz und Vergleichbarkeit zur direkten öffentlichen
4101 Aufgabenwahrnehmung prüfen. (VERWEIS WIRTSCHAFT)

4102 **Landesbeteiligungen prüfen – Risiken minimieren**

4103 Das Land ist an einer Reihe von Unternehmen beteiligt. Einige dieser Unternehmen sind 100-
4104 prozentige Töchter des Landes. Diese Beteiligungen sind dann sinnvoll, wenn sie einen öffentlichen
4105 Auftrag erfüllen oder in besonderer Weise den Interessen des Landes und der Beschäftigten in
4106 Niedersachsen dienen. Dies muss regelmäßig geprüft werden. Die gut 20-prozentige Beteiligung des
4107 Landes bei VW ist beispielsweise sinnvoll, weil sie die Einflussmöglichkeiten des Landes beim
4108 größten niedersächsischen Unternehmen nicht zuletzt zum Wohle der MitarbeiterInnen sichert und
4109 einen ökologischen Umbau des Unternehmens ermöglichen kann. (VERWEIS WIRTSCHAFT)

4110
4111 Die Risiken des Landes, etwa durch seine Beteiligung bei der Nord/LB – die im Jahre 2011 gegen die
4112 Stimmen der GRÜNEN noch erhöht wurde – dürfen jedoch nicht zu großen Haushaltsrisiken für
4113 Niedersachsen werden. Der niedersächsische Haushalt braucht Stabilität und Verlässlichkeit, um die
4114 Wahrnehmung der notwendigen Landesaufgaben sicherzustellen. Er eignet sich nicht zur
4115 Bankenrettung zu Lasten der SteuerzahlerInnen.

4116
4117 Es ist Ziel der GRÜNEN, das Vermögen des Landes in der Summe zu erhalten und nicht weiter für
4118 konsumtive Aufgaben zu verschwenden, wie Schwarz-Gelb das seit Langem praktiziert. Deshalb
4119 werden wir zukünftig Erlöse aus Veräußerungen von Landesliegenschaften, Beteiligungen oder
4120 anderen Vermögenswerten zur Schuldentilgung oder für werthaltige Zukunftsinvestitionen verwenden.

4121